GWR 362
Oktober 2011

www.graswurzel.net

40. Jahrgang Preis: 3,- € (D)
4,- € (A); 4,80 CHF (Schweiz)
D 4025 E ISSN 0344/2683
GWR-Vertrieb: Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
GWR-Koordinationsredaktion:
Breul 43, D-48143 Münster

graswurzel revolution

für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

Shanghai – Das Ende der Zukunft

Shanghai gilt als Weltstadt, in der schon jetzt die Zukunft Gestalt angenommen hat. Von Mao und kommunistischen Visionen ist nichts mehr zu spüren. Stattdessen scheint Shanghai als „Boom-Town" weltweit in Bezug auf technologischen Fortschritt und ökonomisches Wachstum neue Maßstäbe zu setzen. Doch hinter den Fassaden futuristisch anmutender Wolkenkratzer und luxuriöser Konsumtempel verbergen sich Elendsviertel und Polizeikasernen. Während die WanderarbeiterInnen auf den Baustellen ausgebeutet werden, wird repressiv gegen Gruppen vorgegangen, die sich gegen die Zensur der Medien oder die ökologischen Missstände wenden.

Wer ist schneller?

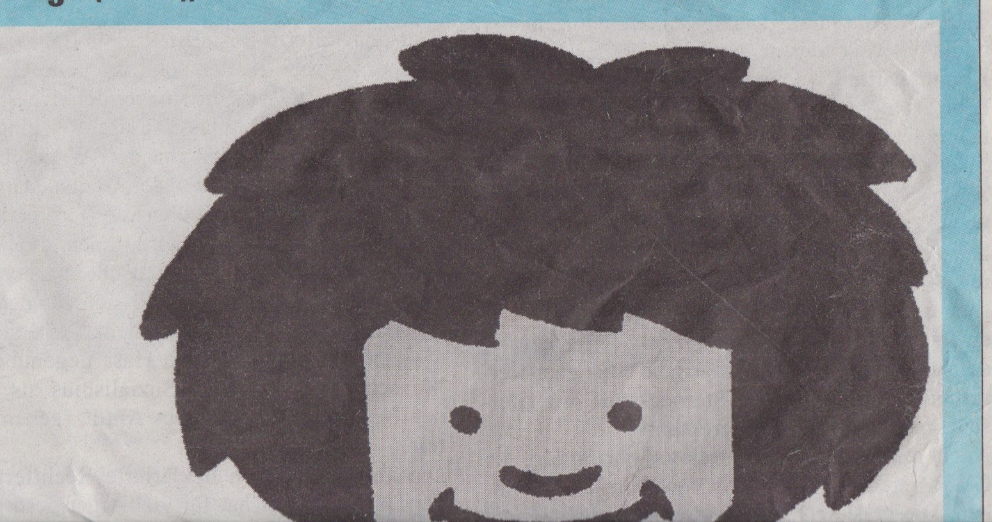
In vielen Taxis in Shanghai sind zur Unterhaltung der Fahrgäste Bildschirme installiert, auf denen in ständiger Wiederholung Werbeclips, Animationen und auch einige Sketche laufen. In einer dieser kurzen, inhaltlich

Im Zentrum steht das eigene Ego beziehungsweise der persönliche Erfolg. Wer in diesem unablässigen Konkurrenzkampf unterliegt, bleibt zurück. Es ist ebenso widersprüchlich wie auch charakteristisch, dass diese urkapitalistischen Prinzipien gerade in der Volksrepub-

man von rund 200 Millionen umherziehenden Menschen aus, die als billige Arbeitskräfte vor allem in den Fabriken und auf den Baustellen der rapide anwachsenden Stadtregionen ausgebeutet werden.
Die hohe Arbeitslosigkeit bzw. der Konkurrenzkampf um kurzzeitige Arbeitsplätze mit zum Teil katastrophalen Bedingungen bei minimalen Löhnen unterhalb des Existenzminimums ohne soziale Absicherungen haben zu einer Verelendung geführt. Bezeichnender Weise stieg gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre. Wie in kaum einem anderen Land wächst die Kluft zwischen gro-

libertäre buchseiten

Der Verlag Graswurzelrevolution auf der Frankfurter Buchmesse: 12. bis 16.10.2011, Gemeinschaftsstand von Assoziation linker Verlage (AliVe), Standort: Halle 3.1, Standnummer A 170-179



der Zukunft

Shanghai gilt als Weltstadt, in der schon jetzt die Zukunft Gestalt angenommen hat. Von Mao und kommunistischen Visionen ist nichts mehr zu spüren. Stattdessen scheint Shanghai als „Boom-Town" weltweit in Bezug auf technologischen Fortschritt und ökonomisches Wachstum neue Maßstäbe zu setzen. Doch hinter den Fassaden futuristisch anmutender Wolkenkratzer und luxuriöser Konsumtempel verbergen sich Elendsviertel und Polizeikasernen. Während die WanderarbeiterInnen auf den Baustellen ausgebeutet werden, wird repressiv gegen Gruppen vorgegangen, die sich gegen die Zensur der Medien oder die ökologischen Missstände wenden.

Wer ist schneller?

In vielen Taxis in Shanghai sind zur Unterhaltung der Fahrgäste Bildschirme installiert, auf denen in ständiger Wiederholung Werbeclips, Animationen und auch einige Sketche laufen.
In einer dieser kurzen, inhaltlich eher schlicht gehaltenen Filmsequenzen sieht man mehrere Personen an einer Straße warten. Als ein Taxi in einiger Entfernung anhält, setzt ein Wettrennen ein. Anfangs ist ein dynamischer junger Mann der Schnellste. Doch dann wird er von einer fülligen Frau überholt, die als erste das Taxi erreicht und darin Platz nimmt. Als der Mann angehechelt kommt, ruft sie ihm noch locker etwas zu, um dann den Fahrer anzuweisen, los zu fahren.
Es ist eine Szene, die geradezu symbolisch für das Shanghai der Gegenwart steht. Die Frau wartet nicht, um das Taxi zu teilen. Vielmehr geht es einzig darum, am schnellsten zu sein und die Konkurrenz aus zu stechen.
Im Zentrum steht das eigene Ego beziehungsweise der persönliche Erfolg. Wer in diesem unablässigen Konkurrenzkampf unterliegt, bleibt zurück. Es ist ebenso widersprüchlich wie auch charakteristisch, dass diese urkapitalistischen Prinzipien gerade in der Volksrepublik China eine überragende Dominanz erhalten haben.
China ist zu einer Weltmacht geworden, die sich längst von den Prinzipien der Revolution von 1949 verabschiedet hat.
Die ökonomischen und sozialen Bedingungen der Gegenwart erinnern inzwischen zum Teil eher an die inhumane Frühphase des Kapitalismus, als an einen Staat, der den Kommunismus als Ziel vorgibt.

Rechtlos auf den Baustellen

Insbesondere die WanderarbeiterInnen, die einen wesentlichen Faktor für den enormen ökonomischen Aufschwung Chinas bilden, leiden unter den Bedingungen. Inzwischen geht man von rund 200 Millionen umherziehenden Menschen aus, die als billige Arbeitskräfte vor allem in den Fabriken und auf den Baustellen der rapide anwachsenden Stadtregionen ausgebeutet werden.
Die hohe Arbeitslosigkeit bzw. der Konkurrenzkampf um kurzzeitige Arbeitsplätze mit zum Teil katastrophalen Bedingungen bei minimalen Löhnen unterhalb des Existenzminimums ohne soziale Absicherungen haben zu einer Verelendung geführt. Bezeichnender Weise stieg gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre. Wie in kaum einem anderen Land wächst die Kluft zwischen großen Teilen der Bevölkerung und einer kleinen, in Luxus lebenden Schicht.
Vielfach können sich die ArbeiterInnen die nötigen Aufenthaltspapiere für die Städte nicht leisten und halten sich dort nach Verständnis der Staatsorgane illegal auf. Da oft auch keine Arbeitsverträge abgeschlossen werden, werden die Löhne nach der Ausübung der vereinbarten Tätigkeit vielfach gedrückt oder verweigert. Unabhängige Zusammenschlüsse der ArbeiterInnen gibt es praktisch nicht. Auf Ansätze einer Organisierung oder gar eines Protestes reagieren die Staatsorgane mit unnachgiebiger Härte.

Fortsetzung auf Seite 15

Die Sache mit den Cashewkernen

Als der Mann angehechelt kommt, ruft sie ihm noch locker etwas zu, um dann den Fahrer anzuweisen, los zu fahren.
Es ist eine Szene, die geradezu symbolisch für das Shanghai der Gegenwart steht. Die Frau wartet nicht, um das Taxi zu teilen. Vielmehr geht es einzig darum, am schnellsten zu sein und die Konkurrenz aus zu stechen.

einen Staat, der den Kommunismus als Ziel vorgibt.

Rechtlos auf den Baustellen

Insbesondere die WanderarbeiterInnen, die einen wesentlichen Faktor für den enormen ökonomischen Aufschwung Chinas bilden, leiden unter den Bedingungen. Inzwischen geht

Löhne nach der Ausübung der vereinbarten Tätigkeit vielfach gedrückt oder verweigert. Unabhängige Zusammenschlüsse der ArbeiterInnen gibt es praktisch nicht. Auf Ansätze einer Organisierung oder gar eines Protestes reagieren die Staatsorgane mit unnachgiebiger Härte.

Fortsetzung auf Seite 15

Die Sache mit den Cashewkernen

„Für uns ist es wichtig, dass man sieht, dass es Liebe zwischen mehreren Menschen gibt“. Ein Gespräch mit Thomas Behm und Jens Schneiderheinze

Seite 16 ff.



Jens Schneiderheinze und Thomas Behm, Sommer 2011. Foto: Catarina Metje



Zeichnung: Findus

Aus dem Inhalt



Und sehen wir uns nicht in dieser Welt...

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
wie in jedem Jahr präsentieren wir Euch auch diesmal wieder eine neue Ausgabe der *Libertären Buchseiten* als Teil der Oktoberausgabe der Graswurzelrevolution.
Wir laden Euch ganz herzlich ein, die zahlreichen Veranstaltungen* der Graswurzelrevolution (siehe Libertäre Buchseiten, Seite 3) und unseren Verlagsstand auf der Frankfurter Buchmesse (12. bis 16.10.2011) zu besuchen. Den Verlag Graswurzelrevolution findet Ihr als Teil des AliVe-Gemeinschaftsstands in der Halle 3.1 (Standnummer A 170-179). Dort liegen auch zahlreiche Exemplare der „LiBus", die Ihr gerne in größerer Zahl mitnehmen und in Euern Städten verteilen könnt.
GraswurzelrevolutionärInnen bekommen oft den Vorwurf zu hören, dass sie sich zu wenig mit dem Thema Ökonomie beschäftigen. Das stimmt nur bedingt. So sendet in dieser GWR der libertäre Kommunarde Uwe Kurzbein wieder „Signale aus der Nische" und formuliert persönliche Positionen zur Krisenhaftigkeit des Kapitalismus (Seite 3). Aus einer anderen Perspektive skizziert GWR-Autor Stefan Janson eine „Solidarische Postwachstumsökonomie" und stellt mögliche libertäre Antworten auf die Krise zur Diskussion (Seite 6).
Der eigentlich eingeplante Leitartikel zum Libyen-Krieg ist leider nicht rechtzeitig fertig geworden. Dafür hat es der analytische Shanghai-Reisebericht von Wolfgang Sterneck auf die Titelseite geschafft. Sehr interessant!
Auch mit Hilfe von Interviews portraitiert die GWR regelmäßig libertäre BewegungsaktivistIn-

junge Welt, alte Mauern

Absurd: 22 Jahre nach dem Fall der Mauer wird unter Linken diskutiert, ob sie legitim war

Mit ihrer „DANKE"-Titelseite zum 50. Jahrestag des Mauerbaus hat die marxistische Tageszeitung „junge Welt" (jW) deutlich das Gesicht gezeigt, das sie schon immer hatte. Unter dem Foto bewaffneter DDR-Kampfgruppenangehöriger vor dem Brandenburger Tor druckte das Blatt sein ganz spezielles Dankeschön unter anderem für „28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe". (1)

Hohenschönhausen ist nicht nur irgendein beliebiger Stadtbezirk von Berlin, sondern war von 1951 bis 1989 das zentrale Gefängnis der Stasi, in dem auch physisch gefoltert und die Häftlinge psychologisch zermürbt wurden.
Einer der Einsitzenden war der bekannte Dissident und Reform-Sozialist Rudolf Bahro.
Hubertus Knabe ist der Sohn des „Die Grünen"-Mitbegründers Wilhelm Knabe, der sich ab 1978 intensiv für die Freilassung Bahros eingesetzt hatte. Seit 2001 ist der von der jW geschmähte Hubertus Knabe Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, in der über die Verbrechen der DDR-Diktatur informiert wird. Indem die jW sich positiv auf „28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe" bezieht und sich für den alten Betrieb als Stasigefängnis bedankt, lebt sie heute noch unverhohlen ihren Hass gegenüber den Menschen aus, die dem Sozialismus als DissidentInnen ein menschliches Antlitz geben wollten.
Die als Dankeschön deklarierte Rechtfertigung

Dokument:

Die Tageszeitung
junge Welt

Mauergeschichte(n)
Was war am 13. August 1961, und was ging dem Tag voraus? Gespräch mit Hein Friedriszik, Oberst der Nationalen Volksarmee a. D., zuständig vor 50 Jahren für den Grenzabschnitt zwischen Reichstag und Berlin-Treptow 12 Seiten extra

Gegründet 1947 · Sonnabend/Sonntag, 13./14. August 2011 · Nr. 187 · 1,70 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt www.jungewelt.de

Jugendrandale
Unruhen in Großbritannien sind Folge gesellschaftlicher Zerrüttung durch neoliberale Politik. Interview 2

Antifablockade
Amoklauf der Dresdner Justiz: Razzia bei Jugendpfarrer in Thüringen soll parlamentarisches Nachspiel haben 3

Rechtsausleger
In der US-Schuldendebatte hat sich die Tea Party ein weiteres Mal durchgesetzt. Von Mumia Abu-Jamal 6

Bilderschau
Von Tamm zu Turner: Zweierlei museal-maritime Schicksalsdeutung in Hamburg. Von Gerhard Wagner 10



Italien: Scharfe Kritik an Kürzungen



Ron. Der Gouverneur der Lombardei hat Widerstand gegen die von der italienischen Regierung geplanten drastischen Haushaltskürzungen angekündigt. Die vorgesehenen Einsparungen in Schlüsselbereichen wie Verkehr und bei Sozialleistungen hätten einen »bedrückenden Effekt«, erklärte Gouverneur Roberto Formigoni (Foto) am Freitag nach einem Treffen mit Vertretern seiner Regionalregierung. Sie schadeten vor allem den ärmeren Teilen der Bevölkerung. Die Verwaltungen von Regionen, Provinzen und Städten müßten im kommenden Jahr bei den vorgesehenen Kürzungen sechs der insgesamt 20 Milliarden Euro übernehmen, sagte Formigoni. 2013

bis 16.10.2011) zu besuchen. Den Verlag Graswurzelrevolution findet Ihr als Teil des AliVe-Gemeinschaftsstands in der Halle 3.1 (Standnummer A 170-179). Dort liegen auch zahlreiche Exemplare der „LiBus", die Ihr gerne in größerer Zahl mitnehmen und in Euern Städten verteilen könnt.

GraswurzelrevolutionärInnen bekommen oft den Vorwurf zu hören, dass sie sich zu wenig mit dem Thema Ökonomie beschäftigen. Das stimmt nur bedingt. So sendet in dieser GWR der libertäre Kommunarde Uwe Kurzbein wieder „Signale aus der Nische" und formuliert persönliche Positionen zur Krisenhaftigkeit des Kapitalismus (Seite 3). Aus einer anderen Perspektive skizziert GWR-Autor Stefan Janson eine „Solidarische Postwachstumsökonomie" und stellt mögliche libertäre Antworten auf die Krise zur Diskussion (Seite 6).

Der eigentlich eingeplante Leitartikel zum Libyen-Krieg ist leider nicht rechtzeitig fertig geworden. Dafür hat es der analytische Shanghai-Reisebericht von Wolfgang Sterneck auf die Titelseite geschafft. Sehr interessant!

Auch mit Hilfe von Interviews portraitiert die GWR regelmäßig libertäre BewegungsaktivistInnen. Diesmal erzählen Jens Schneiderheinze und Thomas Behm wie sie sich sich im Gerichtssaal wegen eines Totalverweigerungsprozesses und beim Graswurzelrevolution-Fest 1984 in Köln kennen und lieben lernten (S. 16 ff.). Im Interview sprechen die Betreiber eines der besten Programmkinos in Deutschland über ihre Erfahrungen in der antimilitaristischen Bewegung, ihre politische Sozialisation, Anarchismus, Veränderungen in der queeren Szene und sechsundzwanzig Jahre offene Beziehung.

Natürlich kommen auch in dieser GWR die aktuellen Nachrichten aus den Sozialen Bewegungen nicht zu kurz. Und die seit Monaten in der GWR laufende Diskussion zum Zivilen Ungehorsam wird fortgesetzt (siehe Seite 19).

Wir sehen uns am 1. Advent im Wendland oder auf der Strecke. Castor stoppen! Alle Atomanlagen abschalten! Weltweit!

Atomfeindliche und li(e)bertäre Grüße,

Bernd Drücke (GWR-Koordinationsredakteur)

* ... nicht nur in Bielefeld ;-)



spezielles Dankeschön unter anderem für „28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe". (1)

Hohenschönhausen ist nicht nur irgendein beliebiger Stadtbezirk von Berlin, sondern war von 1951 bis 1989 das zentrale Gefängnis der Stasi, in dem auch physisch gefoltert und die Häftlinge psychologisch zermürbt wurden.

Einer der Einsitzenden war der bekannte Dissident und Reform-Sozialist Rudolf Bahro.

Hubertus Knabe ist der Sohn des „Die Grünen"-Mitbegründers Wilhelm Knabe, der sich ab 1978 intensiv für die Freilassung Bahros eingesetzt hatte. Seit 2001 ist der von der jW geschmähte Hubertus Knabe Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, in der über die Verbrechen der DDR-Diktatur informiert wird. Indem die jW sich positiv auf „28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe" bezieht und sich für den alten Betrieb als Stasigefängnis bedankt, lebt sie heute noch unverhohlen ihren Hass gegenüber den Menschen aus, die dem Sozialismus als DissidentInnen ein menschliches Antlitz geben wollten.

Die als Dankeschön deklarierte Rechtfertigung der DDR-Diktatur hat für viel Ärger gesorgt und zu Boykottaufrufen innerhalb der Linkspartei geführt. Hierdurch aufgeschreckt, haben sich 30 Bundestagsabgeordnete der Linkspartei mit der jW solidarisiert und Sanktionen wie Anzeigenboykott abgelehnt. Sogar ein „kritischer" Satz gegenüber der jW findet sich in ihrer Stellungnahme: „Die Titelseite, mit der die junge Welt zum 50. Jahrestag des Mauerbaus aufgemacht hat, fanden wir unhistorisch, unpassend und geschmacklos." – Das Gegenteil ist jedoch richtig: Ist es nicht ein Zeichen für eine sehr bemerkenswerte historische Kontinuität, wenn eine Zeitung, die jahrzehntelang das Sprachrohr der hyperstaatstreuen „Freien Deutschen Jugend" (FDJ) war, auch noch 22 Jahre nach dem Fall der Mauer von dem Chefredakteur Arnold Schölzel geleitet wird? Eben jener Schölzel (2), der es auch heute noch völlig richtig findet und in einem Dokumentarfilm bekräftigt, bis 1989 als eingeschleuster Stasi-Mitarbeiter in einer studentischen Oppositionsgruppe (unter anderem über Wolfgang Templin) Informationen weitergeleitet zu haben? Am Ende dieser Entwicklung landete Templin – in Hohenschönhausen! Passender geht's nicht.

Die jW kritisiert detailreich, kontinuierlich und scharf die Versäumnisse und verpassten Chancen von Regierungsbeteiligungen der Linkspartei. Das macht sie bei den Regierungssozialisten, die sich wie zum Hohn teilweise auch noch ...

junge Welt

Tag voraus! Gespräch mit Hein Friedriszik, Oberst der Nationalen Volksarmee a. D., zuständig vor 50 Jahren für den Grenzabschnitt zwischen Reichstag und Berlin-Treptow 12 Seiten extra

Gegründet 1947 · Sonnabend/Sonntag, 13./14. August 2011 · Nr. 187 · 1,70 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt www.jungewelt.de

Jugendrandale Unruhen in Großbritannien sind Folge gesellschaftlicher Zerrüttung durch neoliberale Politik. Interview **2**

Antifablockade Amoklauf der Dresdner Justiz: Razzia bei Jugendpfarrer in Thüringen soll parlamentarisches Nachspiel haben **3**

Rechtsausleger In der US-Schuldendebatte hat sich die Tea Party ein weiteres Mal durchgesetzt. Von Mumia Abu-Jamal **6**

Bilderschau Von Tamm zu Turner: Zweierlei museal-maritime Schicksalsdeutung in Hamburg. Von Gerhard Wagner **10**



Wir sagen an dieser Stelle einfach mal:

Danke

für 28 Jahre Friedenssicherung in Europa
für 28 Jahre ohne Beteiligung deutscher Soldaten an Kriegseinsätzen
für 28 Jahre ohne Hartz IV und Erwerbslosigkeit
für 28 Jahre ohne Obdachlosigkeit, Suppenküchen und »Tafeln«
für 28 Jahre Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen
für 28 Jahre ohne Neonaziplakate »GAS geben« in der deutschen Hauptstadt
für 28 Jahre Geschichtswissenschaft statt Guidoknoppgeschichtchen
für 28 Jahre Club Cola und FKK
für 28 Jahre ohne Hedgefonds und Private-Equity-Heuschrecken
für 28 Jahre ohne Praxisgebühr und Zwei-Klassen-Medizin
für 28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe
für 28 Jahre munteren Sex ohne »Feuchtgebiete« und *Bild*-Fachwissen
für 28 Jahre Bildung für alle

Italien: Scharfe Kritik an Kürzungen

Rom. Der Gouverneur der Lombardei hat Widerstand gegen die von der italienischen Regierung geplanten drastischen Haushaltskürzungen angekündigt. Die vorgesehenen Einsparungen in Schlüsselbereichen wie Verkehr und bei Sozialleistungen hätten einen »bedrückenden Effekt«, erklärte Gouverneur Roberto Formigoni (Foto) am Freitag nach einem Treffen mit Vertretern seiner Regionalregierung. Sie schadeten vor allem den ärmeren Teilen der Bevölkerung. Die Verwaltungen von Regionen, Provinzen und Städten müßten im kommenden Jahr bei den vorgesehenen Kürzungen sechs der insgesamt 20 Milliarden Euro übernehmen, sagte Formigoni. 2013 sind Streichungen von 25 Milliarden Euro vorgesehen. (dapd/jW)

Krankenkassen leiten Pfändungen ein

Berlin. Wegen nicht gezahlter Zusatzbeiträge droht bis zu 150 000 Mitgliedern gesetzlicher Krankenkassen die Pfändung. Dies meldete Spiegel online am Freitag nach einer eigenen Umfrage bei den Hauptzollämtern, die das Geld für die Krankenkassen eintreiben. Die meisten säumigen Zahler – 13 000 – gibt es demnach in Berlin.

Derzeit erhebt etwa jede zehnte der rund 150 Krankenkassen neben dem allgemeinen Beitragssatz von 15,5 Prozent noch einen Zusatzbeitrag von bis zu 15 Euro im Monat. Die Kassen gingen laut Spiegel online »mit aller Härte« gegen säumige Zahler vor und hätten den 22 Vollstreckungsstellen des Zolls die nötigen Daten weitergeleitet, um die Außenstände einzutreiben. Schlimmstenfalls könnten Vermögen oder Einkommen der Betroffenen gepfändet werden. Die SPD forderte am Freitag wegen ungeklärter rechtlicher Fragen eine Aussetzung der Zusatzbeiträge. (dapd/jW)

junge Welt wird herausgegeben von 1125 Genossinnen und Genossen (Stand 11. August 2011). Informationen: www.jungewelt.de/lpg



Knallharte Realsatire: *junge Welt*-Titelseite vom 13./14.9.2011

kann man auch interessante Artikel lesen, die es in pseudoliberale Gazetten nicht mehr geschafft haben. Von daher hat die jW immer noch auch ...

und Kritikverarbeitung, wie sie bei nordafrikanischen Despoten kurz vor ihrem Fall vorgekommen sind. Schölzels Stigmatisierung von ...

Natürlich kommen auch in dieser GWR die aktuellen Nachrichten aus den Sozialen Bewegungen nicht zu kurz. Und die seit Monaten in der GWR laufende Diskussion zum Zivilen Ungehorsam wird fortgesetzt (siehe Seite 19).

Wir sehen uns am 1. Advent im Wendland oder auf der Strecke. Castor stoppen! Alle Atomanlagen abschalten! Weltweit!

Atomfeindliche und li(e)bertäre Grüße,

Bernd Drücke (GWR-Koordinationsredakteur)

* ... nicht nur in Bielefeld ;-)

tig: Ist es nicht ein Zeichen für eine sehr bemerkenswerte historische Kontinuität, wenn eine Zeitung, die jahrzehntelang das Sprachrohr der hyperstaatstreuen „Freien Deutschen Jugend" (FDJ) war, auch noch 22 Jahre nach dem Fall der Mauer von dem Chefredakteur Arnold Schölzel geleitet wird? Eben jener Schölzel (2), der es auch heute noch völlig richtig findet und in einem Dokumentarfilm bekräftigt, bis 1989 als eingeschleuster Stasi-Mitarbeiter in einer studentischen Oppositionsgruppe (unter anderem über Wolfgang Templin) Informationen weitergeleitet zu haben? Am Ende dieser Entwicklung landete Templin – in Hohenschönhausen! Passender geht's nicht.

Die jW kritisiert detailreich, kontinuierlich und scharf die Versäumnisse und verpassten Chancen von Regierungsbeteiligungen der Linkspartei. Das macht sie bei den Regierungssozialisten, die sich wie zum Hohn teilweise auch noch „Emanzipatorische Linke" nennen, äußerst unbeliebt. Mit dem Aufruf die jW zu boykottieren, sowie Medienpartnerschaften und Anzeigenschaltungen aufzukündigen, nutzt die „Emanzipatorische Linke" die langherbeigesehnte günstige Gelegenheit, den Einfluss unliebsamer innerparteilicher KonkurrentInnen zurückzudrängen. Die Boykottaufrufe lassen den autoritären Charakter ihrer InitiatorInnen deutlich hervortreten. Sie wollen einfach eliminieren, was ihnen im Wege steht. Auch das hat in dieser Partei Tradition.

Unter anderem im Sommer 2006 haben wir in der Graswurzelrevolution (Nr. 310) ausführlich die unkritische Nähe der jW zu autoritär regierten Staaten und Despoten kritisiert. Selbst vor fünf Jahren noch hat die jW auf ihrer Wissenschaftsseite Werbung für Atomkraft gemacht und gleichzeitig vor den „tödlichen Gefahren" von Biogasanlagen gewarnt. Das war keine Satire, sondern ernst gemeint. Kaum eine Peinlichkeit wurde von dieser Zeitung ausgelassen.

Und doch sind in der jW auch wichtige Artikel zu finden, die man in anderen Zeitungen vergeblich sucht. Es gibt nur noch drei bis vier halbwegs akzeptable Tageszeitungen auf dem Markt. Für viele kritische JournalistInnen bestehen kaum noch Betätigungsmöglichkeiten in konventionellen Medien. Nur deswegen schreiben Viele in der jW. Den anrüchigen Teil der jW müssen sie notgedrungen in Kauf nehmen, wenn sie überhaupt noch etwas für ein größeres Publikum schreiben wollen. Auf den täglichen Doppelseiten der jW kann man auch interessante Artikel lesen, die es in pseudoliberale Gazetten nicht mehr geschafft haben. Von daher hat die jW immer noch auch eine nicht zu unterschätzende Funktion bei der Herstellung von Gegenöffentlichkeit. Allerdings wird dieser Wert durch eine ganze Reihe dubioser Artikel in Frage gestellt, die gleich nebenan stehen. Qualitätsjournalismus sieht anders aus. Es ist erstaunlich, dass 22 Jahre nach dem Fall der Mauer allen Ernstes wieder unter Linken diskutiert werden muss, ob diese Grenze ein legitimes Mittel zur Sicherung angeblich sozialistischer Errungenschaften war. Zu einer klaren Ablehnung des eingemauerten „Sozialismus" kann sich in Internetforen, Blogs und Mailgroups ein Teil der Linken immer noch nicht durchringen! Dieses Armutszeugnis macht kenntlich, wie groß die Defizite in ihrem demokratischen Bewusstsein heute tatsächlich noch sind.

Glücklicherweise ist diese verschroben-autoritäre Linke gesamtgesellschaftlich so marginal, dass sie auf absehbare Zeit keine Gelegenheit haben wird, uns ihre Vorstellungen von Mauer-Sozialismus aufzuzwingen.

In der jetzt stattfindenden Diskussion versucht sich die jW als das Opfer darzustellen, dem durch Parteirechte das Leben schwer gemacht wird. Jetzt sieht sie plötzlich die Pressefreiheit in Gefahr, während sie andererseits selbst die Meinungen ihrer langjährigen AutorInnen, die sich in ausführlichen kritischen Artikeln zur jW-Krise äußern wollten, nicht abdruckte. Erst vier Wochen später dokumentierte diese „hochaktuelle" Tageszeitung auf einer Sonderseite einige wenige kritische Zuschriften. Hiermit offenbarte sie ähnliche Probleme mit Realitätswahrnehmung und Kritikverarbeitung, wie sie bei nordafrikanischen Despoten kurz vor ihrem Fall vorgekommen sind. Schölzels Stigmatisierung von Kritik an der jW als „Krawall" (10.9.2011) bezeugt die mangelnde Lernfähigkeit führender Figuren dieses Blattes.

Diejenigen jedoch, die „Maßnahmen" gegen die jW fordern, werden sich fragen lassen müssen, wie laut und wie eifrig sie in der Vergangenheit protestiert haben, als Zeitungen wie zum Beispiel taz, Frankfurter Rundschau, ZEIT und Jungle World Kriegseinsätze im Ausland oder die Hartz IV-Gesetze schöngeredet haben. Die BoykotteurInnen würden mit ihren Maßnahmen nicht nur den DDR-nostalgischen und autoritären Teil der jW treffen, sondern auch das kleine bisschen noch existierender Gegenöffentlichkeit mitzerstören.

Letztendlich bleibt für uns Libertäre festzustellen, dass nur noch sehr wenige Medien existieren, die unser ureigenes Anliegen einem größerem LeserInnenkreis einigermaßen korrekt vermitteln. Um diesen Missstand zu beheben, sollten wir selbst etwas zur Verstärkung unserer eigenen Medien tun, um in Zukunft weniger vom Wohlwollen Anderer abhängig zu sein. Dies wäre für uns ebenfalls eine wichtige Lehre, die aus der jW-Krise zu ziehen ist.

Horst Blume

Anmerkungen:

(1) Zum Thema siehe auch Anne Seecks lesenswerten Artikel: 50 Jahre Mauerbau: „DANKE" JUNGE WELT, www.scharf-links.de/52.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=17949&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=74a969f5d6

(2) Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Sch%C3%B6lzel

für 28 Jahre ohne Obdachlosigkeit, Suppenküchen und »Tafeln«

für 28 Jahre Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen

für 28 Jahre ohne Neonaziplakate »GAS geben« in der deutschen Hauptstadt

für 28 Jahre Geschichtswissenschaft statt Guidoknoppgeschichtchen

für 28 Jahre Club Cola und FKK

für 28 Jahre ohne Hedgefonds und Private-Equity-Heuschrecken

für 28 Jahre ohne Praxisgebühr und Zwei-Klassen-Medizin

für 28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe

für 28 Jahre munteren Sex ohne »Feuchtgebiete« und *Bild*-Fachwissen

für 28 Jahre Bildung für alle

15,5 Prozent noch einen Zusatzbeitrag von bis zu 15 Euro im Monat. Die Kassen gingen laut Spiegel online »mit aller Härte« gegen säumige Zahler vor und hätten den 22 Vollstreckungsstellen des Zolls die nötigen Daten weitergeleitet, um die Außenstände einzutreiben. Schlimmstenfalls könnten Vermögen oder Einkommen der Betroffenen gepfändet werden. Die SPD forderte am Freitag wegen ungeklärter rechtlicher Fragen eine Aussetzung der Zusatzbeiträge. (dapd/jW)

junge Welt wird herausgegeben von 1125 Genossinnen und Genossen (Stand 11. August 2011). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

Knallharte Realsatire: ***junge Welt*****-Titelseite vom 13./14.9.2011**

Was geht uns die Krise an?

Signale aus der Nische

KommunardInnen leben und arbeiten kollektiv. Sie versuchen, der individualisierten, am Kapitalismus ausgerichteten Lebensweise etwas entgegenzustellen. Auch in Deutschland gibt es viele Kommunen, die mehr oder weniger nach anarchistischen Prinzipien organisiert sind. Es sind freiwillige Zusammenschlüsse auf Grundlage gemeinsamer Überzeugungen, in denen die Menschen versuchen, ihr Zusammenleben solidarisch zu organisieren und gleichberechtigt zu leben. Uwe Kurzbein (geb. 1942) arbeitet als Tischler und Architekt.[1] 1980 hat er die libertäre Kommune Lutter mitgegründet, seit 1998 lebt er in der Gemeinschaft Olgashof bei Wismar. Seine lockere GWR-Artikelserie „Signale aus der Nische" setzt er mit folgendem Beitrag fort. (GWR-Red.)

Alle Welt spricht von Krisen. Diese Gesellschaft, die nicht nur eine Sexgesellschaft, Konsumgesellschaft, Suchtgesellschaft ist, kurz: die allesamt bekannten so genannten Haupt- und Nebenwidersprüche, an denen KritikerInnen sich jahrelang abarbeiten konnten, diese Gesellschaft ist auch eine Krisengesellschaft.

Der Kapitalismus ist per se krisenhaft

Alles scheint zu kriseln, der Euro, die Staaten, die Banken, die Arbeit, die Bildung, die Kultur schon lange, das Kinderkriegen oder das Nichtkriegen, die Rente. Wo ich auch noch hinblicke: es kriselt.

Das neue Gesellschaftsspiel: wir

nötiger hätte. Oder derjenige, der sich ein Haus baut, erhält günstige KfW-Kredite oder Zuschüsse, wenn er die Wärmedämmung aufbläht, aber einer, der sich das Haus nicht leisten kann, bekommt überhaupt nichts, obwohl gerade der den Zuschuss dringend gebrauchen könnte.

Die Gründe für die Subventionspolitik sind nicht in der gegenseitigen Hilfe zu finden, sondern einzig als Förderung und Anreiz des Konsums und der Wirtschaft zu suchen.

Nun gibt es sicher noch weitere Qualitäten, die das Leben ausmachen. Wertvorstellungen, Moralvorstellungen. Nicht jeder ist bereit, die Sauereien der Bankspekulanten mitzumachen. Wo sind sie?

In sämtlichen Talkshows, in de-



Signale aus der Nische

KommunardInnen leben und arbeiten kollektiv. Sie versuchen, der individualisierten, am Kapitalismus ausgerichteten Lebensweise etwas entgegenzustellen. Auch in Deutschland gibt es viele Kommunen, die mehr oder weniger nach anarchistischen Prinzipien organisiert sind. Es sind freiwillige Zusammenschlüsse auf Grundlage gemeinsamer Überzeugungen, in denen die Menschen versuchen, ihr Zusammenleben solidarisch zu organisieren und gleichberechtigt zu leben. Uwe Kurzbein (geb. 1942) arbeitet als Tischler und Architekt.[1] 1980 hat er die libertäre Kommune Lutter mitgegründet, seit 1998 lebt er in der Gemeinschaft Olgashof bei Wismar. Seine lockere GWR-Artikelserie „Signale aus der Nische" setzt er mit folgendem Beitrag fort. (GWR-Red.)

Alle Welt spricht von Krisen. Diese Gesellschaft, die nicht nur eine Sexgesellschaft, Konsumgesellschaft, Suchtgesellschaft ist, kurz: die allesamt bekannten so genannten Haupt- und Nebenwidersprüche, an denen KritikerInnen sich jahrelang abarbeiten konnten, diese Gesellschaft ist auch eine Krisengesellschaft.

Der Kapitalismus ist per se krisenhaft

Alles scheint zu kriseln, der Euro, die Staaten, die Banken, die Arbeit, die Bildung, die Kultur schon lange, das Kinderkriegen oder das Nichtkriegen, die Rente. Wo ich auch noch hinblicke: es kriselt.

Das neue Gesellschaftsspiel: wir kriseln!

Eine übergreifende Vision gibt es nicht. Da alle Beteiligten nicht die richtigen Aktionen finden können, um aus den einzelnen Krisen herauszukommen, bleibt die Krise ein ständiger Ausdruck dieser Gesellschaft.

Krise heißt im Kapitalismus ja nicht, dass es uns allen solidarisch gemeinsam schlechter geht. Ganz im Gegenteil, der Teufel scheißt immer auf den größten Haufen, wie wir an der

nötiger hätte. Oder derjenige, der sich ein Haus baut, erhält günstige KfW-Kredite oder Zuschüsse, wenn er die Wärmedämmung aufbläht, aber einer, der sich das Haus nicht leisten kann, bekommt überhaupt nichts, obwohl gerade der den Zuschuss dringend gebrauchen könnte.

Die Gründe für die Subventionspolitik sind nicht in der gegenseitigen Hilfe zu finden, sondern einzig als Förderung und Anreiz des Konsums und der Wirtschaft zu suchen.

Nun gibt es sicher noch weitere Qualitäten, die das Leben ausmachen. Wertvorstellungen, Moralvorstellungen. Nicht jeder ist bereit, die Sauereien der Bankspekulanten mitzumachen. Wo sind sie?

In sämtlichen Talkshows, in denen sich die PolitikerInnen und auch UnternehmerInnen so gerne darstellen, werden die Schuldigen an diesen Krisen erkannt. Einmal sind es die in Saus und Braus lebenden Griechen, dann sind es die Heuschrecken und aber auch die Banker, die mit selbst erfundenen Papieren die Milliarden um den Globus schieben und damit ganze Länder in den Bankrott treiben können.

Wie hat sich dieser Zustand entwickeln können?



Abb. aus: Banksy, Wall and Piece, London 2006

Bildung und Ausbildungsinhalte. Ich denke an die Staatsverschuldungen und die Zinslast, die explosionsartig wächst.

Dieses kapitalistische System hat eine Eigendynamik entwickelt, die mit den Mitteln der herkömmlichen Politik nicht

se erfordern von allen ein gehöriges Maß an Gelassenheit und Ausdauer und die Bereitschaft, Lösungen zu finden.

Das ist in einem „normalen" Lebenszusammenhang viel leichter: Da wird das getan, was der Chef sagt. Basta.

Wenn wir keine Schulden ha-

jeder kann das auch! Meine Nachbarn müssen nicht in ihrem Dilemma bleiben. Sie könnten sich auch zusammen tun und Gemeinschaften bilden, die andere Werte zur Orientierung haben. Sie könnten alle, aber sie tun es nicht. Genau hingesehen, können sie es auch gar

experimentellen Entwicklung und längst nicht das Ei des Kolumbus. Ein zerschlagener gordischer Knoten ist das schon eher, denn viele Probleme des heutigen Lebens haben wir hier einfach nicht. Angst, entlassen zu werden, z.B. die Miete nicht bezahlen zu können, oder dass

Krise heißt im Kapitalismus ja nicht, dass es uns allen solidarisch gemeinsam schlechter geht. Ganz im Gegenteil, der Teufel scheißt immer auf den größten Haufen, wie wir an der Küste sagen. Die Umverteilung von „unten nach oben“ nimmt rasant zu.

Mit anderen Worten, wer mehr hat, profitiert auch mehr. Beispiele dieser Art gibt es viele. Ein Bauer mit 50.000 Schweinen erhält mehr Subventionen als einer mit 50 Schweinen, obwohl der diese Subvention viel



ben und damit ganze Länder in den Bankrott treiben können.

Wie hat sich dieser Zustand entwickeln können?

Eine Beobachtung dieser Zeit kann von jedem nachvollzogen werden: Seit etwa 200 Jahren nehmen fast alle Entwicklungen in Schwindel erregendem Tempo zu. Ich denke an die technische Entwicklung, wie z.B. die Computertechnologie, die kein einzelner Mensch mehr durchdringen kann, ich denke an die

last, die explosionsartig wächst.

Dieses kapitalistische System hat eine Eigendynamik entwickelt, die mit den Mitteln der herkömmlichen Politik nicht mehr zu bremsen und zu lenken ist. Das Prinzip des Zinses und des Zinseszinses ist solch ein immer schneller rotierendes System. Es muss irgendwann zu einem Ende finden. Wie das Ende aussehen könnte, kann sich wohl niemand denken.

Und wir? Wir in den Kommunen

Wenn ich an meine Heimatkommune, aber vor allem an die jetzige Kommune, in der ich lebe, denke, dann sehe ich mich am Zaun lehnend, mir dieses ganze außerhäusige Schlamassel an und „höch mi een“. Diese Entwicklung ist seit Jahrzehnten bekannt. Das kann die Insider und Fachleute doch nicht überraschen.

Warum kann uns das Ganze in unserem Alltag und in unserem Lebensexperiment nicht so sonderlich beunruhigen?

Wir haben grundsätzlich andere fundmentale Absteckungen. Nicht Konkurrenzkampf und Anhäufung von Geld sind das Kommuneprinzip, sondern das soziale Miteinander auf egalitäre Art und Weise. Wir sind mit der umliegenden Gesellschaft verbunden. Deshalb muss uns auch kümmern, was dort passiert. In mancher Hinsicht ist das kapitalistische Prinzip der Anhäufung von Besitz ja auch verlockend, weil es so einfach zu verstehen ist. Das Eigenheim ist halt meines. Fertig. In der Kommune sind alle dort Lebenden Besitzende des Grund und Bodens. Die Einigungsprozes-

schaft, Lösungen zu finden. Das ist in einem „normalen“ Lebenszusammenhang viel leichter: Da wird das getan, was der Chef sagt. Basta.

Wenn wir keine Schulden haben, einen auskömmlich großen Garten, Freunde, die bei uns Möbel bestellen, und das Brot bei den Nachbarn verkauft wird, der Grund und Boden, auf dem ich meinen Stuhl hinstelle, mir und meinen MitkommunardInnen gehört und ich dort sicher und beständig meinen Hintern hinsetzen kann, dann können wir doch als finanziell zu den Armen zählenden KommunardInnen froh sein, dass wir auf dieser Insel, in dieser Nische sitzen und zuschauen können. Wir müssen nicht hetzen, wir können uns die Zeiten für dies und das aussuchen, wir können uns ansehen, uns genüsslich in die Arme nehmen, wann und wie oft wir wollen.

Und auch die Widerständlerinnen dieser Gesellschaft können bei uns in unserem Seminar- und Ferienhaus ausruhen. Nur Holzsägen und Hacken müssen wir! Und das nicht zu knapp, denn die alternativen Energieumwandlungsverfahren können wir uns bei diesem extravaganten Lebensstil nicht leisten.

Auch wenn ich das hier romantisch stark überhöht habe, postuliere ich, dass ich mich durch das Leben in der Kommune sehr weit von dem Krisenstrom abgekoppelt habe. Was ja nur bedingt stimmt, denn ich bin ja gerade als Freischaffender stark an bürgerliche Normen gebunden. Der Freiraum indes ist in der Kommune sehr groß.

Ich gehe noch einen Schritt weiter, wenn ich sage: Jede und

ten sich auch zusammen tun und Gemeinschaften bilden, die andere Werte zur Orientierung haben. Sie könnten alle, aber sie tun es nicht. Genau hingesehen, können sie es auch gar nicht. Und: Sie wollen es auch nicht.

In diesem Punkt sind wir privilegiert.

Ich beobachte, dass die Kommunegründungen und Versuche in der letzten Zeit zunehmen. Als Bewegung würde ich das noch nicht bezeichnen.

Ich werde auch ab und zu zu einer Veranstaltung als Berichterstatter eingeladen, manchmal kann ich auch mein Kommunespiel zeigen. Das dürfte für alle Interessierten übrigens von Interesse sein.

„Wir gründen eine Kommune – aber nur für dieses Wochenende“ bedeutet, dass es leichter ist, sich nur für wenige Tage auf die Fragen und Antworten praktisch und emotional einzulassen als gleich für ein ganzes Leben. Nach wenigen Stunden stehen die wichtigsten Fragen an, nämlich: Finde ich so viel Freude oder Gelassenheit, um mit allen in der Runde zusammen zu leben? Diese Idee des sich zeitlich begrenzten Einlassens habe ich den AA-Regeln entnommen: Ich lasse mein Glas nur für heute stehen. Veränderungen, gerade aus dem Suchtbereich, und aus dem kommen wir ja alle, sind ausgesprochen schwierig auszuhalten. Und da sind kleine Erfolgsschritte sehr förderlich. Also nur für Heute. Das ließe sich ja mal ausprobieren.

Ich habe es bisher vermieden, jemanden zu überreden, in die Kommune zu ziehen. Diese Lebensart ist noch im Stadium der

discher Knoten ist das schon eher, denn viele Probleme des heutigen Lebens haben wir hier einfach nicht. Angst, entlassen zu werden, z.B. die Miete nicht bezahlen zu können, oder dass die Bank die Grundschulden an eine Heuschrecke verkauft.

Aus meiner Sicht, auf trockenem Eiland, habe ich den Eindruck, dass die Welt dem Wahnsinn verfallen ist. Nirgendwo ist mehr ein trockener Halm zur Orientierung. Die heutige Nachricht, in NRW werden Einheitsschulen eingerichtet, aber bevor sie richtig installiert wurden, sollen sie schon wieder abgeschafft werden. Das ist ja nur ein kleines Beispiel. Ein anderes mögen die 200 Panzer sein, die von der Bundesregierung an die Saudis geliefert wurden, oder die Stimmenenthaltung der BRD im UN-Sicherheitsrat bei der Frage, Lybien platt zu bomben, was offensichtlich bei Vielen stark kritisiert wurde, und natürlich auch die ganze Aufregung um die Stilllegung der AKWs und der Schwenk zu den alternativen Energieumwandlungen, was ja nun glücklicherweise auch mal in unsere Richtung zeigt.

In diesem Sinne: Willkommen in der Anstalt.

Uwe Kurzbein

Anmerkung:

1 Uwe Kurzbein ist Mitherausgeber des Kommunebuchs (Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1998) und mit einem Interview in dem von Bernd Drücke herausgegebenen Interviewband „ja! Anarchismus. Gelebte Utopie im 21. Jahrhundert“ (Karin Kramer Verlag, Berlin 2006) vertreten.

Kontakte: Olgashof Kommune, Gutshaus, D-23966 Olgashof bei Dorf Mecklenburg Tel.: 03841/7933-37, Fax: -38, Olgashof@aol.com

Weitere Kommunen: www.nadir.org/ nadir/ periodika/ contraste/ kommunen1.htm

was du wissen solltest

Scherenschnitt von Jan Caspar

Eine Performance mit Wirkung

Lebenslaute in Leipzig/Halle

Könnern. Da war doch mal was?! Genau. Hier wurde vom 31. August bis 2. September 2007 der 35. Geburtstag der Graswurzelrevolution gefeiert.

In der attacVilla und ihrem herrlichen Garten. Einige Plakate von damals sind noch übrig geblieben. Jetzt haben sie weitere gute Dienste geleistet. Auf ihrer Rückseite wurden die Pläne für die diesjährige Aktion der „Lebenslaute" entworfen.

Die offene und nach basisdemokratischen Prinzipien organisierte Musikgruppe bringt klassische Werke dort zum Klingen, wo dies nicht erwartet wird: auf Militärübungsplätzen und Abschiebeflugplätzen, vor Atomanlagen und im Gen-Feld (vgl. GWR 359).

Bei der Wahl ihrer Auftrittsorte lassen die MusikerInnen sich nicht durch herrschende Vorschriften einschränken. Lebenlaute-Aktionen suchen die politische Auseinandersetzung durch angekündigten und bewussten Gesetzesübertritt. Gemeinsam mit lokalen Protestbewegungen werden die Aktionen langfristig und sorgfältig vorbereitet.

Auch über Könnern hört mensch sie nachts hinwegbrummen: die Antonows, Großraumflugzeuge, die schweres militärisches Gerät und SoldatInnen in Kampfeinsätze fliegen, hauptsächlich nach Afghanis- gegen Sturm. Doch ihr Protest verhallt meist ungehört von den Mainstream-Medien.

Immerhin ist die Mitteldeutsche Airport Holding AG Mehrheitsgesellschafter. Ihre Aktionäre sind der Freistaat Sachsen und das Land Sachsen-Anhalt, die Städte Dresden, Leipzig und Halle.

Im Rahmen des vor drei Jahren öffentlich durchgeführten Kunstprojektes „Aus Flughafensicht", initiiert vom Thalia Theater Halle, entstand ein Scherenschnitt des Künstlers Jan Caspar (siehe Abb.).

Es stellt eingängig dar, wie Soldaten in den Rumpf eines Flugzeuges einsteigen und Zerstörung und Tod mitbringen, wenn sie es auf der anderen Seite verlassen. Es kam zum Eklat. Verbot der Ausstellung des Kunstwerkes in der Flughafenhalle!

Jetzt wurde das aufrüttelnde Werk an eben diesem Ort für alle sichtbar platziert.

Das war genauso illegal wie der Auftritt der 60 MusikerInnen und Chorleute. Doch Polizei und Wachschutz mussten gewähren lassen. Wie soll man ein Sinfonieorchester stoppen, dessen Mitglieder gepflegt in Schwarz-Weiß beginnen, klassische Musik von Händel und Bach zu interpretieren?!

Geleitet durch die Dirigentin Eva wurde jedes einzelne Stück zum Erlebnis. Besonders anrührend war die Geschichte vom jungen Janosch, welcher in den Krieg ziehen und sein Mädchen verlassen muss (Leos Janacek). Nur wenige Orchestermitglieder musizierten, die anderen verstärkten den Chor. Als der berühmte Walzer von Schostakowitsch erklang, begannen einige Lebenslaute-MusikerInnen zu tanzen.

Spätestens da konnte sich das in der Abflugschlange nach Mallorca stehende Publikum dem Zauber der Performance nicht mehr entziehen. Die Zuschauenden erschraken entsprechend, als die Tänzer plötzlich, von symbolischen Kugeln getroffen, hinfielen.

Am Schluss gab es ein donnerndes bitterböses Highlight: „Hosiannah Rockkefeller, Hosiannah Krieg, Profit und Gier!" von Brecht/Weill. Nicht wenige der ca. 100 anwesenden FriedensaktivistInnen aus Halle und Leipzig schmetterten diesen Protest gegen Profitgier Kriegstreiberei und Kapitalismus aus voller Kehle mit.

Dieses Aktionserlebnis gibt uns Mut und Kraft zum Weiterkämpfen vor Ort.

Der Scherenschnitt von Jan Caspar soll übrigens an exponierter Stelle zunächst in Halle und später in Leipzig das Stadtbild zieren.

Die Lebenslaute-KünstlerInnen freuen sich über jede neue Mitwirkende, denn ab Januar wird die Aktion für 2012 geplant! Jan Caspar lädt ausdrücklich dazu ein, die Motive seines Scherenschnittes aus dem Internet herunterzuladen und zu nutzen! Unbedingt weiterempfehlen wollen wir auch die Kochkünstlerinnen von der veganen Leipziger Vokü Krisenherd!

Die attacVilla bedankt sich für die kreative Atmosphäre, die basisdemokratische Disziplin und den herrlichen Trubel, den die alte Dame mal wieder erleben durfte!

Solveig Feldmeier

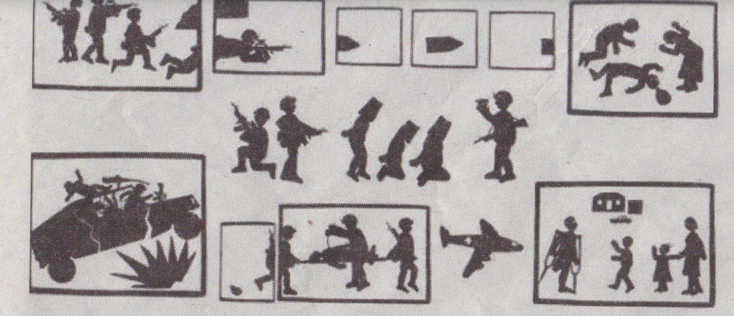
Weitere Infos: www.lebenslaute.net
www.spectromag.de
krisenherd@systemausfall.org

Nachrichten

A-Woche

Gesellschaftspolitische Tage in Rostock: 18.-22.10.2011

„Alles verändert sich, wenn du es veränderst." – Ton Steine Scherben



was du wissen solltest

Scherenschnitt von Jan Caspar

Nachrichten

A-Woche

Gesellschaftspolitische Tage in Rostock: 18.-22.10.2011

„Alles verändert sich, wenn du es veränderst.“ – Ton Steine Scherben

Vom 18. bis 22. Oktober veranstalten Soziale Bildung e.V. und lokale Initiativen zum zweiten Mal die A-Woche im Rostocker Peter Weiss-Haus.

Wir leben in einer Zeit großer Herausforderungen für das gesellschaftliche Zusammenleben. Krisen wechseln sich ab, Wirtschaften und Herrschaftssysteme wanken. Armut, Krieg, Hunger, Umweltzerstörung, Rassismus und Diskriminierung sind allgegenwärtig. Die Auswirkungen dieser Verhältnisse spüren wir auch vor Ort:

Arbeitslosigkeit, Werftensterben, Atomtransporte, Gentechnik, Haushaltslöcher, Fremdenfeindlichkeit, Naziübergriffe, Verarmung, Abwanderung.

Es gibt Alternativen und dafür steht die A-Woche: anfangen, es anders zu machen. Verschiedene Themen werden beleuchtet: Wirtschaft, Arbeit, Ökologie, Anarchie, Utopien, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Alternativen, Formen direkter Demokratie, Sexismus, Antifaschismus, Rassismus, Gewerkschaften, Bildung und vieles Andere.

Die A-Woche richtet sich an alle, die Lust haben mitzumachen. Dabei geht es auch darum, konkrete Projekte, Handlungs- und Beteiligungsmöglichkeiten zu erproben. Von Dienstag bis Samstag gibt es Workshops, Vorträge, Diskussionen, Werkstätten, Offene Räume für was ihr wollt, Essen, Filme, Feiern und vieles mehr.

Aktuelle Infos: www.awoche.org Soziale Bildung e.V., Doberaner Strasse 21, 18057 Rostock, Tel.: 0381-1273363, Fax: 030-484982043

schiebeflugplätzen, vor Atomanlagen und im Gen-Feld (vgl. GWR 359).

Bei der Wahl ihrer Auftrittsorte lassen die MusikerInnen sich nicht durch herrschende Vorschriften einschränken. Lebenlaute-Aktionen suchen die politische Auseinandersetzung durch angekündigten und bewussten Gesetzesübertritt. Gemeinsam mit lokalen Protestbewegungen werden die Aktionen langfristig und sorgfältig vorbereitet.

Auch über Könnern hört mensch sie nachts hinwegbrummen: die Antonows, Großraumflugzeuge, die schweres militärisches Gerät und SoldatInnen in Kampfeinsätze fliegen, hauptsächlich nach Afghanistan. Ein großer Teil der Militärlogistik wird heute auf zivilem Wege abgewickelt, also über Privatfirmen. Fast unmerklich hat sich der Flughafen Leipzig/Halle zu einem militärischen Drehkreuz entwickelt.

450.000 Soldatinnen und Soldaten, vor allem Angehörige der US-Truppen, werden jährlich von Leipzig aus in den Krieg geschickt. Bei ihrem Zwischenstopp im abgeschotteten, streng überwachten Bereich des Flughafengeländes werden sie von privaten Cateringfirmen versorgt. Auch Verletzte und die sterblichen Überreste der „Gefallenen“ finden ihren Weg über Leipzig/Halle.

Friedensinitiativen in beiden Städten laufen seit Jahren da-

Theater Halle, entstand ein Scherenschnitt des Künstlers Jan Caspar (siehe Abb.).

Es stellt eingängig dar, wie Soldaten in den Rumpf eines Flugzeuges einsteigen und Zerstörung und Tod mitbringen, wenn sie es auf der anderen Seite verlassen. Es kam zum Eklat. Verbot der Ausstellung des Kunstwerkes in der Flughafenhalle!

Jetzt wurde das aufrüttelnde Werk an eben diesem Ort für alle sichtbar platziert.

Das war genauso illegal wie der Auftritt der 60 MusikerInnen und Chorleute. Doch Polizei und Wachschutz mussten ge-

gannen einige Lebenslaute-MusikerInnen zu tanzen.

Spätestens da konnte sich das in der Abflugschlange nach Mallorca stehende Publikum dem Zauber der Performance nicht mehr entziehen. Die Zuschauenden erschraken entsprechend, als die Tänzer plötzlich, von symbolischen Kugeln getroffen, hinfielen.

Am Schluss gab es ein donnerndes bitterböses Highlight: „Hosiannah Rockkefeller, Hosiannah Krieg, Profit und Gier!“ von Brecht/Weill. Nicht wenige der ca. 100 anwesenden FriedensaktivistInnen aus Halle

seines Scherenschnittes aus dem Internet herunterzuladen und zu nutzen! Unbedingt weiterempfehlen wollen wir auch die Kochkünstlerinnen von der veganen Leipziger Vokü Krisenherd!

Die attacVilla bedankt sich für die kreative Atmosphäre, die basisdemokratische Disziplin und den herrlichen Trubel, den die alte Dame mal wieder erleben durfte!

Solveig Feldmeier

Weitere Infos: www.lebenslaute.net www.spectromag.de krisenherd@systemausfall.org



Foto: Solveig Feldmeier

Containern ist nicht illegal

Oder: Gerichte sind zum Essen da

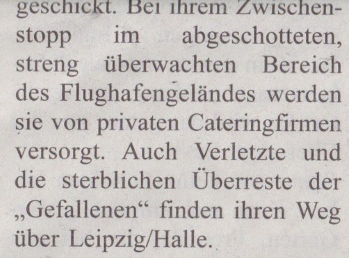
Der Prozess wegen angeblichen „Diebstahls“ weggeworfener Lebensmittel (vgl. GWR 354) wurde am 21. September 2011 im Amtsgericht Döbeln wieder neu aufgerollt.

ner Überflussgesellschaft, in der ein Drittel bis die Hälfte der aufwändig produzierten und ebenso aufwändig verpackten

den folgenden Prozess aufmerksam gemacht.

Nach Meinung von Christof N.

Abwanderung.
Es gibt Alternativen und dafür steht die A-Woche: anfangen, es anders zu machen. Verschiedene Themen werden beleuchtet: Wirtschaft, Arbeit, Ökologie, Anarchie, Utopien, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Alternativen, Formen direkter Demokratie, Sexismus, Antifaschismus, Rassismus, Gewerkschaften, Bildung und vieles Andere.
Die A-Woche richtet sich an alle, die Lust haben mitzumachen. Dabei geht es auch darum, konkrete Projekte, Handlungs- und Beteiligungsmöglichkeiten zu erproben. Von Dienstag bis Samstag gibt es Workshops, Vorträge, Diskussionen, Werkstätten, Offene Räume für was ihr wollt, Essen, Filme, Feiern und vieles mehr.
Aktuelle Infos: www.awoche.org Soziale Bildung e.V., Doberaner Strasse 21, 18057 Rostock, Tel.: 0381-1273363, Fax: 030-484982043



geschickt. Bei ihrem Zwischenstopp im abgeschotteten, streng überwachten Bereich des Flughafengeländes werden sie von privaten Cateringfirmen versorgt. Auch Verletzte und die sterblichen Überreste der „Gefallenen" finden ihren Weg über Leipzig/Halle.
Friedensinitiativen in beiden Städten laufen seit Jahren da-

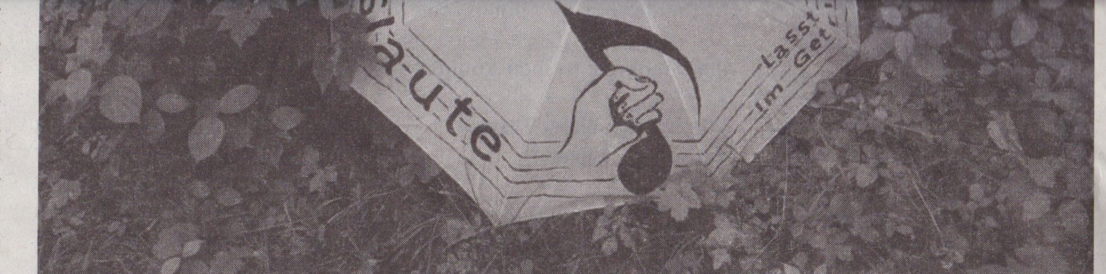


Foto: Solveig Feldmeier

Containern ist nicht illegal

Oder: Gerichte sind zum Essen da

Der Prozess wegen angeblichen „Diebstahls" weggeworfener Lebensmittel (vgl. GWR 354) wurde am 21. September 2011 im Amtsgericht Döbeln wieder neu aufgerollt.

Was bisher geschah: Christof N. (25) und Frederik V. (33) waren in der Nacht zum 13. April 2010 auf dem Parkplatz eines Supermarktes in eine Polizeikontrolle geraten. Sie führten abgelaufene Lebensmittel in einem Anhänger mit sich. Später erreichten sie Strafbefehle über 10 bzw. 20 Tagessätze wegen Diebstahls, obwohl der Marktkauf selbst auf einen Strafantrag verzichtet und auch sonst niemand geklagt hatte.
Die Staatsanwaltschaft wollte wohl erstmalig ein Exempel in Sachen „Mülltauchen" statuieren und sah ein „besonderes öffentliches Interesse" in diesem Fall. Bisher vergleichbare Fälle waren zuvor wegen des „geringen oder nicht vorhandenen Warenwertes" immer eingestellt worden.
Als „besonders schwer" bewertete die Chemnitzer Staatsanwaltschaft diesen Fall, weil die Angeklagten über einen Zaun geklettert sein sollen, um an das Essen zu gelangen. Im Oktober 2010 wurde das Verfahren wieder aufgenommen und von Protestaktionen von ContaineraktivistInnen begleitet.
Frederik V. ging auf das Einstellungsangebot der Richterin „aus pragmatischen Gründen" ein. Der studierte Molekularbiologe hatte keine Lust mehr, noch Zeit in diesen für ihn „lächerlichen Prozess" zu verschwenden, und leistete deshalb die 10 Arbeitsstunden in einer gemeinnützigen Organisation seiner Wahl ab.
Christof N. kämpfte weiter. Der überzeugte Mülltaucher verteidigte sich erneut selber und versuchte, in dem Verfahren auch auf die politische Komponente der ihm vorgeworfenen Tat und der Strafverfolgung einzugehen.
Wer containern geht, ist nicht unbedingt bedürftig, sondern handelt auch aus weltanschaulichen Gründen. Es geht dann um Schadenbegrenzung in einer Überflussgesellschaft, in der ein Drittel bis die Hälfte der aufwändig produzierten und ebenso aufwändig verpackten Lebensmittel nach langen Transporten letztendlich wieder in der Tonne landet.
Lebensmittel, deren Verpackungen manchmal nur geringfügig beschädigt sind oder die weggeschmissen werden, um die Marktpreise stabil zu halten.
„Angesichts zunehmender Ressourcenknappheit, Klimawandel und Flächenverbrauch durch Landwirtschaft sollte das besondere öffentliche Interesse eigentlich darin liegen, diesen Missstand zu beseitigen", mahnte der Angeklagte an.
„Stattdessen wird von staatlicher Seite alles getan, um Menschen zu bestrafen, die versuchen, ihren Teil gegen diesen verschwenderischen Umgang mit Ressourcen beizutragen, indem sie sich bewusst dafür entscheiden, soweit möglich, keine weitere Nachfrage innerhalb dieses Systems zu schaffen."
AktivistInnen hatten, wie schon 2010, in Döbeln mit Flugblättern und Transparenten auf den folgenden Prozess aufmerksam gemacht.
Nach Meinung von Christof N. ging es Richter Ehrlich darum, möglichst schnell den Prozess zu beenden, ohne sich weiter mit dem Thema Containern, das juristisch in eine Grauzone fällt, auseinandersetzen zu müssen. Ein Thema, das letztes Jahr große mediale Aufmerksamkeit erregt hat.
„Der ganze Prozess war vom Ablauf her eine Aneinanderreihung von gravierenden StPO-Verstößen und Verteidigungsrechteeinschränkungen und ein Paradebeispiel eines von Anfang an klar befangenen Richters. Dass uns das Resultat in diesem Fall schmeckt, sollte uns nicht vergessen lassen, dass solche Prozesse belegen, dass Urteile nach Lust und Laune der Richter_innen gesprochen werden", erörtert die Aktivistin Hanna P.
Das Verfahren wegen Containern ist kein Einzelfall. Erst kürzlich gab es in Lüneburg eine Verurteilung wegen Kekse-Containern (vgl. GWR 360).

Sigrid Lehmann-Wacker

„Lücken in der Sicherheitskultur"

Ein Unfall in der französischen Atomanlage Centraco forderte einen Toten und drei Verletzte

Am 12. September 2011, gegen 11.45 Uhr, fand eine Explosion in einem Ofen der französischen Anlage Centraco statt, durch die ein Mensch getötet und drei andere verletzt wurden.

Centraco liegt auf dem Atomkomplex Marcoule, wo u. a. Atommüll gelagert und bearbeitet wird und MOX-Brennelemente aus Plutonium erzeugt werden. In Centraco wird aber nur sogenannter schwachradioaktiver Müll behandelt; nichtmetallische Gegenstände werden gebrannt, und Alteisen lässt man in einem Ofen schmelzen. Hier kam es zu dem Unfall. Als ein Arbeiter versuchte, mit einer Eisenstange eine Metallkruste zu brechen, sprang ein brennendes Metallgeysir aus dem Ofen.

Etwa eine Stunde später wurde der Unfall den Medien gemeldet, mit nur wenigen Informationen. Alarm wurde in den naheliegenden Dörfern ausgelöst, ohne dass die BewohnerInnen informiert wurden, was eigentlich geschehen ist. Dann wurde der Alarm gestoppt und die Leute hilflos zurückgelassen.

Die Behörden – nicht der Betreiber EDF selbst! – erklärten, dass es zu keiner Freisetzung radioaktiven Materials gekommen sei. Der französische Innenminister Claude Guéant äußerte sich schnell, um den „Zwischenfall" als harmlos zu deklarieren.

Zwei Wochen zuvor, als die Nutzung der Atomkraft auch in Frankreich zunehmend kritisiert marer Unfall", sondern ein „industrieller Unfall"; so etwas würde häufig in anderen Industrieanlagen geschehen.

Anscheinend ist es für die französische Regierung viel wichtiger, die Atomindustrie zu verteidigen, als Mitleid für die Familie des Opfers zu zeigen.

Centraco liegt nur 200 Meter weit vom Fluss Rhône, etwa 7 km von der Stadt Orange entfernt; in einem Umkreis von 30 km leben 180.000 Menschen. Sorgen um eine mögliche Kontamination sind also legitim. Es gibt viele offene Fragen.

Das radioaktive Inventar des Ofens ist nach Angaben von IRSN (Institut für Strahlungsschutz und Atomsicherheit) „sehr niedrig": 67.000 Becquerel. Diese Daten werden von der CRIIRAD (unabhängige Radioaktivitätsmessungsorganisation, nach dem Tschernobyl-GAU 1986 gegründet) angezweifelt: sie seien seltsamerweise niedrig und präzis angesichts der Vielzahl von radioaktiven Alteisen, die dort geschmolzen werden. Solch niedrige Werte sind auch seltsam, wenn man die für Centraco viel höher erlaubten Freisetzungen betrachtet. Dazu gibt es von den Behörden keine genauen Hinweise auf die Art der radioaktiven Elemente, wobei Dokumente der Atommüllagentur u.a. auf Strontium 90, Cobalt 60 und Carbon 14 hinweisen. Diese Elemente sind als gesundheitsschädlich bekannt.

Laut der Atomsicherheitsbehörde habe es keine Freisetzung von Radioaktivität gegeben, oder sie sei so gering, dass sie kaum zu messen sei.

Die CRIIRAD, die eine Messstation in der Nachbarstadt Avignon besitzt, hat auch nichts bemerkt. Aber daneben hat ein lokales Anti-Atom-Kollektiv eine geringe, aber deutliche Erhöhung der Strahlungen in der Nähe von Avignon gemessen. Die CRIIRAD behandelt diese Messungen mit großer Vorsicht und interpretiert sie als möglichen Beweis der Präsenz bestimmter Beta-Strahlender Gase. Es ist nicht auszuschließen, dass die 350 Arbeiter, die auf der Anlage standen, während und nach dem Unfall kontaminiert wurden. Darüber gibt es keine Informationen.

Vieles bleibt also noch unbekannt. Ein Mensch ist tot und drei andere sind verletzt, in einer Industriebranche, die sich als äußerst sicher darstellt und wo trotzdem „Lücken in der Sicherheitskultur" von der Atomsicherheitsbehörde selbst angeprangert werden.

Auch wenn eventuelle Freisetzungen gering sind, sollte dieser Unfall als Alarm dienen, um in Frankreich mit Atomkraft Schluss zu machen, bevor es zu einem anderen, schlimmeren Unfall kommt.

Charlotte Mijeon (Réseau „Sortir du nucléaire")

Kontakt: Chargée de campagne et des relations extérieures, Réseau «Sortir du nucléaire», Fédération de plus de 900 associations, Agréée pour la protection de l'environnement 9 rue Dumenge 69317 Lyon





Castor Stop! Gorleben soll leben! Tag X: 1. Advent

Abfahrt des Castors aus Frankreich: 24.11.2011

Acht Atomkraftwerke musste die Regierung abschalten, die Laufzeitverlängerung zurücknehmen – nach der entsetzlichen Reaktorkatastrophe von Fukushima hat die Anti-Atom-Bewegung große Erfolge errungen. Es waren erste Etappensiege – jetzt geht es weiter!

Wenn im Herbst der Castor-Transport ins Wendland rollt, wird damit der Atommüllstandort Gorleben weiter zementiert. Während die Regierung über ein Endlagergesetz entscheidet, fordern wir mit einer Großdemonstration das endgültige Aus für den Schwarzbau Gorleben. Demonstrieren Sie mit!

Atommüll ohne Ende

Weltweit gibt es kein Endlager, das hochradioaktive Abfälle für eine Million Jahre sicher von der Biosphäre abschließt. Wie schnell die Endlagerpläne platzen, zeigen havarierte Atommülllager. Die Asse säuft ab, Morsleben stürzt ein.

Mit Gorleben kommen sie nicht durch!

Der Endlagerstandort Gorleben wurde in den 1970er Jahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit willkürlich ausgewählt – aus rein politischen Gründen. Im letzten November wurde die „untertägige Erkundung" nach zehn Jahren Baustopp von Bundesumweltminister Röttgen wieder aufgenommen. Täglich werden dort Fakten geschaffen – trotz Wasser von oben und Gas von unten.

In diesem Herbst will die Regierung ein Endlagersuchgesetz beschließen. Es droht zu einem „Gorleben-Durchsetzungsgesetz" zu werden – mit Kriterien, die Gorleben weiter als Endlagerstandort ermöglichen sollen. Wir fordern das endgültige Aus für das Endlagerprojekt im maroden Salzstock Gorleben!

Atomtransporte kreuz & quer

Wenn im November der nächste Castor aus La Hague nach Gorleben rollt, wird nur vorgetäuscht, in der Atommüllentsorgung

eine Metallkruste zu brechen, sprang ein brennendes Metallgeysir aus dem Ofen.
Etwa eine Stunde später wurde der Unfall den Medien gemeldet, mit nur wenigen Informationen. Alarm wurde in den naheliegenden Dörfern ausgelöst, ohne dass die BewohnerInnen informiert wurden, was eigentlich geschehen ist. Dann wurde der Alarm gestoppt und die Leute hilflos zurückgelassen.
Die Behörden – nicht der Betreiber EDF selbst! – erklärten, dass es zu keiner Freisetzung radioaktiven Materials gekommen sei. Der französische Innenminister Claude Guéant äußerte sich schnell, um den „Zwischenfall" als harmlos zu deklarieren.
Zwei Wochen zuvor, als die Nutzung der Atomkraft auch in Frankreich zunehmend kritisiert wurde, hatte Minister François Fillon noch eine große Lobrede auf die Atomsicherheit in französischen Atomanlagen gehalten.
Dass es sich dabei um Schönrederei handelte, zeigen nun auch die Probleme in Marcoule. Die Verantwortlichen versuchen, es so darzustellen, als sei „alles im Griff". Es sei „kein atomares Problem", Sorgen um eine mögliche Kontamination sind also legitim. Es gibt viele offene Fragen.
Das radioaktive Inventar des Ofens ist nach Angaben von IRSN (Institut für Strahlungsschutz und Atomsicherheit) „sehr niedrig": 67.000 Becquerel. Diese Daten werden von der CRIIRAD (unabhängige Radioaktivitätsmessungsorganisation, nach dem Tschernobyl-GAU 1986 gegründet) angezweifelt: sie seien seltsamerweise niedrig von Radioaktivität gegeben, oder sie sei so gering, dass sie kaum zu messen sei.
Die CRIIRAD, die eine Messstation in der Nachbarstadt Avignon besitzt, hat auch nichts bemerkt. Aber daneben hat ein lokales Anti-Atom-Kollektiv eine geringe, aber deutliche Erhöhung der Strahlungen in der Nähe von Avignon gemessen. Die CRIIRAD behandelt diese Messungen mit großer Vorsicht und interpretiert zungen gering sind, sollte dieser Unfall als Alarm dienen, um in Frankreich mit Atomkraft Schluss zu machen, bevor es zu einem anderen, schlimmeren Unfall kommt.

Charlotte Mijeon (Réseau „Sortir du nucléaire")

Kontakt: Chargée de campagne et des relations extérieures, Réseau «Sortir du nucléaire», Fédération de plus de 900 associations, Agréée pour la protection de l'environnement 9 rue Dumenge 69317 Lyon

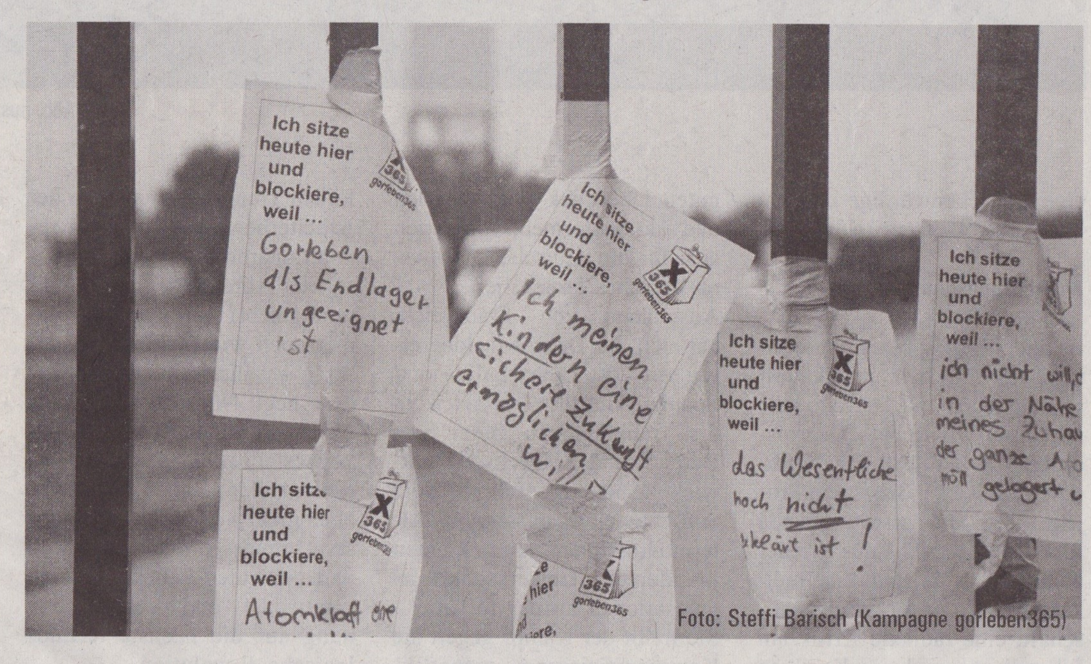


Foto: Steffi Barisch (Kampagne gorleben365)

UAA Gronau: Stilllegen statt verkaufen!

Uranabbau, Uranverarbeitung, Uranwaffen und Urantransporte stoppen – sofort!

Die einzige Urananreicherungsanlage (UAA) in Deutschland wird in Gronau (NRW) vom internationalen Urenco-Konzern betrieben.

Massiv beteiligt an der Urenco sind der britische und der niederländische Staat, sowie die Energieriesen RWE und E.ON. Anfang September 2011 wurde zunächst in britischen und niederländischen Medien berichtet, dass RWE und E.ON möglicherweise aus dem Urenco-Konzern aussteigen wollen. ... strittenen UAA in Gronau aussteigen will. Diese kam wegen wiederholter Störfälle und wegen Uranmülltransporten von Gronau nach Russland immer wieder negativ in die Schlagzeilen. Am Ostermontag 2011 forderten rund 15.000 Menschen mit einem Ostermarsch zur Gronauer UAA deren sofortige ... ten umfangreich informieren.
Es wird gefordert, dass das Land NRW sofort den Betrieb der UAA stoppt und die Urantransporte unterbindet. Bis Redaktionsschluss der GWR lag dem BBU noch keine Antwort des Ministers vor.
Um den weiteren Widerstand gegen die Gronauer UAA zu verstärken, hatte das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen für Mitte Septem- ... Gronau häuften sich in der letzten Zeit. Und auch der Protest wird nicht aufhören, bis die Anlage endlich stillgelegt ist. Am 6. November hat der traditionelle Sonntagsspaziergang sein 25jähriges Jubiläum, potenzielle Käufer der UAA müssen sich also auf AtomkraftgegnerInnen mit langjähriger Erfahrung einstellen. Seit dem Herbst 1986 treffen sich immer am ersten Sonntag im Monat Mitglie-

Weltweit gibt es kein Endlager, das hochradioaktive Abfälle für eine Million Jahre sicher von der Biosphäre abschließt. Wie schnell die Endlagerpläne platzen, zeigen havarierte Atommülllager. Die Asse säuft ab, Morsleben stürzt ein.

Mit Gorleben kommen sie nicht durch!

Der Endlagerstandort Gorleben wurde in den 1970er Jahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit willkürlich ausgewählt – aus rein politischen Gründen. Im letzten November wurde die „untertägige Erkundung" nach zehn Jahren Baustopp von Bundesumweltminister Röttgen wieder aufgenommen. Täglich werden dort Fakten geschaffen – trotz Wasser von oben und Gas von unten.
In diesem Herbst will die Regierung ein Endlagersuchgesetz beschließen. Es droht zu einem „Gorleben-Durchsetzungsgesetz" zu werden – mit Kriterien, die Gorleben weiter als Endlagerstandort ermöglichen sollen. Wir fordern das endgültige Aus für das Endlagerprojekt im maroden Salzstock Gorleben!

Atomtransporte kreuz & quer

Wenn im November der nächste Castor aus La Hague nach Gorleben rollt, wird nur vorgetäuscht, in der Atommüllentsorgung bewege sich was. Denn der Müll wird nur von A nach B gekarrt und in luftigen Hallen abgestellt. Ob nach Ahaus, Lubmin, Gorleben: Atomtransporte sind ein Risiko, das wir nicht hinnehmen können.

Atomkraft? Stilllegen!

Die Reaktor- katastrophe von Fukushima hat erneut gezeigt, dass Atomkraft nicht beherrschbar ist. Auch wenn uns die Abschaltung von acht Atommeilern freut: Wir streiten dafür, dass jetzt alle Atomkraftwerke bei uns und weltweit abgeschaltet werden, bevor der nächste GAU passiert. Wir fordern das Ende der Atomindustrie – vom Uranabbau und -anreicherung bis zu den Atomexporten.

Die Alternativen sind da!

Die Regierung bleibt die angekündigte „beschleunigte Energiewende" schuldig. Eine konsequente Energiewende wird nur in der Hand von kleinen und mittelständigen Unternehmen, Stadtwerken und Bürger/innen gelingen und nicht mit den vier großen Atomkonzernen, die Regierung und Bürger/innen erpressen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien, Energiesparen und Effizienz.

Wir sind viele: Auf ins Wendland!

Die letzten Monate haben gezeigt: Eine Politik, die über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet und nur Konzerninteressen bedient, ist auf Dauer nicht durchsetzbar, wenn wir uns gemeinsam zur Wehr setzen. Allein durch Parlamentsbeschlüsse wird es kein Ende der Atomkraft geben – es braucht den Druck von der Straße. Stimmen wir ab, mit Händen und Füßen, wenn der nächste Castor ins Wendland rollt. Castor Stop – Gorleben soll leben!

„alles im Griff“. Es sei „kein ato-

Foto: Steffi Barisch (Kampagne gorleben365)

UAA Gronau: Stilllegen statt verkaufen!

Uranabbau, Uranverarbeitung, Uranwaffen und Urantransporte stoppen – sofort!

Die einzige Urananreicherungsanlage (UAA) in Deutschland wird in Gronau (NRW) vom internationalen Urenco-Konzern betrieben.

Massiv beteiligt an der Urenco sind der britische und der niederländische Staat, sowie die Energieriesen RWE und E.ON. Anfang September 2011 wurde zunächst in britischen und niederländischen Medien berichtet, dass RWE und E.ON möglicherweise aus dem Urenco-Konzern aussteigen wollen.
Urenco betreibt in Almelo (NL) und Capenhurst (GB) weitere Urananreicherungsanlagen und ist an Projekten in Frankreich und in den USA beteiligt. Die britische Regierung hatte bereits in der Vergangenheit die Absicht geäußert, ihre Anteile an der Urenco zu verkaufen.
Nachfragen hiesiger Presseorgane bei RWE und E.ON hinsichtlich eventueller Urenco-Ausstiegspläne wurden offiziell nicht beantwortet. Aber: Die Verkaufsgerüchte wurden auch nicht dementiert.
Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hatte am 5. September, nachdem erste Meldungen über den möglichen Verkauf der RWE-Urenco-Anteile bekannt wurden, einen aus 10 Punkten bestehenden Fragenkatalog an den NRW-Wirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger geschickt, um zu klären, ob RWE möglicherweise aus der umstrittenen UAA in Gronau aussteigen will. Diese kam wegen wiederholter Störfälle und wegen Uranmülltransporten von Gronau nach Russland immer wieder negativ in die Schlagzeilen. Am Ostermontag 2011 forderten rund 15.000 Menschen mit einem Ostermarsch zur Gronauer UAA deren sofortige Stilllegung, und im Sommer folgten weitere Protestaktionen (die GWR berichtete).
In dem Brief an Wirtschaftsminister Voigtsberger griff der BBU auch weitere aktuelle Themen rund um die Gronauer Uranfabrik auf. So wurde u. a. gefragt, wie viel Uranmüll derzeit an der Anlage gelagert wird und was die Landesregierung gegen die weitere Atommüll-Produktion in Gronau unternimmt. Weiterhin wurde gefragt, ob die NRW-Landesregierung den Bau eines Atommüll-Lagers neben der Gronauer UAA verhindern will, der pikanterweise bereits 2005 von der damaligen rot-grünen Landesregierung genehmigt worden war.
Der BBU betont: Als Aufsichtsbehörde muss das NRW-Wirtschaftsministerium die Öffentlichkeit über die E.ON- und RWE-Anteile bei Urenco und über mögliche Verkaufsabsichten umfangreich informieren.
Es wird gefordert, dass das Land NRW sofort den Betrieb der UAA stoppt und die Urantransporte unterbindet. Bis Redaktionsschluss der GWR lag dem BBU noch keine Antwort des Ministers vor.
Um den weiteren Widerstand gegen die Gronauer UAA zu verstärken, hatte das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen für Mitte September zu einem Protest- und Vernetzungscamp nahe der Anlage eingeladen. Der BBU und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen sind sich einig, dass die Urananreicherung grundsätzlich weltweit gestoppt werden muss. Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau unterstützt diese Forderung in vollem Umfang.
In einer Pressemitteilung des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen vom 9. September heißt es: „Momentan sieht es nicht so aus, als ob es auf dem Energiemarkt Interessenten an den Anteilen des Urenco-Konzerns gibt, aber alle potenziellen Käufer sollten sich bewusst sein, dass es bei dem Urenco-Konzern um Atomtechnik mit all ihren Gefahren und Konsequenzen geht. Gerade das Uranhexafluorid ist hochgiftig und reagiert bereits mit Luftfeuchtigkeit zu gefährlicher Flusssäure. Pannen in der UAA Gronau häuften sich in der letzten Zeit. Und auch der Protest wird nicht aufhören, bis die Anlage endlich stillgelegt ist. Am 6. November hat der traditionelle Sonntagsspaziergang sein 25jähriges Jubiläum, potenzielle Käufer der UAA müssen sich also auf AtomkraftgegnerInnen mit langjähriger Erfahrung einstellen. Seit dem Herbst 1986 treffen sich immer am ersten Sonntag im Monat Mitglieder verschiedener Anti-Atomkraft-Initiativen aus der Bundesrepublik und aus den Niederlanden an der Gronauer Urananreicherungsanlage.“

Demo & Konferenz 2012

Auch für 2012 gibt es bereits verschiedene Pläne für den Widerstand gegen Uranabbau und Uranverarbeitung. Am **4. Februar 2012** soll in Münster eine **internationale Urankonferenz** stattfinden, bei der Informationen über die Uranindustrie ausgetauscht und Proteste geplant werden sollen.
Am **11. März 2012** (1. Fukushima-Jahrestag) folgt eine überregionale **Demo in Gronau**. Wer die Aktivitäten unterstützen möchte, kann sich bereits jetzt aktiv einbringen.

Udo Buchholz

Weitere Infos: www.urantransport.de, www.aku-gronau.de und www.bbu-online.de.

nächste GAU passiert. Wir fordern das Ende der Atomindustrie – vom Uranabbau und -anreicherung bis zu den Atomexporten.

Die Alternativen sind da!

Die Regierung bleibt die angekündigte „beschleunigte Energiewende“ schuldig. Eine konsequente Energiewende wird nur in der Hand von kleinen und mittelständigen Unternehmen, Stadtwerken und Bürger/innen gelingen und nicht mit den vier großen Atomkonzernen, die Regierung und Bürger/innen erpressen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien, Energiesparen und Effizienz.

Wir sind viele: Auf ins Wendland!

Die letzten Monate haben gezeigt: Eine Politik, die über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet und nur Konzerninteressen bedient, ist auf Dauer nicht durchsetzbar, wenn wir uns gemeinsam zur Wehr setzen. Allein durch Parlamentsbeschlüsse wird es kein Ende der Atomkraft geben – es braucht den Druck von der Straße. Stimmen wir ab, mit Händen und Füßen, wenn der nächste Castor ins Wendland rollt. Castor Stop – Gorleben soll leben!

Bündnis gegen den Castor 2011

Weitere Infos: www.gorleben-castor-2011.de



Solidarische Postwachstumsökonomie

... und eine libertäre Antwort auf die Krise

Freiheitliche SozialistInnen und Libertäre sollten sich mit dem sperrigen Begriff des „Postwachstums" auseinandersetzen.

Er war im Mai 2011 Thema eines vom globalisierungskritischen Netzwerk attac veranstalteten Kongresses.
Über 2.000 Menschen, davon viele Junge, diskutierten einen Ansatz, den Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis in einem attac-Basistext als „Solidarische Postwachstumsökonomie" bezeichnen.

Auf der Suche nach Antworten

Sie entwickeln damit eine Antwort auf die sich abzeichnende Zivilisationskrise, „einer Krise der Gesellschaften, die auf unkontrollierbare Großtechnologien und destruktive Energieformen angewiesen sind, um kontinuierliches Wirtschaftswachstum zu befeuern".[1]
Und das, um den Bequemlichkeiten einer kleinen Minderheit der Weltbevölkerung dienlich zu sein und mit ihrer imperialen Lebensweise zugleich auch deren imperialen Habitus und die dazugehörigen Denkweisen am Laufen zu halten („kosmopolitische Plünderungsökonomie").
Damit wollen Schmelzer/Passa-

und Ressourcenverbrauch könnte es gelingen, eine zwar kapitalistische, aber nachhaltige Wirtschaftsweise zu erzeugen. Dieses Konzept verkennt u.a. die Wirkung des „Rebound-Effektes". Danach führt jeder Effizienzgewinn letztlich zu einer Erhöhung der Nachfrage und hat im Ergebnis sogar einen negativen Gesamteffekt: Diese Politik verschärft den Ressourcenverbrauch und die kapitalistische Indienstnahme der Welt.
Dem wird eine Solidarische Postwachstumsökonomie gegenübergestellt, „eine konsequente sozial-ökologische Transformation der Produktions- und Lebensweise und eine demokratisch organisierte Reduktion von Produktion und Konsum. Ziel ist eine Ökonomie, die global soziale Rechte für alle sichert und die ökologischen Grenzen nicht überschreitet."[4]

Ökonomie des Schrumpfens

Dies bedeutet im Klartext, dass eine Ökonomie des Schrumpfens organisiert und



Abb. aus: Banksy, Wall and Piece, London 2006

eine menschenwürdige und solidarische Welt entstehen soll.

Anknüpfungspunkte

guten Überblick über Quellen und Aktionsformen, von denen sich für die deutsche Diskussion manches lernen ließe.[9]

Einem Traum, der auch von der Arbeiterbewegung in ihren revolutionären und reformistischen Abteilungen geträumt

Wachstum rassistischer und wohlstandschauvinistischer Parteien, in Spanien und Portugal an den Siegen reaktionärer

er und Alexis Passadakis in einem attac-Basistext als „Solidarische Postwachstumsökonomie“ bezeichnen.

Auf der Suche nach Antworten

Sie entwickeln damit eine Antwort auf die sich abzeichnende Zivilisationskrise, „einer Krise der Gesellschaften, die auf unkontrollierbare Großtechnologien und destruktive Energieformen angewiesen sind, um kontinuierliches Wirtschaftswachstum zu befeuern“. [1]
Und das, um den Bequemlichkeiten einer kleinen Minderheit der Weltbevölkerung dienlich zu sein und mit ihrer imperialen Lebensweise zugleich auch deren imperialen Habitus und die dazugehörigen Denkweisen am Laufen zu halten („kosmopolitische Plünderungsökonomie“).
Damit wollen Schmelzer/Passadakis sich von den Wachstumskritikern absetzen, die wie der neoliberale Meinhard Miegel das Wirtschaftswachstum aus einer reaktionären Perspektive kritisieren und sozialstaatliche Regulierungen als wesentliche Wachstumstreiber ausmachen. Demgegenüber ist daran festzuhalten, dass erst die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise das wirtschaftliche Wachstum forcierte und zu expansiver Warenproduktion führte. Über 800 Jahre lang vor dem kapitalistischen 19. Jahrhundert wuchsen Bruttoinlandprodukt und Bevölkerung dagegen parallel und sehr langsam.
Das Wachstumskonzept ist ein hegemoniales Projekt, dem sich nahezu alle politischen Akteure verpflichtet haben. Und dies, obwohl Wachstum per se weder ein gutes Leben ermöglicht noch Armut und Ungleichheit verringert, einen Beitrag zum Abbau von Massenarbeitslo-

jeder Effizienzgewinn letztlich zu einer Erhöhung der Nachfrage und hat im Ergebnis sogar einen negativen Gesamteffekt: Diese Politik verschärft den Ressourcenverbrauch und die kapitalistische Indienstnahme der Welt.
Dem wird eine Solidarische Postwachstumsökonomie gegenübergestellt, „eine konsequente sozial-ökologische Transformation der Produktions- und Lebensweise und eine demokratisch organisierte Reduktion von Produktion und Konsum. Ziel ist eine Ökonomie, die global soziale Rechte für alle sichert und die ökologischen Grenzen nicht überschreitet.“[4]

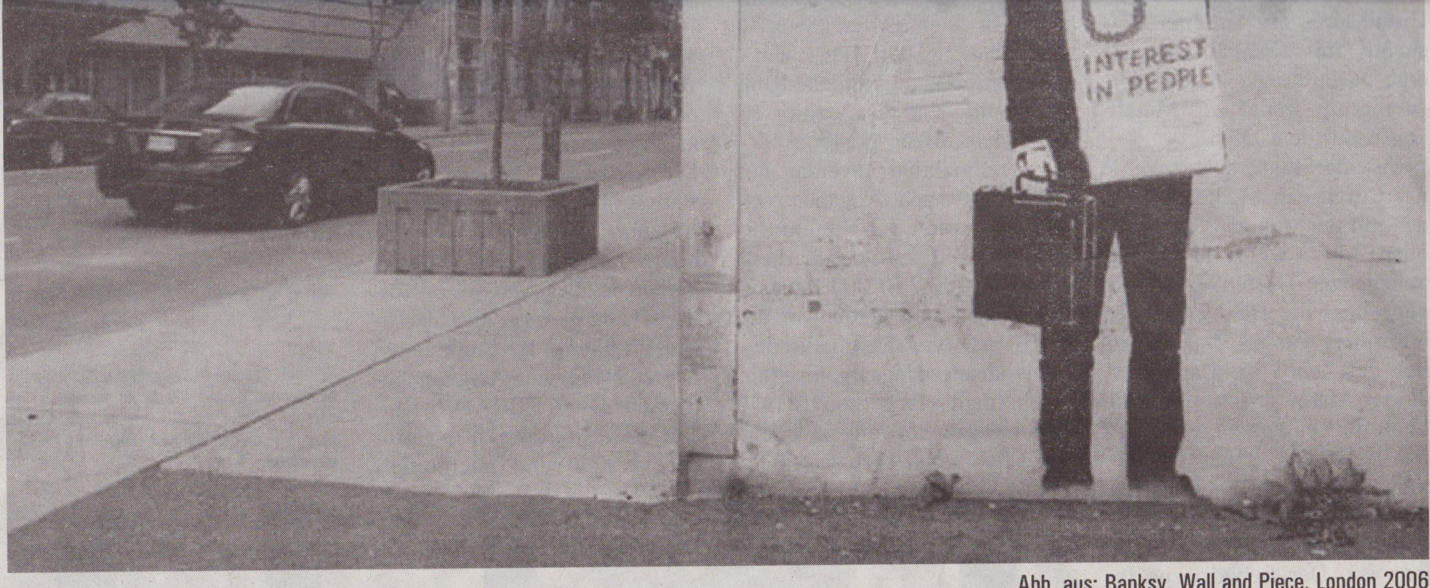
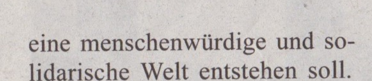


Abb. aus: Banksy, Wall and Piece, London 2006

Ökonomie des Schrumpfens



Dies bedeutet im Klartext, dass eine Ökonomie des Schrumpfens organisiert und eine Lebensweise des „Genug“ etabliert werden muss.
Diese „großen Erzählung“ nach dem Ende der anderen „großen Erzählungen“ muss die ökologische und die soziale Fragen nicht nur stellen, sondern auch zusammenbringen.
„Wer soll ein solches Projekt schließlich ins Werk setzen? Notgedrungen fällt die Antwort vage aus, denn eine Koalition von gesellschaftlichen Akteuren, die sich für eine ökologisch-solidarische Lebensweise in einer Ökonomie jenseits des Wachstums aussprechen, gibt es bisher nicht.“[5]
Eine solche Koalition ist in Deutschland und den nordeuropäischen Ländern nicht absehbar. Industrie- und wachstumskritische Stimmen sind in diesen Regionen mit ihrem überwältigenden Übergewicht etatistischer Traditionen seit über 100 Jahren auf ein minoritäres Dasein am Rande der großen progressiven Strömungen und

eine menschenwürdige und solidarische Welt entstehen soll.

Anknüpfungspunkte

In Südeuropa gibt es Traditionen, an die hier angeknüpft werden kann. Serge Latouche reklamiert zu Recht „Decroissance[6] als Projekt der Politischen Linken“[7]: Sie ist ein Projekt, dass die ursprünglichen Ideen des Sozialismus wieder aufgreift, als da sind: eine radikale Kritik der Konsumgesellschaft, eine radikale Kritik am Liberalismus und eine Kritik an der Arbeit als Lebensinhalt – hier im Rekurs auf den von Marx und den MarxistInnen angegriffenen Paul Lafargue („Recht auf Faulheit“).
Latouche bezieht sich dabei auch auf Jacques Ellul, Illich, Gorz, Charbonneau, Castoriadis, Tolstoi, Gandhi oder Thoreau. Wenn, wie Latouche sagt, der „Kuchen nicht mehr wachsen kann“, ja, nicht mehr wachsen darf, dann bedarf es einer Umwertung: „… die Werte, an die wir glauben und nach denen wir unser Leben gestalten,

guten Überblick über Quellen und Aktionsformen, von denen sich für die deutsche Diskussion manches lernen ließe.[9]
Ausgehend von Frankreich, hat sich die Degrowth-Idee etwa seit 2001 über Italien und Spanien mittlerweile auch in den frankophonen Teilen von Belgien und der Schweiz entwickelt, beteiligt sich ein Netz von Umweltorganisationen, AltermondistInnen und kleinen dissidenten Gewerkschaftsorganisationen an der Debatte.
Sie treibt der Kampf gegen die Kommodifizierung menschlicher Beziehungen, die kulturelle Uniformierung und der Entwicklungskritik an. Sie stellt die Frage nach dem „Sinn des Lebens unter der Annahme, dass nicht-materieller Austausch und ‚die Poesie des Lebens‘ fundamental sind. Degrowth fordert auch eine (direktere und partizipatorische) Vertiefung und Ausweitung von Demokratie. Der Diskurs zur Ökologie ist eine selbstverständliche Quelle… Schließlich ist die Gerechtigkeitsperspektive ein Hauptanliegen bei den sozialen und

Einem Traum, der auch von der Arbeiterbewegung in ihren revolutionären und reformistischen Abteilungen geträumt (und gelebt) wurde und der immer noch wie Mehltau auf unserer gesellschaftlichen Phantasie liegt: Nun sollen es „Effizienzrevolutionen“ und „Ökokeynesianismus“ sein, die uns retten sollen. Dabei sollten wir aber nicht vergessen, dass unser Impuls „Menschenwürde und ein gutes Leben für alle“ war und ist – und nicht die Hoffnung auf die nächste technologische Revolution.
Mag sein, dass damit „keine Politik zu machen ist“. Daher scheint das Konzept des „Green New Deal“ nicht so sehr von einer „Solidarischen Postwachstumsökonomie“, sondern eher von der „neoliberalen Wachstumskritik“ herausgefordert zu werden.
Auf der Ebene institutionalisierbarer Politik hat ein Green New Deal die besseren Chancen gegenüber dem Konzept eines „Buen Vivir“. Wir sollten aber aus der Vergangenheit der Arbeiterbewegung lernen.

Wachstum rassistischer und wohlstandschauvinistischer Parteien, in Spanien und Portugal an den Siegen reaktionärer Parteien abzulesen ist.
Die Gewerkschaften scheinen mehrheitlich paralysiert und waren bisher nicht in der Lage, auch nur Konversionsdebatten aus der herrschenden CO^2-Wirtschaft heraus zu organisieren.
Wahrscheinlich werden wir in einem solchen Fall keine großen Chancen für unser emanzipatorisches Projekt haben, nicht vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Polarisierung und kriegerischen Auseinandersetzungen um schwindende natürliche Ressourcen.

Libertäre Basisdemokratie



Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die beginnende Diskussion um eine solidarische Postwachstumsökonomie mit Beiträgen für eine libertäre Basisdemokratie zu bereichern, denn je drohender Ressourcenverknappung und Klimawandel sich abzeichnen, muss die De-

setzung der kapitalistischen Produktionsweise das wirtschaftliche Wachstum forcierte und zu expansiver Warenproduktion führte. Über 800 Jahre lang vor dem kapitalistischen 19. Jahrhundert wuchsen Bruttoinlandprodukt und Bevölkerung dagegen parallel und sehr langsam.

Das Wachstumskonzept ist ein hegemoniales Projekt, dem sich nahezu alle politischen Akteure verpflichtet haben. Und dies, obwohl Wachstum per se weder ein gutes Leben ermöglicht noch Armut und Ungleichheit verringert, einen Beitrag zum Abbau von Massenarbeitslosigkeit leistet oder Umweltschutz ermöglicht. Längst ist bekannt, dass im Gegenteil die Kosten des Wachstums größer als die Vorteile der gesteigerten Produktion sind.[2]

Dass dies so nicht weitergehen kann, dämmert auch Sozialdemokratie, Grünen[3] und etablierten Umweltverbänden. Sie favorisieren die Vorstellung, durch die Installation eines Öko-Keynesianismus oder der Entkoppelung von Wachstum

Notgedrungen fällt die Antwort vage aus, denn eine Koalition von gesellschaftlichen Akteuren, die sich für eine ökologisch-solidarische Lebensweise in einer Ökonomie jenseits des Wachstums aussprechen, gibt es bisher nicht."[5]

Eine solche Koalition ist in Deutschland und den nordeuropäischen Ländern nicht absehbar. Industrie- und wachstumskritische Stimmen sind in diesen Regionen mit ihrem überwältigenden Übergewicht etatistischer Traditionen seit über 100 Jahren auf ein minoritäres Dasein am Rande der großen progressiven Strömungen und Organisationen, auch der Arbeiterbewegung, verwiesen.

Ansätze finden wir hier bei Gustav Landauer; den Naturfreunden und fortschrittlichen Strömungen in der Jugendbewegung, nach 1945 bei den Hippies, den niederländischen Kabouters, Ivan Illich; den frühen Grünen zwischen Gründung und dem Sieg des Realoflügels, Bahro, Kreisen der Graswurzelrevolution.

Demgegenüber träumten die Mehrheitsfraktionen der sozialistischen Bewegung vom menschlichen Fortschritt und einer gerechten Gesellschaft entweder als Sowjet(=Partei)-macht und Elektrifizierung und/oder von einem (von ihnen) bürokratisch verwalteten, aber kapitalistisch geführten Wohlfahrtsstaat.

Im Kern blieben diese Vorstellungen Kapitel in der „großen Erzählung" von der Wohlfahrt durch Industrialismus und unterliegen damit auch deren Beschränkungen und Historizität. Mit dieser Denkweise muss nun gebrochen werden, wenn

kale Kritik der Konsumgesellschaft, eine radikale Kritik am Liberalismus und eine Kritik an der Arbeit als Lebensinhalt – hier im Rekurs auf den von Marx und den MarxistInnen angegriffenen Paul Lafargue („Recht auf Faulheit").

Latouche bezieht sich dabei auch auf Jacques Ellul, Illich, Gorz, Charbonneau, Castoriadis, Tolstoi, Gandhi oder Thoreau. Wenn, wie Latouche sagt, der „Kuchen nicht mehr wachsen kann", ja, nicht mehr wachsen darf, dann bedarf es einer Umwertung: „... die Werte, an die wir glauben und nach denen wir unser Leben gestalten, (müssen wir – d.V.) einer Prüfung... unterziehen und diejenigen ändern, die einer Änderung bedürfen.

Es muss kaum besonders herausgestellt werden, welche Werte hier an die Stelle der derzeit vorherrschenden zu treten hätten: Altruismus statt Egoismus, Zusammenarbeit statt Konkurrenzwahn, Vergnügen am Gestalten freier Zeit und Ethos des Spielerischen statt Arbeitsbesessenheit, gemeinschaftliches Leben statt schrankenloser Konsum, regionale Wirtschaftsmodelle statt globaler, Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung, Schönheit handwerklicher Fertigung statt industrieller Massenproduktion, schöpferisches Denken statt Effizienzdenken, Relationales statt Materielles und so weiter."[8]

Quellen und Aktionsformen

Besonders der Beitrag von Federico Demaria u.a. „Degrowth in Südeuropa: Komplementarität in der Vielfalt" bietet einen

ganisationen an der Debatte. Sie treibt der Kampf gegen die Kommodifizierung menschlicher Beziehungen, die kulturelle Uniformierung und der Entwicklungskritik an. Sie stellt die Frage nach dem „Sinn des Lebens unter der Annahme, dass nicht-materieller Austausch und ‚die Poesie des Lebens' fundamental sind. Degrowth fordert auch eine (direktere und partizipatorische) Vertiefung und Ausweitung von Demokratie. Der Diskurs zur Ökologie ist eine selbstverständliche Quelle... Schließlich ist die Gerechtigkeitsperspektive ein Hauptanliegen bei den sozialen und ökonomischen Dimensionen von Degrowth."[10]

Dabei legen die Autoren großen Wert darauf, dass ideologischer Reduktionismus vermieden wird. Die „Entstehung eines neuen fremdbestimmten Ungeheuers, bei dem ein strikter Top-Down-Plan für Degrowth verfolgt wird (eine Art UdSSR, diesmal für Degrowth)" wird zu Recht abgelehnt.

Phantasie

Ja, wir brauchen diese Phantasie, diesen unorthodoxen Umgang mit unserem theoretischen Erbe, einen lebendigen Pluralismus der Ideen, Projekte und Konzepte. Wir brauchen diese Vorbereitung für einen Paradigmenwechsel, für ein neues Imaginäres, an dessen Geburt wir beteiligt sein können, wenn wir uns trauen, die Fakten ernst zu nehmen.

Und wir müssen von dem unmöglichen Traum Abschied nehmen, der die quantitative Akkumulation von immer mehr Waren für ein gutes Leben hält.

war und ist – und nicht die Hoffnung auf die nächste technologische Revolution.

Mag sein, dass damit „keine Politik zu machen ist". Daher scheint das Konzept des „Green New Deal" nicht so sehr von einer „Solidarischen Postwachstumsökonomie", sondern eher von der „neoliberalen Wachstumskritik" herausgefordert zu werden.

Auf der Ebene institutionalisierbarer Politik hat ein Green New Deal die besseren Chancen gegenüber dem Konzept eines „Buen Vivir". Wir sollten aber aus der Vergangenheit der Arbeiterbewegung lernen.

Die neuerliche Halbherzigkeit und die Illusionen einer solchen Politik werden mittelfristig dazu beitragen, die dem Wachstumsparadigma verhafteten Mittelschichten und Arbeitnehmermilieus dem Rechtspopulismus zuzutreiben.

Sie werden sich dann als Abwehrstrategie gegen befürchtete Wohlstandeinbußen mobilisieren. Es wäre dann möglich, dass nach einer neuerlichen Wende oder dem Sturz Merkels ein industrialistisches Roll-Back seitens der CDU organisiert wird. Vielleicht in Gestalt eines autoritären Kapitalismus, der die Verteidigung des herrschenden Wachstumskonzeptes nach innen und außen noch offensiver, auch militärisch betreibt. Es gibt diese Zeichen an der Wand.

Die parlamentarische Linke hat in Westeuropa dem Verlangen des wachsenden Autoritarismus bisher wenig entgegenzusetzen, wie am Ausgang der letzten Wahlen in Belgien, den Niederlanden, Dänemark und Schweden mit einem immensen

ßen Chancen für unser emanzipatorisches Projekt haben, nicht vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Polarisierung und kriegerischen Auseinandersetzungen um schwindende natürliche Ressourcen.

Libertäre Basisdemokratie

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die beginnende Diskussion um eine solidarische Postwachstumsökonomie mit Beiträgen für eine libertäre Basisdemokratie zu bereichern, denn je drohender Ressourcenverknappung und Klimawandel sich abzeichnen, muss die Degrowth-Bewegung eine freiheitliche Antwort auf die Frage entwickeln: Wie soll von wem nach welchen Regeln darüber bestimmt werden, was wie von wem wie viele Mal produziert wird?

Wie sind solidarische Produktionskreisläufe möglich?

Wie werden Angelegenheiten von transnationaler Reichweite geregelt?

Stefan Janson

Anmerkungen

1 Matthias Schmelzer/Alexis Passadakis, Postwachstum, AttacBasisTexte 36; 94 Seiten, VSA-Verlag Hamburg 2011, S. 8f.

2 Schmelzer/Passadakis; S. 29

3 Vgl. dazu Robert Habeck/Andrea Tietze; Landgewinnung - Nachhaltigkeit; Erstmals analysiert eine Studie, wie „grünes Wachstum" in einem Bundesland aussehen könnte; der Freitag Nr. 22 vom 1.06.2011; S.11

4 Op.cit, S. 67

5 Op. cit; S. 91

6 Das französische „Decroissance" entspricht dem deutschen „Schrumpfen" und ist offensiver als der seine Folgen offen lassende Begriff „Postwachstum" in der beginnenden deutschen Debatte

7 Rätz/von Egan-Krieger; Ausgewachsen, Hamburg 2011, S. 66-74

8 Op. cit. S. 67

9 a.a.O.; S. 161-172

10 a.a.O; S. 165f

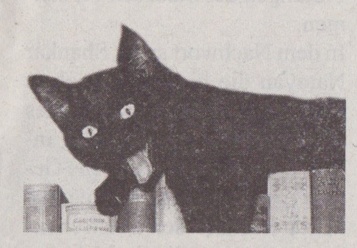
GWR 362
Oktober 2011

Libertäre Buchseiten
Graswurzelrevolution (GWR)
Breul 43, D-48143 Münster

libertäre buchseiten

beilage zu graswurzelrevolution 362, oktober 2011

www.graswurzel.net



Verlag Graswurzelrevolution auf der Frankfurter Buchmesse, 12. bis 16. Oktober 2011 Gemeinschaftsstand von Assoziation linker Verlage Standort: Halle 3.1, Standnummer A 170-179

„Tempel der Ausbeutung und Vertreibung"

Der Widerstand gegen die Narmada-Staudämme in Indien

Ulrike Bürger: Staudamm oder Leben! Indien: Der Widerstand an der Narmada, Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2011, ISBN 978-3-939045-15-1, 222 Seiten, 14,90 Euro

Blaugefärbte, langohrige Protest-Avatare posieren publikumswirksam vor der Generalversammlung einer britischen Bergbaufirma, die mit dem Abbau von Bodenschätzen die Lebensgrundlagen der Adivasis in dem indischen Bundesstaat Orissa zerstört. Die Geschichte der dortigen indigenen Stämme hat eine große Ähnlichkeit mit dem Volk der Na´vi in dem bekannten Science-Fiction-Film „Avatar".

Monty Python-Star Michael Palin solidarisiert sich ebenfalls und Bianca Jagger gibt in bekannten Zeitschriften den Be-



Vertreibung"

Der Widerstand gegen die Narmada-Staudämme in Indien

Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2011, ISBN 978-3-939045-15-1, 222 Seiten, 14,90 Euro

Blaugefärbte, langohrige Protest-Avatare posieren publikumswirksam vor der Generalversammlung einer britischen Bergbaufirma, die mit dem Abbau von Bodenschätzen die Lebensgrundlagen der Adivasis in dem indischen Bundesstaat Orissa zerstört. Die Geschichte der dortigen indigenen Stämme hat eine große Ähnlichkeit mit dem Volk der Na´vi in dem bekannten Science-Fiction-Film „Avatar".

Monty Python-Star Michael Palin solidarisiert sich ebenfalls und Bianca Jagger gibt in bekannten Zeitschriften den Bedrängten in Indien eine Stimme: „Wir werden erloschen sein." (1)

Hinter diesem sicher in bester Absicht inszenierten Medienspektakel gerät die Dimension des „größten Landraubs von indigenem Land seit Kolumbus" (2) etwas zu sehr in den Hintergrund.

„Eine ungefähre Schätzung geht von 60 Millionen Flüchtlingen und durch Bauprojekte Vertriebene in Indien aus. Das sind viermal so viele Menschen, wie zur Zeit der Teilung zwischen Indien und den beiden Flügeln Pakistans ausgetauscht wurden." (3) Durch die neu ausgewiesenen 578 Sonderwirtschaftszonen (SEZ) werden in Indien ganze Landstriche für das Kapital zugerichtet und Schutzrechte für die örtliche Bevölkerung und die Umwelt außer Kraft gesetzt (4). Die Konzerne haben freie Hand; der Staat setzt die Enteignung von Gemeinschaftseigentum mit Gewalt durch.



Widerstand an der Narmada/West-Indien.

Foto: Ulrike Bürger (Staudamm oder Leben!)

Fortsetzung nächste Seite

Zärtliche Cousinen?

Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung

Was trennt eigentlich AnarchistInnen und MarxistInnen?

in Jens Kastners Beitrag. Den Nutzen marxistisch orien-

naiv, denn „sie ignorieren die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus".

Philippe Kellermann (Hg.): Begegnungen feindlicher

Impressum

Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. **Redaktion Graswurzelrevolution:** Breul 43, 48143 Münster, Tel. 0251/48290-57, Fax: 0251/48290-32, E-Mail: redaktion@graswurzel.net. **GWR-Buchverlag und GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11 Str. 24, D-53947 Nettersheim.** V.i.S.d.P.: Bernd Drücke, c/o GWR Münster. **Auflage:** 5.000.
Vertriebskennzeichen D 4025 E.
Internet: **www.graswurzel.net**
Graswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen. Wir kämpfen für eine Welt, in der die Menschen nicht länger wegen ihres Geschlechtes oder ihrer geschlechtlichen Orientierung, ihrer Sprache, Herkunft, Überzeugung, wegen einer Behinderung, aufgrund rassistischer oder antisemitischer Vorurteile diskriminiert und benachteiligt werden. Wir streben an, dass Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden. Schwerpunkte unserer Arbeit lagen bisher in den Bereichen Antimilitarismus und Ökologie. Unsere Ziele sollen – soweit es geht – in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden. Um Herrschafts- und Gewaltstrukturen zurückzudrängen und zu zerstören, setzen wir gewaltfreie Aktionsformen ein. In diesem Sinne bemüht sich die anarchistische Zeitung Graswurzelrevolution, seit 1972, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu verbreitern und weiterzuentwickeln.

(2) etwas zu sehr in den Hintergrund.
„Eine ungefähre Schätzung geht von 60 Millionen Flüchtlingen und durch Bauprojekte Vertriebene in Indien aus. Das sind viermal so viele Menschen, wie zur Zeit der Teilung zwischen Indien und den beiden Flügeln Pakistans ausgetauscht wurden.“ (3) Durch die neu ausgewiesenen 578 Sonderwirtschaftszonen (SEZ) werden in Indien ganze Landstriche für das Kapital zugerichtet und Schutzrechte für die örtliche Bevölkerung und die Umwelt außer Kraft gesetzt (4). Die Konzerne haben freie Hand; der Staat setzt die Enteignung von Gemeinschaftseigentum mit Gewalt durch.

Widerstand an der Narmada/West-Indien. Foto: Ulrike Bürger (Staudamm oder Leben!)

Fortsetzung nächste Seite

Zärtliche Cousinen?

Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung

Was trennt eigentlich AnarchistInnen und MarxistInnen?

Eine Frage, die in Philippe Kellermanns Sammelband „Begegnungen feindlicher Brüder“ im Fokus zu stehen scheint.
Wenn etwa der Bakunin-Experte Wolfgang Eckhardt den Reigen mit dem „Klassiker“, dem Streit zwischen Marx und Bakunin, eröffnet und zu dem Fazit kommt, dass selbst die Bezeichnung „feindliche Brüder“ noch eine unhistorische Idyllisierung unvereinbarer Gegensätze sei, Jens Kastner die Anarchismusfeindlichkeit Antonio Gramscis unterstreicht, Gerhard Hanloser die historisch-materialistische Schicksalsgläubigkeit der deutschen Rätekommunisten betont oder der Herausgeber in seinem Beitrag über den syndikalistischen Schreibtischtäter George Sorel zumindest implizit Marx der „Eselei“ bezichtigt, so muss man meinen, hier soll schlicht Öl in die erlöschende Flamme gegossen werden. Aber das ist nicht Intention des Buches, wie man bald feststellt.
Am deutlichsten wird dies in den Beiträgen Robert Foltins und Karl Reitters. Foltins Ansatz einer Synthese von Anarchismus und Marxismus geht dabei vom Postoperaismus aus. Aus dieser Perspektive analysiert er theoretische Lücken des Anarchismus in Sachen Staat wie auch Arbeit und Kapital.
Reitters Ansatz geht noch weiter: Er schert sich nicht um ideologische Differenzen, sondern konzentriert sich darauf, Marx' Beitrag zur Staatskritik als Essenz des Anarchismus, zu referieren.
Beiträge dieser Art hätte man sich mehr gewünscht. Denn die „feindlichen Brüder“ müssen sich keineswegs begegnen, um einander „Rüstzeug“ für eine revolutionäre Praxis zu liefern.
AnarchistInnen dürfen antimarxistisch sein und bleiben, wenn sie dennoch die Marxsche Staatskritik zur Kenntnis nehmen. Viele TheoretikerInnen waren einer anarchistischen Theoriebildung in diesem Sinne nützlich.
Bei aller Anarchismusfeindlichkeit Gramscis sehen wir das z.B. in Jens Kastners Beitrag.
Den Nutzen marxistisch orientierter Methodik zur Einordnung von Anarchismen stellt beeindruckend – ein absoluter Highlight des Sammelbandes – Christoph Jünke in seiner Auseinandersetzung mit Wolfgang Harichs berühmter „Kritik der revolutionären Ungeduld“ dar. Ausgehend von einer antistalinistischen Kritik an Harichs Schrift gelingt Jünke eine materialistische Einordnung und Beurteilung des Anarchismus jenseits von Vorurteilen und Urteilen.
Die Geschichte ist nicht geprägt von den Streitigkeiten zwischen Anarchismus und Marxismus, dies anzunehmen, ist eine Selbstüberschätzung von beiden Seiten. Dass dieser Streit ein von IdeologInnen konstruierter Mythos ist, macht Antje Schrupp in der Kontrastierung der „feindlichen Brüder“ mit dem Feminismus sehr schön deutlich.
Eckhardt nennt am Ende seines Beitrags Verfechter „marxistisch-anarchistischer[r] Synthesversuche der Gegenwart“ naiv, denn „sie ignorieren die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus“. Aber vielleicht ist es genau diese Geschichtskenntnis, die eine „wirkliche Bewegung“ verhindert.
Vielleicht sollten wir einfach aufhören, uns mit Geschichte und historischen Differenzen zu beschäftigen, wenn die „wirkliche Bewegung“ von Wisconsin bis Shanghai und London bis Kairo stattfindet.
Marx hätte diese Bewegung im Sinne eines historischen Materialismus genau so bezeichnet, während Bakunin hingereist wäre und mitgekämpft hätte.
Vergessen wir doch einfach die ideologischen Polemiken – wie auch die „Opfer“ und „Märtyrer“, auf die sich eh' niemand berufen sollte – und prüfen wir erneut, was uns Schriften von Marx, Luxemburg oder Gramsci einerseits und Bakunin, Kropotkin, Goldman andererseits in der heutigen Realität nutzen können. So gelesen liefert Kellermanns Sammelband Ansätze, die es weiter zu verfolgen gilt.

Torsten Bewernitz

seite **1**

Philippe Kellermann (Hg.): Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Unrast Verlag, Münster 2011, ISBN 978-3-89771-505-9, 196 Seiten, 14 Euro



Zeichnung: Findus

Ulrike Bürger: Staudamm oder Leben! Indien: Der Widerstand an der Narmada, Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2011, ISBN 978-3-939045-15-1, 222 Seiten, 14,90 Euro

Fortsetzung von Buchseite 1

„Tempel der Ausbeutung und Vertreibung"

Zu den potentiellen Nutznießern an den Vertreibungen gehörten in den letzten Jahrzehnten die deutschen Firmen Siemens, Bayernwerk, Bayrische Hypo-Bank und VEW. In ihrem Kampf gegen die geplanten 30



Polizeiübergriffe bei einer Besetzung des Maheshwar-Staudammgeländes. Foto: Ulrike Bürger

Großstaudämme an dem 1300 Kilometer langen zentralindischen Fluss Narmada haben die betroffenen 25 Millionen Menschen Teilerfolge erkämpft und versuchen bis heute ihr Überleben zu organisieren. Von ihnen handelt dieses Buch.
Im Vorwort stellt Lou Marin dar, von den Großstaudämmen als den „Tempeln des modernen Indien". Im Gegensatz zu diesem von kapitalistischen Interessen geprägten Entwicklungsweg setzt sich seit den 1970er Jahren die Aternativbewegung für einen ganz anderen menschengemäßen Weg ein.

„Entwicklung" - Propaganda der Herrschenden!

Ulrike Bürger, die Autorin des Buches, hat die Narmadaregion in den letzten Jahren mehrmals

Gunsten der Privatisierung von Land zurückgedrängt.
Sie zeigt, wie durch die Kommerzialisierung von Ressourcen die Lebensweise von bestehenden Gemeinschaften zerstört wird. Großstaudämme sollen Wasser für die industriell betriebene Landwirtschaft und die Industrie bereitstellen, Strom erzeugen und die Fluten regeln. Die großtechnische „Umformung von Ökosystemen in Produktionsmaschinen" bewirkt eine Zentralisierung von Gemeinschaftsgütern in den Händen weniger Konzerne.
Für viele Menschen in der westlichen Welt ist es schwer nachvollziehbar, mit welcher Wucht und allumfassender Konsequenz der Bau von Staudämmen in das bisher noch komplexe und recht ausgewogene Beziehungsgeflecht zwischen Natur und einheimischer Bevölkerung eingreift.
Ulrike Bürger stellt zur Verdeutlichung der Gefahren anschaulich und detailliert die gesamte Palette der einzelnen bedrohten Bereiche dar und erklärt ihre Bedeutung im Leben der betroffenen Bevölkerung. Hierzu gehören der Wald als Quelle für Brennholz, Baumaterialien, medizinisch genutzte Wurzeln und Kräuter, Gemüseanbau und Viehweide, die bedrohten Fischgründe und der auskömmliche Sandabbau des Schwemmlandes durch eine besondere Berufsgruppe.

täre Strukturen, gegenseitige Hilfe, gemeinschaftliche Eigentumsformen und substantielle Frauenrechte vorzufinden sind, spielt in der Maheshwar-Region das hierarchische hinduistische Kastensystem eine große Rolle. Hier mussten Frauen z.B. erst noch das Schleierablegen und das Recht auf Fahrradfahren durchsetzen.
Aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation der AnwohnerInnen, besserer Infrastruktur und des Zugangs zu modernen Kommunikationsmitteln konnte der Widerstand gegen den Staudamm allerdings auch andere Vorteile nutzen.
Als Organisation, welche die gandhianischen Prinzipien des gewaltfreien Widerstandes anwendet, wird von der Autorin die Narmada Bachao Andolan (NBA) genauer vorgestellt.
Trotz brutaler Repression des Staates setzt sie auf zivilen Ungehorsam und nicht auf die brachial-militaristischen Methoden der maoistischen Naxaliten, die bezeichnenderweise auch von der marxistischen deutschen Tageszeitung „junge Welt" hochgejubelt werden.
Bemerkenswert ist bei dieser breitgefächerten Bewegung ebenfalls ihr Grundsatz, nicht mit den von Eigeninteressen und Machtkalkül geleiteten politischen Parteien zu kooperieren. Die seit 1988 bestehende sozialpolitisch engagierte Widerstandsorganisation hat bisher

Flutungen der Stauseen vornahmen.
In dem Nachwort spitzt Shankar Narayan die bisherige Analyse und Darstellung des Buches noch einmal dramatisch zu, indem er die brutale staatliche Gewalt sowie die Begeisterung und Mittäterschaft der aufstrebenden indischen Mittelschicht bei der Durchsetzung der Industrieprojekte anprangert. Diese setzen eine „Kette destruktiver Prozesse" in Gang, die eine tödliche Bedrohung für die Adivasis darstellt.
Er kritisiert, dass ein Großteil der Aktionsgruppen und Linken inkonsequent ist und keinen Rückbau und Abbau der Städte und des industriellen Komplexes fordert: „Wie kann man nur eine Infrastruktur mit ihren Straßen und Kraftwerken und Institutionen wie moderne Schulen, Hochschulen und moderne Universitäten ohne industrielle Prozesse wollen? Wie kann man Städte mit so vielen Gebäuden wollen, Straßen, motorisierten Transport, Elektrizität und fließendem Wasser usw., die alle auf der Ausbeutung, dem Abbau und dem Transport von Ressourcen von außerhalb der Städte, aus den ländlichen Regionen und den Wäldern basieren? Und die nichts anderes als Zerstörung außerhalb der Städte bedeuten!"
Indem er diese grundsätzlichen Fragen aufwirft, regt er zur Diskussion darüber an, wie eine zu-



Polizeiübergriffe bei einer Besetzung des Maheshwar-Staudammgeländes. Foto: Ulrike Bürger

Großstaudämme an dem 1300 Kilometer langen zentralindischen Fluss Narmada haben die betroffenen 25 Millionen Menschen Teilerfolge erkämpft und versuchen bis heute ihr Überleben zu organisieren. Von ihnen handelt dieses Buch.

Im Vorwort stellt Lou Marin dar, wie im Namen einer fragwürdigen Entwicklungspolitik weltweit Megastaudämme und mit ihnen in der Folge menschenfeindliche Industrieprojekte als „fortschrittlich und progressiv" angepriesen werden, um sie besser durchsetzen zu können.

Bereits direkt nach der Unabhängigkeit Indiens sprach der erste indische Premierminister Nehru in seiner Zukunftsvision einen ganz anderen menschengemäßen Weg ein.

„Entwicklung" - Propaganda der Herrschenden!

Ulrike Bürger, die Autorin des Buches, hat die Narmadaregion in den letzten Jahren mehrmals für längere Zeit besucht und viele Interviews und Gespräche mit Widerstandsleistenden geführt, um sich ein Bild über die Lage an den Staudämmen zu machen.

Als Erstes analysiert sie den eurozentristischen, die herrschenden Zustände verschleiernden Begriff der „Entwicklung" an Hand des Beispiels Indien.

Die unverbrieften traditionellen Landnutzungsrechte wurden zu weniger Konzerne.

Für viele Menschen in der westlichen Welt ist es schwer nachvollziehbar, mit welcher Wucht und allumfassender Konsequenz der Bau von Staudämmen in das bisher noch komplexe und recht ausgewogene Beziehungsgeflecht zwischen Natur und einheimischer Bevölkerung eingreift.

Ulrike Bürger stellt zur Verdeutlichung der Gefahren anschaulich und detailliert die gesamte Palette der einzelnen bedrohten Bereiche dar und erklärt ihre Bedeutung im Leben der betroffenen Bevölkerung. Hierzu gehören der Wald als Quelle für Brennholz, Baumaterialien, medizinisch genutzte Wurzeln und Kräuter, Gemüseanbau und Viehweide, die bedrohten Fischgründe und der auskömmliche Sandabbau des Schwemmlandes durch eine besondere Berufsgruppe.

Kein Wunder, dass die Narmada nicht nur als eine große wirtschaftliche, sondern auch spirituelle Lebensader angesehen wird. Der von Ost nach West quer durch Indien fließende Fluss wurde schon im 6. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung als „Mittellinie der Erde" bezeichnet.

Während sich in den Zentren Indiens bereits ein zweifelhafter „Fortschritt" in den Megastädten ausgebreitet hat, soll ähnliches jetzt auch auf dem Lande an der Narmada stattfinden. Die Autorin des Buches zitiert den Ministerpräsidenten Joshi aus Gujarat als Staudammbefürworter: „Eine Kultur, die auf einem niedrigen Stand der Technologie und der Lebensqualität basiert, ist dazu verpflichtet, einer Kultur mit überlegener Technologie und Lebensqualität zu weichen. Das nennen wir ‚Entwicklung'". - Die AnwohnerInnen der Narmada begreifen jedoch ihre Le-

der Widerstand gegen den Staudamm allerdings auch andere Vorteile nutzen.

Als Organisation, welche die gandhianischen Prinzipien des gewaltfreien Widerstandes anwendet, wird von der Autorin die Narmada Bachao Andolan (NBA) genauer vorgestellt.

Trotz brutaler Repression des Staates setzt sie auf zivilen Ungehorsam und nicht auf die brachial-militaristischen Methoden der maoistischen Naxaliten, die bezeichnenderweise auch von der marxistischen deutschen Tageszeitung „junge Welt" hochgejubelt werden.

Bemerkenswert ist bei dieser breitgefächerten Bewegung ebenfalls ihr Grundsatz, nicht mit den von Eigeninteressen und Machtkalkül geleiteten politischen Parteien zu kooperieren. Die seit 1988 bestehende sozialpolitisch engagierte Widerstandsorganisation hat bisher 14 Schulen aufgebaut. Es werden nur innerindische Spenden angenommen, um Abhängigkeiten zu vermeiden. „Innerhalb des Widerstands wird versucht soziale Gleichheit zu leben, Hierarchie und Barrieren abzubauen und eine Kultur der Solidarität aufzubauen."

An mehreren Stellen des Buches dokumentiert und übersetzt die Autorin traditionelle Lieder des Widerstandes, in denen schwierige ökonomische Sachverhalte in einfache Worte gefasst werden, die dann auch von Menschen ohne formelle Schulbildung verstanden werden können. „Widerstand kann auch ein Fest sein. Während des Kampfes gemeinsam die Zeit mit Liedern und Tänzen zu verbringen, bestärkt die Betroffenen."

Teilerfolge und brutale Unterdrückungsmethoden des Staates

Trotz zahlreicher Vertreibungen

Er kritisiert, dass ein Großteil der Aktionsgruppen und Linken inkonsequent ist und keinen Rückbau und Abbau der Städte und des industriellen Komplexes fordert: „Wie kann man nur eine Infrastruktur mit ihren Straßen und Kraftwerken und Institutionen wie moderne Schulen, Hochschulen und moderne Universitäten ohne industrielle Prozesse wollen? Wie kann man Städte mit so vielen Gebäuden wollen, Straßen, motorisierten Transport, Elektrizität und fließendem Wasser usw., die alle auf der Ausbeutung, dem Abbau und dem Transport von Ressourcen von außerhalb der Städte, aus den ländlichen Regionen und den Wäldern basieren? Und die nichts anderes als Zerstörung außerhalb der Städte bedeuten!"

Indem er diese grundsätzlichen Fragen aufwirft, regt er zur Diskussion darüber an, wie eine zukünftige Gesellschaft unserer Meinung nach aussehen sollte. Und er wirft weitere Fragen nach der Realitätstauglichkeit dieser Vorstellungen auf. Oder zu notwendigen Zwischenschritten oder vorläufigen Kompromissen.

Wie geht es weiter?

Möglichkeiten, mit relativ geringem Aufwand in Deutschland etwas zu tun, gibt es meiner Meinung nach bei konkreten Anlässen mehrmals im Jahr.

In schöner Regelmäßigkeit finden hier, gefördert durch die örtlichen Handelskammern, indische Kultur- und Handelstage zur Geschäftsanbahnung statt. Garniert mit gefälliger Sitarmusik wird hier besprochen, wie die nächsten Raubzüge und ökologischen Verwüstungen für die Wirtschaft am besten organisiert werden können. Sollte man diese Leute hierbei nicht mit den Folgen ihres Handelns konfron-

seite **2**

Kriegerdenkmal endlich ‚echt'– kaputt

Denk Mal!

Werner Pieper: Mensch, Denk Mal. Zur Geschichte der Kriegerdenkmale und deren Alternativen – auch am Beispiel der Kleinstadt Weinheim, Der Grüne Zweig, Löhrbach 2011, ISBN 978-3-930442-75-1, 105 Seiten, 10 Euro

In ihrer Geschichte haben gewaltfreie Aktionsgruppen in der BRD seit 1968 unzählige tolle, phantasievolle Aktionen gemacht, die leider schon wieder vergessen sind oder historisch nie aufgearbeitet wurden. Dazu gehörten in den Neunzigerjahren zur Zeit des aufstrebenden Rassismus und Nazismus einige gewaltfreie Sachbeschädigungen von Nazi-Denkmälern für den Ersten Weltkrieg

hängigkeit Indiens sprach der erste indische Premierminister Nehru in seiner Zukunftsvision

Hand des Beispiels Indien. Die unverbrieften traditionellen Landnutzungsrechte wurden zu

Kriegerdenkmal endlich ‚echt'– kaputt

Denk Mal!

Werner Pieper: Mensch, Denk Mal. Zur Geschichte der Kriegerdenkmale und deren Alternativen – auch am Beispiel der Kleinstadt Weinheim, Der Grüne Zweig, Löhrbach 2011, ISBN 978-3-930442-75-1, 105 Seiten, 10 Euro

In ihrer Geschichte haben gewaltfreie Aktionsgruppen in der BRD seit 1968 unzählige tolle, phantasievolle Aktionen gemacht, die leider schon wieder vergessen sind oder historisch nie aufgearbeitet wurden. Dazu gehörten in den Neunzigerjahren zur Zeit des aufstrebenden Rassismus und Nazismus einige gewaltfreie Sachbeschädigungen von Nazi-Denkmälern für den Ersten Weltkrieg in Süddeutschland, durchgeführt von einer damaligen „Gewaltfreien Aktionsgruppe Clara Wichmann", u.a. gegen das Kriegerdenkmal in Weinheim an der Bergstraße (vgl. dazu GWR 193, Dez. 1994, S. 4), wobei einem in Stein gegossenen Nazi-Krieger der Steinkopf abgeschlagen worden war. Um diese Aktion herum hat Werner Pieper nun ein engagiertes und informatives Buch über die Un-Kultur der Kriegerdenkmäler allgemein und besonders in Weinheim geschrieben. Es ist erstaunlich und ermutigend, dabei zu erfahren, wie viele innerstädtische Diskussionen in Weinheim die damalige direkte gewaltfreie Aktion über Wochen und Monate hinweg ausgelöst hat, bis hin zur Erstellung eines Gegendenkmals – nachdem die reaktionären Honoratioren der Stadt mit einer Spendenkampagne das zerstörte Denkmal wieder restaurieren ließen. Da diskutierte die ganze Stadt, LeserInnenbriefe füllten die örtliche Tageszeitung, es diskutierten Schulklassen, Friedensinitiativen und Gymnasien. Und sogar der Pfarrer Albert Schäfer schrieb ein Gedicht in seinem Gemeindebrief zum Volkstrauertag 1994, der von der Bundeswehr vor dem zerstörten Denkmal begangen werden musste, und das mit den Worten endet:

„Da, wo mein Kopf war, da ist nun eine Leere – keine Stimme, kein Wort von ehrwürdigem Soldatentod."

Und Werner Pieper fasst die Reaktionen in Weinheim so zusammen:

„Für die einen war die deutsche Ehre beschmutzt, andere empfanden Genugtuung, daß diese Krieger endlich ‚echt' aussahen – kaputt halt." (S. 86)

Slipperman



Zeichnung: Findus

bezeichnet.

Während sich in den Zentren Indiens bereits ein zweifelhafter „Fortschritt" in den Megastädten ausgebreitet hat, soll ähnliches jetzt auch auf dem Lande an der Narmada stattfinden. Die Autorin des Buches zitiert den Ministerpräsidenten Joshi aus Gujarat als Staudammbefürworter: „Eine Kultur, die auf einem niedrigen Stand der Technologie und der Lebensqualität basiert, ist dazu verpflichtet, einer Kultur mit überlegener Technologie und Lebensqualität zu weichen. Das nennen wir ‚Entwicklung'". - Die AnwohnerInnen der Narmada begreifen jedoch ihre Lebensweise keineswegs als rückständig, sondern pfeifen auf diese Art der Entwicklung, weil sie genau wissen, dass sie am Ende der geplanten Maßnahmen ihr selbstbestimmtes, autarkes Leben verlieren und fremdbestimmt werden: „Wasser kommt aus Leitungen, die Medizin in Tablettenform und das Licht durch Kabel. Wir müssen Viehfutter kaufen. Alles hängt von irgend jemand anderem ab. Alles muss bezahlt werden."

Gewaltfreier Widerstand bewirkt Lernprozesse und positive Veränderungen

In diesem Buch wird nicht nur auf die prekäre Lage der Adivasi in der Maheshwar-Region eingegangen, sondern auch die Situation der hinduistischen Mehrheit am geplanten Maan-Staudamm dargestellt.

Die Unterschiede in ihrer Lebensweise sind gravierend.

Während bei den Adivasi egali-

An mehreren Stellen des Buches dokumentiert und übersetzt die Autorin traditionelle Lieder des Widerstandes, in denen schwierige ökonomische Sachverhalte in einfache Worte gefasst werden, die dann auch von Menschen ohne formelle Schulbildung verstanden werden können. „Widerstand kann auch ein Fest sein. Während des Kampfes gemeinsam die Zeit mit Liedern und Tänzen zu verbringen, bestärkt die Betroffenen."

Teilerfolge und brutale Unterdrückungsmethoden des Staates

Trotz zahlreicher Vertreibungen während der letzten 25 Jahre hat der gemeinsame Kampf den Zusammenhalt der LandbewohnerInnen und die Zielvorstellung einer solidarischen Gesellschaft gefördert.

Teilerfolge wurden errungen, indem der Staudammbau unterbrochen oder Korrekturen am Verlauf der Überschwemmung vorgenommen werden mussten.

Besonders wichtig war der Einsatz für eine angemessene Entschädigung, die nicht durch schnell verbrauchtes Bargeld, sondern durch die Bereitstellung von existenzsicherndem Land stattfinden sollte.

Die Auseinandersetzung wurde bis zum Höchsten Gerichtshof und bis in die Ministerien der Bundesregierung Indiens hineingetragen. Hierbei setzten die AkteurInnen sogar ihren eigenen Körper ein, indem sie in gandhianischer Tradition Fastenaktionen durchführten oder sogar Widerstand bis zum Ertrinken (drown-satyagrahas) bei

Wie geht es weiter?

Möglichkeiten, mit relativ geringem Aufwand in Deutschland etwas zu tun, gibt es meiner Meinung nach bei konkreten Anlässen mehrmals im Jahr.

In schöner Regelmäßigkeit finden hier, gefördert durch die örtlichen Handelskammern, indische Kultur- und Handelstage zur Geschäftsanbahnung statt. Garniert mit gefälliger Sitarmusik wird hier besprochen, wie die nächsten Raubzüge und ökologischen Verwüstungen für die Wirtschaft am besten organisiert werden können. Sollte man diese Leute hierbei nicht mit den Folgen ihres Handelns konfrontieren und eine öffentliche Diskussion anregen? Das wäre ein Anfang.

Die aktuelle Entwicklung wird in dem Buch bis zum Jahr 2010 ausführlich dargestellt und durch eine zehnseitige Chronik im Anhang ergänzt. Glossar, Abkürzungsverzeichnis, Internetquellen und Literaturverzeichnis, Hinweise auf Filmmaterial und eine Dokumentation der Widerstandslieder lassen keine Wünsche offen. Etwa 30 schwarz-weiß Fotos gewähren zusätzlich einen optischen Eindruck über die Situation an der Narmada.

Keine Frage, dies ist ein rundum gelungenes Buch!

Horst Blume

Anmerkungen:

1. Bianca Jagger im „Observer"; übersetzt im „Freitag" vom 29.7.2010
2. Jan Myrdal, in: „junge Welt" vom 25.6.2011
3. Walter Fernandes in „Südasien" Nr. 1/2010
4. Manshi Asher im Interview mit Rainer Hörig, in: „Südasien" Nr. 1/2010

Aufstand in Patagonien

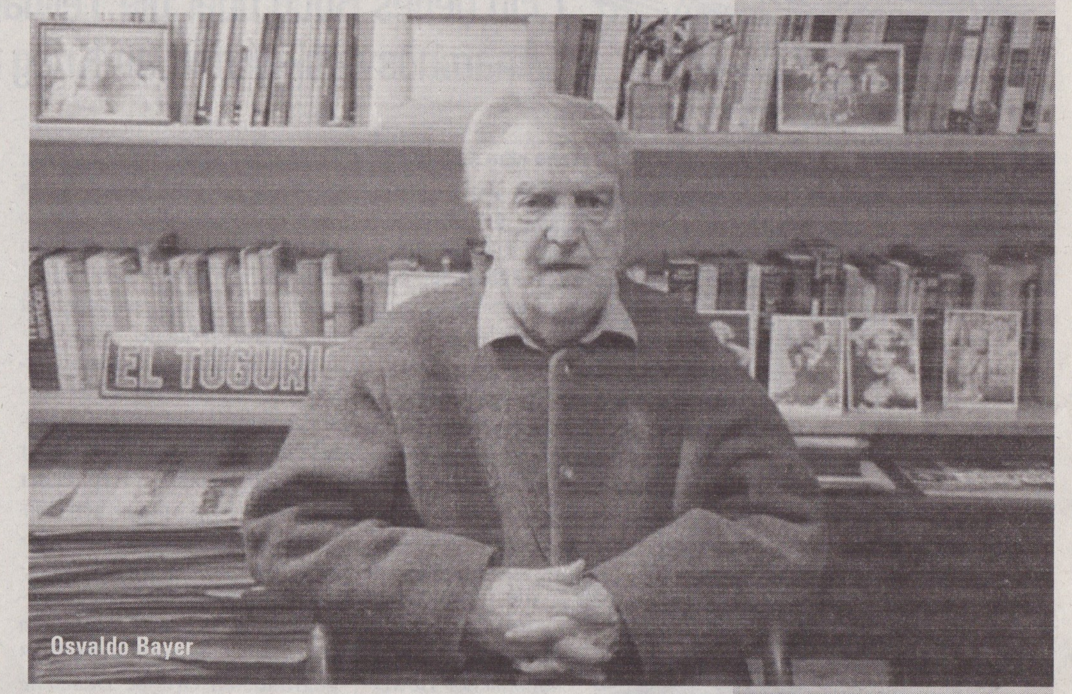
Rückblick auf ein düsteres Kapitel argentinischer Geschichte

„Was war eigentlich das Patagonien des Jahres 1920? Vereinfacht gesagt, handelte es sich um argentinisches Land, das von chilenischen Tagelöhnern bearbeitet und einer Gruppe von Großgrundbesitzern und Geschäftsleuten ausgebeutet wurde.“
So beginnt Osvaldo Bayer seinen Bericht über den Aufstand der Landarbeiter in Patagonien und seine blutige Niederschlagung durch das argentinische Militär in den Jahren 1921 und 1922.

Er benennt den ungeheuren Reichtum der Besitzenden und schildert die bittere Armut und die elenden Lebens- und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter.
Auch nimmt er sich reichlich Zeit, das Panorama der riesigen, fast menschenleeren Weiten Patagoniens zu entfalten, und das ist wichtig für die europäischen Leserinnen und Leser des 21. Jahrhunderts, denn nur wenn es gelingt, eine Vorstellung von den geografischen und gesellschaftlichen Koordinaten des Aufstands zu gewinnen, werden manche Ereignisse, Handlungsweisen und Reaktionen begreiflich – z.B. welche Schwierigkeiten sich bei der Organisation allein durch die enormen Entfernungen ergeben, die das Abhalten selbst einer kleineren Versammlung zu einem logistischen Großereignis machen.
Oder dass ein schlichter Demonstrationszug mit dreihundert Teilnehmern Honoratioren und Polizei der Ortschaft Puerto Deseado dermaßen mit Schrecken erfüllt, dass sie „sich in die Polizeistation flüchteten“, denn „die zwei oder

sentlich vorangetrieben durch anarchistische Agitatoren und anarchosyndikalistische Gewerkschaften, zeigen durchaus Erfolg: 1920 wird ein Abkommen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern geschlossen, welches höhere Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen festschreibt.
Die Arbeiter[1] triumphieren; den Unternehmern und Landbesitzern dagegen erscheint der Vertrag als Zumutung, und viele denken gar nicht daran, ihn einzuhalten. Sie setzen auf ihre Autorität und auf die Abgeschiedenheit ihrer Güter, aber auch auf bürgerwehrähnliche Zusammenschlüsse wie die „Patriotische Liga“, in denen sie sich gegen die Arbeiter organisieren. Die Arbeiter hingegen sind entschlossen, nicht nur das bereits geschlossene Abkommen, sondern auch eine Reihe neuer Forderungen durchzusetzen. Sie rufen zum Streik auf und besetzen zahlreiche große Landgü-

und fordern Truppen zur Niederschlagung des Streiks an.
Zunächst kein einfaches Unterfangen: Die Regierung unter Präsident Hipólito Yrigoyen versteht sich als liberal, fortschrittlich und arbeiterfreundlich. Aber die Lobby der Grundbesitzer setzt sich durch.
Ein Kavallerieregiment unter dem Kommando von Oberstleutnant Héctor Benigno Varela wird nach Patagonien entsandt und erstickt die Rebellion im Blut. Mehr als 1.500 Arbeiter werden getötet – die meisten von ihnen regelrecht hingerichtet, nachdem sie sich bereits ergeben haben.
Aufstand in Patagonien, obschon die gekürzte, überarbeitete Version der vierbändigen Originalausgabe „La Patagonia rebelde“, enthält eine Fülle historischer Details, Ergebnis jahrelanger Recherche des Autors, eines Historikers, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die totgeschwiegenen Ereignisse vor dem endgültigen Vergessen zu bewahren. Er hat in den 70er Jahren zahlreiche Zeitzeugen ausfindig gemacht und befragt. Oft kommen sie in längeren Passagen selbst zu Wort und schildern ihre Erlebnisse, teils nüchtern, teils emotional. Einzelnen Arbeiterführern wie Antonio Soto oder José Font, aber auch



Osvaldo Bayer

führliche Porträts gewidmet.
Aufrufe, Flugblätter und Zeitungsartikel werden im Wortlaut dokumentiert und vermitteln einen lebendigen Eindruck der konkreten Forderungen und Kämpfe wie auch der sie inspirierenden Ideen und Ideale. So wird die Lektüre nie ermüdend, obschon die sperrige Sprache mit ihrer eigenwilligen Mischung aus Humor, Schnoddrigkeit, Pathos und Machismo streckenweise sehr gewöhnungsbedürftig ist. Befremdlich

ironisch, mal ist er ganz der Fakten sammelnde Geschichtswissenschaftler. Wer sich von derlei auktorialen Launen aber nicht beirren lässt und es aushalten kann, dass seine Lesegewohnheiten gegen den Strich gebürstet werden, erhält einen einzigartigen Einblick in ein wenig bekanntes Stück argentinischer Arbeitergeschichte.

Henriette Keller

1 Tatsächlich ist dies eine Geschichte von Männern. Frauen kommen als Handelnde so gut wie gar nicht vor, mit Ausnahme weniger Epi-

Osvaldo Bayer: Aufstand in Patagonien. Übersetzung aus dem argentinischen Spanisch von Boris Schöppner. Trotzdem Verlagsgenossenschaft, Frankfurt/M. 2010, ISBN 978-3-86569-910-7, 423 Seiten, mehrere s/w-Fotos, 28 Euro

lingt, eine Vorstellung von den geografischen und gesellschaftlichen Koordinaten des Aufstands zu gewinnen, werden manche Ereignisse, Handlungsweisen und Reaktionen begreiflich – z.B. welche Schwierigkeiten sich bei der Organisation allein durch die enormen Entfernungen ergeben, die das Abhalten selbst einer kleineren Versammlung zu einem logistischen Großereignis machen. Oder dass ein schlichter Demonstrationszug mit dreihundert Teilnehmern Honoratioren und Polizei der Ortschaft Puerto Deseado dermaßen mit Schrecken erfüllt, dass sie „sich in die Polizeistation flüchteten“, denn „die zwei oder drei Soldaten, die hinter [den Demonstrierenden] herliefen, trauten sich nicht, sie zu stoppen“.

Die ersten Arbeitskämpfe, werden den Unternehmern und Landbesitzern dagegen erscheint der Vertrag als Zumutung, und viele denken gar nicht daran, ihn einzuhalten. Sie setzen auf ihre Autorität und auf die Abgeschiedenheit ihrer Güter, aber auch auf bürgerwehrähnliche Zusammenschlüsse wie die „Patriotische Liga“, in denen sie sich gegen die Arbeiter organisieren. Die Arbeiter hingegen sind entschlossen, nicht nur das bereits geschlossene Abkommen, sondern auch eine Reihe neuer Forderungen durchzusetzen. Sie rufen zum Streik auf und besetzen zahlreiche große Landgüter.

Die Landbesitzer sind außer sich. Sie wenden sich an die Regierung in Buenos Aires schon die gekürzte, überarbeitete Version der vierbändigen Originalausgabe „La Patagonia rebelde“, enthält eine Fülle historischer Details, Ergebnis jahrelanger Recherche des Autors, eines Historikers, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die totgeschwiegenen Ereignisse vor dem endgültigen Vergessen zu bewahren. Er hat in den 70er Jahren zahlreiche Zeitzeugen ausfindig gemacht und befragt. Oft kommen sie in längeren Passagen selbst zu Wort und schildern ihre Erlebnisse, teils nüchtern, teils emotional. Einzelnen Arbeiterführern wie Antonio Soto oder José Font, aber auch dem „Rächer“ Kurt Wilckens, einem deutschen Anarchisten, der Oberstleutnant Varela im Januar 1923 erschoss, werden ausführliche Porträts gewidmet. Aufrufe, Flugblätter und Zeitungsartikel werden im Wortlaut dokumentiert und vermitteln einen lebendigen Eindruck der konkreten Forderungen und Kämpfe wie auch der sie inspirierenden Ideen und Ideale. So wird die Lektüre nie ermüdend, obschon die sperrige Sprache mit ihrer eigenwilligen Mischung aus Humor, Schnoddrigkeit, Pathos und Machismo streckenweise sehr gewöhnungsbedürftig ist. Befremdlich ist auch die schillernde Präsenz des Autors in der Handlung. Mal nimmt er entschieden und zornig Partei, mal distanziert er sich ironisch, mal ist er ganz der Fakten sammelnde Geschichtswissenschaftler. Wer sich von derlei auktorialen Launen aber nicht beirren lässt und es aushalten kann, dass seine Lesegewohnheiten gegen den Strich gebürstet werden, erhält einen einzigartigen Einblick in ein wenig bekanntes Stück argentinischer Arbeitergeschichte.

Henriette Keller

1 Tatsächlich ist dies eine Geschichte von Männern. Frauen kommen als Handelnde so gut wie gar nicht vor, mit Ausnahme weniger Episoden von eher anekdotischem Charakter. Die meisten Landarbeiter hatten keine Familien, sie zogen auf der Suche nach Arbeit vereinzelt durchs Land und hausten, wenn sie Arbeit hatten, in Massenunterkünften; die Landbesitzer beschäftigten in der Regel nur Junggesellen.

Osvaldo Bayer

Osvaldo Bayer: Aufstand in Patagonien. Übersetzung aus dem argentinischen Spanisch von Boris Schöppner. Trotzdem Verlagsgenossenschaft, Frankfurt/M. 2010, ISBN 978-3-86569-910-7, 423 Seiten, mehrere s/w-Fotos, 28 Euro

Zeitung und Buchverlag auf der Frankfurter Buchmesse 12.–16.10.2011
Halle 3.1 Stand A 170–179 (Gemeinschaftsstand aLiVe)

NEU



Michael Seidman

Gegen die Arbeit

Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936–1938

Mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden

477 Seiten | 24,90 Euro | ISBN 978-3-939045-17-5

Michael Seidman hat Arbeitsverweigerungen während der Spanischen Revolution in Barcelona und der Fabrikbesetzungen in Paris zwischen 1936 und 1938 untersucht. Er hat herausgefunden, dass ArbeiterInnen unter Revolution keineswegs verstanden, aus Begeisterung mehr zu arbeiten, sondern vielmehr weniger oder gar nicht. Eine brisante Studie gegen die produktivistische Gesellschaftsutopie.

Buchvorstellungen im Oktober mit Michael Seidman

Sa., 8.10.2011, Köln, 19 Uhr
Allerweltshaus, Körnerstr. 77–79, Köln, VeranstalterIn: Freunde der Dissidenten; TtE-Bücherei in der Feuerwache; Rosa-Luxemburg-Stiftung; Stiftung W.

So., 9.10.2011, Jena, 19 Uhr
Junge Gemeinde Stadtmitte, Johannisstr. 14, Jena, VeranstalterIn: Libertäres Netzwerk Jena; Rosa-Luxemburg-Stiftung

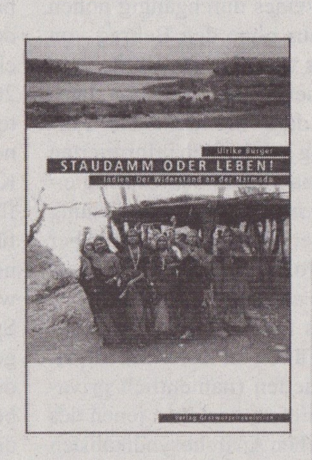
Mo., 10.10.2011, Nürnberg, 19 Uhr
Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6, Nürnberg, VeranstalterIn: FAU Nürnberg in Kooperation mit Ausstellungsgruppe »Pueblo en armas«

Di., 11.10.2011, Berlin, 19 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11, Berlin (U8 Rosenthaler Platz / U2 Rosa-Luxemburg-Platz), VeranstalterIn: FAU Berlin

Mi., 12.10.2011, Bielefeld, 20 Uhr
Bürgerwache, Rolandstr. 16, Bielefeld, VeranstalterIn: FAU-Ortsgruppe Bielefeld

Do., 13.10.2011, Wiesbaden, 20.30 Uhr
Café Klatsch, Marcobrunnerstr. 9, Wiesbaden, VeranstalterIn: Café Klatsch

Fr., 14.10.2011, Frankfurt/M., 20 Uhr
Faites votre jeu!, Klapperfeldstr. 5, Frankfurt/M.; VeranstalterIn: Faites votre jeu! / Initiativkreis GegenBuchMasse



Ulrike Bürger

Staudamm oder Leben!

Indien: Der Widerstand an der Narmada

222 S. | 29 Abb. | 14,90 Euro
ISBN 978-3-939045-15-1

Buchvorstellung mit Ulrike Bürger

Fr., 14.10.2011, Frankfurt/M.
18 Uhr Mühlgasse 13
VeranstalterIn: Café 2Grad, GegenBuchMasse, DFG-VK Frankfurt, DFG-VK Bildungswerk Hessen



Graswurzelrevolution

Die Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Schnupperabo 3 Ausg. 5 Euro Vorkasse
Jahresabo (10 Ausg.) 30 Euro



Walther L. Bernecker

Anarchismus und Bürgerkrieg

Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936–1939

Mit einem aktuellen Vorwort versehene Neuauflage

390 S. | 24,80 Euro
ISBN 978-3-939045-03-9



Leo Tolstoi, Clara Wichmann, Elisée Reclus, Magnus Schwantje u.a.

Das Schlachten beenden!

Zur Kritik der Gewalt an Tieren. Anarchistische, feministische, pazifistische und linkssozialistische Traditionen

180 S. | 5 Abb. | 14,90 Euro
ISBN 978-3-939045-13-7



Walther L. Bernecker / Sören Brinkmann

Kampf der Erinnerungen

Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936–2010

5. erw., aktualisierte Aufl.
395 S. | 37 Abb. | 21,50 Euro
ISBN 978-3-939045-16-8



Findus

Kleine Geschichte des Anarchismus

Ein schwarz-roter Leitfaden – Comic

2. erw., aktualisierte Aufl.
57 S. | 7,80 Euro
ISBN 978-3-939045-14-4

▸ GWR-Vertrieb | Birkenhecker Straße 11 | 53947 Nettersheim | Fax 02440 959351 | buchverlag@graswurzel.net | Gesamtverzeichnis und Bestellung unter www.graswurzel.net



Anarchisten auf der Gangway

Ein neues Buch über die Teilnahme deutscher Anarchosyndikalistinnen und Anarchosyndikalisten an Krieg und Revolution in Spanien (1936-1939)

Wenn man sich in der gegenwärtigen Wissenschaftslandschaft so umschaut, möchte man meinen, es gebe in Deutschland keine Anarchismusforschung.

In den USA, in Kanada und Britannien hat die Erforschung anarchistischer und anarchosyndikalistischer Bewegungen rund um den Globus eine seit den 1960er Jahren nicht mehr gekannte Dynamik erreicht.

Seit der libertäre Anthropologe David Graeber die Antiglobalisierungsbewegung in die Nähe des Anarchismus gerückt hat, nimmt auch die Diskussion um anarchistische Organisationsformen in der soziologischen Bewegungsforschung international zu. Postmoderne Theoretikerinnen und Theoretiker loten Möglichkeiten und Grenzen des Anarchismus als Option für eine ist Dieter Nelles, der mit seinen Arbeiten zum deutschen Anarchosyndikalismus einen Standard gesetzt hat, der den Vergleich mit der internationalen Anarchismusforschung nicht zu scheuen braucht.

Nun ist in Spanien ein von Carlos García und Harald Piotrowski zusammengestellter und erarbeiteter Band erschienen, der ein wenig bekanntes Kapitel der Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs aufschlägt: die Anwesenheit deutscher Anarchosyndikalistinnen und Anarchosyndikalisten im revolutionären Barcelona, namentlich der 1933 gegründeten Gruppe *Deutsche Anarchosyndikalisten* (DAS), der während des Bürgerkriegs unter anderem der Schriftsteller Carl Einstein angehörte.

Kernstück des Buches ist ein über hundert Seiten starker Aufsatz von Nelles, der bereits 2008 in französischer Sprache erschienen und den er für die spanische Übersetzung überarbeitet und mit neuem Material ergänzt hat. Dieser Text wird eingerahmt von einem erkennbar älteren Text von Ulrich Linse und insgesamt acht neu erarbeiteten Beiträgen der Herausgeber, die wegung mit nationalem Charakter", die sich um nichtspanische Verbände wenig schere.

Kenntnisreich und kritisch erläutert Nelles, dass hinter solchen Vorwürfen zwar einerseits oft (auch) gekränkte Eitelkeiten und persönliche Animositäten verborgen gewesen seien, dass aber andererseits die CNT-Verantwortlichen wenig dafür getan hätten, ihren Ruf als etwas überhebliche, an den Dingen außerhalb Spaniens nicht wirklich interessierte *Iberomanen* zu korrigieren. Ein Vertreter der CNT definierte das Verhältnis seiner Gewerkschaft zum Internationalismus so: „Wir in Spanien machen die Revolution. Ihr macht sie nach. *Das* ist unser Internationalismus."

Auch Nelles Darstellung der Kontroversen sowohl innerhalb der pro-republikanischen Milizeinheiten als auch zwischen den Einheiten der unterschiedlichen politischen Fraktionen (namentlich der Anarchisten und der Kommunisten) um die Frage der Militarisierung gehört zum Besten, was zu diesem Thema bislang zu lesen war.

García und Piotrowski räumen in ihrer Einleitung freimütig ein, tionalsozialistischen Diaspora ein Spinnennetz der Überwachung über die Stadt gesponnen, in dem sich (schon vor dem Bürgerkrieg) immer wieder flüchtige deutsche Arbeiteraktivistinnen und Aktivisten verfingen.

So konnte es geschehen, dass deutsche Flüchtlinge von ihrem eigenen Konsulat (!) an die spanische Fremdenpolizei verraten wurden, wenn ihre Gesinnung den Machthabern in Berlin nicht gefiel. 1936 schob Helmut Kirschey, Mitglied der DAS, persönlich den nationalsozialistischen Konsul mit dem Gewehr im Anschlag die Gangway eines Schiffes hinauf, das ihn außer Landes bringen sollte.

Nach der Niederlage der linksrevolutionären Arbeiterbewegungen in Deutschland und fortgesetzter politischer Schikanen muss diese Szene im Hafen von Barcelona für die vertriebenen deutschen Anarchosyndikalisten ein Triumph gewesen sein.

García und Piotrowski analysieren die keineswegs unproblematische Auflösung nationalsozialistischer Strukturen in Barcelona an konkreten Beispielen, lassen auch die diplomatischen Verwicklungen nicht außer acht schen DAS und stalinistischen Kommunisten zu, die für viele der Erstgenannten grausam endeten.

„Antifascistas alemanes en Barcelona" gehört zu den besten und differenziertesten Veröffentlichungen zum Spanischen Bürgerkrieg, die in den letzten zwei Jahren erschienen sind.

Obwohl keiner der Beiträger unzulässig vom Thema abschweift und die Argumentation eng an den Quellen erfolgt, ist das Buch mehr als „nur" die Geschichte einer winzigen Gruppe junger, deutscher Anarchosyndikalisten in Spanien.

Ausgehend vom geschichtlichen Detail entsteht ein genaues, fundiertes und faszinierendes Bild der revolutionären Prozesse in Barcelona, das frei ist von heroisierendem Pinselstrich oder schwarz-roter Monochromie.

Ein umfangreich kommentiertes, biographisches Personenregister am Ende des Bandes sorgt dafür, dass das Buch auch als praktisches Referenzwerk für künftige Forschungen verwendet werden kann. Man kann nur hoffen, dass „Antifascistas Alemanes" bald ins Deutsche

Nelles, Dieter, Ulrich Linse, Harald Piotrowski, Carlos García, Antifascistas alemanes en Barcelona (1933-1939). El Grupo DAS: sus actividades contra la red nazi y en el frente de Aragón, (Sintra), Barcelona 2010, 426 Seiten

Beruf: Pórni [Hure] – Kurzgeschichten, Verlag Edition AV, Lich 2006. Aus

in Deutschland keine Anarchismusforschung.

In den USA, in Kanada und Britannien hat die Erforschung anarchistischer und anarchosyndikalistischer Bewegungen rund um den Globus eine seit den 1960er Jahren nicht mehr gekannte Dynamik erreicht.

Seit der libertäre Anthropologe David Graeber die Antiglobalisierungsbewegung in die Nähe des Anarchismus gerückt hat, nimmt auch die Diskussion um anarchistische Organisationsformen in der soziologischen Bewegungsforschung international zu. Postmoderne Theoretikerinnen und Theoretiker loten Möglichkeiten und Grenzen des Anarchismus als Option für eine zukunftsfähige linke Politik aus. Fast im Wochentakt erscheinen neue Arbeiten. Benedict Anderson sah „eine mittlere Lawine exzellenter Studien“ über den Köpfen der Interessierten niedergehen.

Nur an deutschen Universitäten schläft man noch den Schlaf des (Selbst)Gerechten. Eine ernstzunehmende historische Anarchismusforschung zu Spanien ist hierzulande im Grunde seit den Arbeiten von Walther L. Bernecker nicht mehr unternommen worden. Während auf der iberischen Halbinsel mittlerweile sogar an Eliteuniversitäten des *Opus Dei* Doktortitel für Forschungsarbeiten zum spanischen Anarchismus vergeben werden, erscheinen in Deutschland allenfalls hier und da

Nelles, Dieter, Ulrich Linse, Harald Piotrowski, Carlos García, Antifascistas alemanes en Barcelona (1933-1939). El Grupo DAS: sus actividades contra la red nazi y en el frente de Aragón, (Sintra), Barcelona 2010, 426 Seiten

Beruf: Pórni [Hure] – Kurzgeschichten, Verlag Edition AV, Lich 2006. Aus dem Griechischen von Ralf Dreis, ISBN 3-936049-71-8 140 Seiten, 16 Euro

seite **4**

los García und Harald Piotrowski zusammengestellter und erarbeiteter Band erschienen, der ein wenig bekanntes Kapitel der Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs aufschlägt: die Anwesenheit deutscher Anarchosyndikalistinnen und Anarchosyndikalisten im revolutionären Barcelona, namentlich der 1933 gegründeten Gruppe *Deutsche Anarchosyndikalisten* (DAS), der während des Bürgerkriegs unter anderem der Schriftsteller Carl Einstein angehörte.

Kernstück des Buches ist ein über hundert Seiten starker Aufsatz von Nelles, der bereits 2008 in französischer Sprache erschien und den er für die spanische Übersetzung überarbeitet und mit neuem Material ergänzt hat. Dieser Text wird eingerahmt von einem erkennbar älteren Text von Ulrich Linse und insgesamt acht neu erarbeiteten Beiträgen der Herausgeber, die sich zu einem schlüssigen Ganzen fügen. „Antifascistas alemanes en Barcelona (1936-1939)“ [‘Deutsche Antifaschisten in Barcelona (1936-1939)’] ist somit eine innovative Mischung aus Sammelband und Monographie: eine wissenschaftliche Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg und ein Dialog von Texten, die sich gegenseitig ergänzen und vervollständigen. Dabei wird rasch deutlich, dass der Band trotz seines durchgängig hohen Niveaus ohne den Beitrag von Nelles wohl nur die Hälfte wert gewesen wäre. Es ist ein Jammer, dass die deutsche Forschung solch einen informierten Fachmann über den Umweg einer *spanischen* Veröffentlichung (wieder)entdecken muss. Aber wer wollte sich beklagen? Besser so als nie.

Nelles untersucht, gestützt auf eine Fülle von historischen Primärquellen (namentlich privaten Briefen, wie etwa jenen des deutschen Anarchosyndikalisten

aber andererseits die CNT-Verantwortlichen wenig dafür getan hätten, ihren Ruf als etwas überhebliche, an den Dingen außerhalb Spaniens nicht wirklich interessierte *Iberomanen* zu korrigieren. Ein Vertreter der CNT definierte das Verhältnis seiner Gewerkschaft zum Internationalismus so: „Wir in Spanien machen die Revolution. Ihr macht sie nach. *Das* ist unser Internationalismus.“

Auch Nelles Darstellung der Kontroversen sowohl innerhalb der pro-republikanischen Milizeinheiten als auch zwischen den Einheiten der unterschiedlichen politischen Fraktionen (namentlich der Anarchisten und der Kommunisten) um die Frage der Militarisierung gehört zum Besten, was zu diesem Thema bislang zu lesen war.

García und Piotrowski räumen in ihrer Einleitung freimütig ein, dass Nelles Aufsatz am Anfang ihres Projekts gestanden habe. Dennoch liegt die Stärke von „Antifascistas alemanes en Barcelona“ vor allem in der Zusammenstellung der sich ergänzenden Beiträge mit ihren unterschiedlichen Schwerpunkten und Perspektiven. Auch Ulrich Linses Text ist klug ausgewählt und aufschlussreich. Er ist vor allem deshalb wertvoll, weil er den politischen, sozialen und geistesgeschichtlichen Kontext beschreibt, der das Verhältnis deutscher und spanischer Anarchosyndikalisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts prägte. So hatte, um nur ein Beispiel zu nennen, der Sturz des deutschen Kaiserreichs 1918 Deutschland für eine Weile ähnlich attraktiv für spanische Arbeitsmigrantinnen und Migranten gemacht, wie es 1936 das revolutionäre Spanien für deutsche Flüchtlinge war. Die Kontakte zwischen der Arbeiterschaft beider Länder bestanden demnach schon vor dem Ausbruch des Bürger-

eigenen Konsulat (!) an die spanische Fremdenpolizei verraten wurden, wenn ihre Gesinnung den Machthabern in Berlin nicht gefiel. 1936 schob Helmut Kirschey, Mitglied der DAS, persönlich den nationalsozialistischen Konsul mit dem Gewehr im Anschlag die Gangway eines Schiffes hinauf, das ihn außer Landes bringen sollte.

Nach der Niederlage der linksrevolutionären Arbeiterbewegungen in Deutschland und fortgesetzter politischer Schikanen muss diese Szene im Hafen von Barcelona für die vertriebenen deutschen Anarchosyndikalisten ein Triumph gewesen sein.

García und Piotrowski analysieren die keineswegs unproblematische Auflösung nationalsozialistischer Strukturen in Barcelona an konkreten Beispielen, lassen auch die diplomatischen Verwicklungen nicht außer acht und wenden sich abschließend den Auseinandersetzungen zwi-

zwei Jahren erschienen sind.

Obwohl keiner der Beiträger unzulässig vom Thema abschweift und die Argumentation eng an den Quellen erfolgt, ist das Buch mehr als „nur“ die Geschichte einer winzigen Gruppe junger, deutscher Anarchosyndikalisten in Spanien.

Ausgehend vom geschichtlichen Detail entsteht ein genaues, fundiertes und faszinierendes Bild der revolutionären Prozesse in Barcelona, das frei ist von heroisierendem Pinselstrich oder schwarz-roter Monochromie.

Ein umfangreich kommentiertes, biographisches Personenregister am Ende des Bandes sorgt dafür, dass das Buch auch als praktisches Referenzwerk für künftige Forschungen verwendet werden kann. Man kann nur hoffen, dass „Antifascistas Alemanes“ bald ins Deutsche (rück)übersetzt wird.

M. Baxmeyer

Bewegend

Lily Zográfous „Beruf: Hure“ ist ein Plädoyer für den Kampf um Selbstbestimmung und Freiheit

„Meine Revolution würde sich nicht gegen das Establishment und sein System richten, sondern gegen all jene, die es ertragen. Ich würde das geistige Elend zerschlagen, die Unterwerfung, die Anspruchslosigkeit“, verkündet die griechische Journalistin und Schriftstellerin Lily Zográfou zu Beginn ihres Buches „Beruf: Hure“.

LILY ZOGRAFOU

BERUF:

Bereits 1978 wurde das Werk in Griechenland erstmals veröffentlicht und erreichte mittler-

(Selbst)Gerechten. Eine ernstzunehmende historische Anarchismusforschung zu Spanien ist hierzulande im Grunde seit den Arbeiten von Walther L. Bernecker nicht mehr unternommen worden. Während auf der iberischen Halbinsel mittlerweile sogar an Eliteuniversitäten des *Opus Dei* Doktortitel für Forschungsarbeiten zum spanischen Anarchismus vergeben werden, erscheinen in Deutschland allenfalls hier und da einmal vereinzelte Publikationen.

Oft sind es wohlmeinende, dem aktuellen Forschungsstand aber kaum entsprechende Amateurversuche aus dem anarchistischen Umfeld, die hartnäckig jene altbekannten Heldenmärchen erzählen, die es libertären Revolutionsnostalgikern so mollig warm und wohlig in ihrer Gesinnung machen können.

Wenn es in Deutschland aber zur Zeit auch keine ernstzunehmende universitäre Anarchismusforschung gibt, so bedeutet dies nicht, dass es keine *Anarchismusforscher* gäbe. Einer der besten über nationale Grenzen hinweg und ein Dialog von Texten, die sich gegenseitig ergänzen und vervollständigen. Dabei wird rasch deutlich, dass der Band trotz seines durchgängig hohen Niveaus ohne den Beitrag von Nelles wohl nur die Hälfte wert gewesen wäre. Es ist ein Jammer, dass die deutsche Forschung solch einen informierten Fachmann über den Umweg einer *spanischen* Veröffentlichung (wieder)entdecken muss. Aber wer wollte sich beklagen? Besser so als nie.

Nelles untersucht, gestützt auf eine Fülle von historischen Primärquellen (namentlich privaten Briefen, wie etwa jenen des deutschen Anarchosyndikalisten Helmut Rüdiger), das Schicksal deutscher Anarchosyndikalistinnen und Anarchosyndikalisten, die sich in den Jahren 1936-1939 an den revolutionären Kämpfen in Spanien beteiligten oder zur Front abrückten, um die Truppen Francos zu bekämpfen. Er bleibt dabei so eng wie möglich am Material. Nelles entwirft fast so etwas wie das politische Stimmungsbild des Sommers 1936: ein Bild hoher Hoffnungen, aber auch kleinlicher Zerwürfnisse, Eifersüchteleien und Konflikte. So stand es z.B. um das Verhältnis zwischen in der *Internationalen Arbeiterassoziation* (IAA) organisierten, internationalistisch orientierten Anarchosyndikalisten (wie Arthur Lehning oder dem erwähnten Helmut Rüdiger) und der spanischen *Confederación Nacional del Trabajo* (CNT) als dem stärksten Verband der IAA nicht zum Besten. Für Rüdiger war die CNT eine „sozialistische Be-

Elises Text ist klug ausgewählt und aufschlussreich. Er ist vor allem deshalb wertvoll, weil er den politischen, sozialen und geistesgeschichtlichen Kontext beschreibt, der das Verhältnis deutscher und spanischer Anarchosyndikalisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts prägte. So hatte, um nur ein Beispiel zu nennen, der Sturz des deutschen Kaiserreichs 1918 Deutschland für eine Weile ähnlich attraktiv für spanische Arbeitsmigrantinnen und Migranten gemacht, wie es 1936 das revolutionäre Spanien für deutsche Flüchtlinge war. Die Kontakte zwischen der Arbeiterschaft beider Länder bestanden demnach schon vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs, und sich wandelnde politische Herrschaftsverhältnisse zogen sich verändernde Migrationsbewegungen nach sich, die teils politisch, teils ökonomisch begründet waren. Proletarische Solidarität war oft nicht die Verwirklichung einer revolutionären Utopie, sondern schiere Überlebensnotwendigkeit.

García und Piotrowski wenden sich detailliert der Rolle der DAS während des Bürgerkriegs zu. Sie stützen sich dabei, ähnlich wie Nelles, auf zum Teil neues Material. Militärisch fiel der Beitrag deutscher Anarchosyndikalisten in Spanien nicht ins Gewicht. Dafür leisteten sie, wie García und Piotrowski nachweisen, einen wichtigen Beitrag, Strukturen der *Geheimen Staatspolizei* (Gestapo) in Barcelona auszuheben.

Nationalsozialistische Geheimdienste hatten mithilfe patriotischer Vereine, kultureller Einrichtungen und einer großen na-

Plädoyer für den Kampf um Selbstbestimmung und Freiheit

„Meine Revolution würde sich nicht gegen das Establishment und sein System richten, sondern gegen all jene, die es ertragen. Ich würde das geistige Elend zerschlagen, die Unterwerfung, die Anspruchslosigkeit", verkündet die griechische Journalistin und Schriftstellerin Lily Zográfou zu Beginn ihres Buches „Beruf: Hure".



Bereits 1978 wurde das Werk in Griechenland erstmals veröffentlicht und erreichte mittlerweile die 40. Auflage.

Zográfou ist eine der erfolgreichsten und umstrittensten Autorinnen Griechenlands.

In Deutschland jedoch blieb sie bisher eher unbekannt. Neben „Beruf: Hure" erschienen „Die Frauen der Familie Ftenoudos" (2004) und „Deine Frau, die Schlampe" (2007) in deutscher Sprache.

In „Beruf: Hure" erzählen elf autobiographisch geprägte Kurzgeschichten von der Veränderung der Lebensumstände der Menschen während der Militärdiktatur in Griechenland (1967 – 1974).

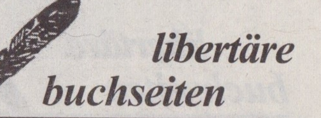
Zográfou zeichnet ein bewegendes Bild von Armut und Einsamkeit, von Bespitzelung, Unterdrückung und Verrat, in welchem immer wieder nonkonformistische Protagonist/innen auftauchen.

So berichtet eine Journalistin, wie sie die Bürokratie geschickt vorführt, nur um endlich einen Reisepass zu erhalten. Eine andere Geschichte greift thematisch sehr einfühlsam die Einsamkeit auf, die durch soziale Isolation entsteht. Auch von einer solidarischen Buchhändlerin und einem grauenvollen Aufenthalt in einer Psychiatrie, nach einem Selbstmordversuch, ist zu lesen.

In einem sind sich die Kurzgeschichten einig: sie üben starke Kritik an der Militärjunta und rufen direkt oder indirekt zu Widerstand und dem Kampf für Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit auf.

Ein lesenswertes Buch, welches in poetischer Form hintergründige Einblicke in den Alltag einer griechischen Geschichte bietet.

Caro Lila



copy-and-paste-Syndikalismusforschung

Helge Döhrings bedenklicher Umgang mit Quellen

Helge Döhring: Die Presse der syndikalistischen Arbeiterbewegung in Deutschland 1918 bis 1933. Edition Syfo, Nr. 1, Syndikat A Medienvertrieb, Moers 2011, ISBN 978-3-9810846-8-9, 92 S., 8,90 Euro

In der Einleitung über die Presse der syndikalistischen Arbeiterbewegung schreibt Helge Döhring:

„Es ist wichtig, dass ein so bedeutender Teilbereich von Geschichte in geordneter Form vorliegt, um ihn inhaltlich weiter erschließen zu können. (...) Konzipiert ist der Text als Werkzeug, welches einmal gründlich vollendet, Generationen an Interessierten nützlich sein kann. Die Sozialdemokraten haben es, die Kommunisten haben es, nun haben es auch die Syndikalisten. Eine ausführliche Bibliographie über ihre Presse für die historisch bedeutendste Zeit ihrer Existenz." (S. 9)

Bescheidenheit und wissenschaftliche Redlichkeit sind keine Tugenden Döhrings, denn sonst hätte er erwähnt, dass es diese ausführliche Bibliographie zum deutschen Syndikalismus schon längst gibt: In kurzer Form in Hartmut Rübners Arbeit „Freiheit und Brot" (S. 279 - 294) und mit Detailhinweisen zu AutorInnen sowie Inhaltsangaben in der Datenbank des deutschsprachigen Anarchismus (DadA) von Günter Hörig und Jochen Schmück.

Insofern hantiert der Autor mit bereits gebrauchten Werkzeugen. Es würde den Rahmen dieser Rezension sprengen, jeweils der Standorte enthält, führt Döhring diese nur summarisch an. Den Gebrauchswert der Angaben schmälert dies erheblich, weil viele Zeitungen in den Bibliotheken oder Archiven nur lückenhaft überliefert sind.

Hätte Döhring kenntlich gemacht, dass es sich bei seiner Bibliographie um eine erweiterte Printfassung der DadA – Datenbank handelt, wäre nichts dagegen einzuwenden, sofern ein Einverständnis bestanden hätte. Denn jedes der von ihm aufgeführten Blätter war und ist dort bereits zu finden. Aber dass die genannten Autoren in seiner im copy-and-paste-Verfahren hergestellten Arbeit überhaupt keine Erwähnung finden, kann man nur als dreist bezeichnen.

Auch in Döhrings Arbeit über die Schwarzen Scharen klafft eine große Lücke zwischen Anspruch und den tatsächlichen Ergebnissen seiner Forschungen.

Als sich gegen Ende der zwanziger Jahre die Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterbewegung und der SA verschärften, gründeten im Oktober 1929 oberschlesische Anarchosyndikalisten um Paul Czakon und Alfons Pilarski in Ratibor und Beuthen militante, uniformierte und zum Teil bewaffnete Kampforganisationen - die Schwarzen Scharen durch spektakuläre Propagandaaktionen (Musikzüge, motorisierte Demonstrationszüge, Theatergruppen usw.) dem andauernden Niedergang der FAUD als einer politischen »Kampforganisation« zu entgehen. Trotz der zum Teil recht massiven Kritik innerhalb der FAUD an der Uniformierung und Militarisierung der Kampfformen, blieb die eigentliche Zielsetzung, neue Mitglieder zu gewinnen nicht ohne Resonanz.

Im Unterschied zu den bisherigen Arbeiten, so jedenfalls schreibt Döhring, gelange er „zu einem Gesamtbild mit generellen Aussagen" (S. 10).

Seine Arbeit „speise sich fast ausschließlich aus Quellen" und nicht aus der bisherigen Forschung, „um eine Voreingenommenheit" auszuschließen (S. 11). Diese angeblich unvoreingenommene Vorgehensweise sieht in der Praxis so aus, dass er die vorhandenen Erkenntnisse der vorhandenen Arbeiten um lange Zitate aus den Quellen erweitert, ohne diese aber zu analysieren, geschweige denn zu neuen Befunden zu gelangen.

Dieses Unvermögen wird dann in der folgenden unverständlichen Formulierung deutlich.

Er könne der These Ulrich Linses, die Gründung der Schwarzen Scharen sei ein Ausdruck Nachgeschmack, da ein unveröffentlichtes Manuskript Linses vorliegt, das auch Döhring bekannt ist, in dem Linse ausführlich diesen Aspekt thematisiert:– „Militante Abwehr des Nationalsozialismus 1929-1933. ‚Schwarze Scharen' und ‚Kampfgemeinschaften gegen Reaktion und Faschismus'".

Bezeichnenderweise pickt Döhring sich aus Linses Manuskript nur die Aspekte heraus, die für ihn ‚verwertbar' sind. Linse geht dort auf lokale Gruppen der Schwarzen Scharen ein, deren „Entdeckung" Döhring dann für sich reklamiert und analysiert, lokale antifaschistische Bündnisse, in denen Anarchosyndikalisten sogar mit Kommunisten zusammen arbeiteten. Dies passt aber offensichtlich nicht zu Döhrings Auffassung, dass ideologische und organisatorische Grenzen gegenüber anderen Strömungen der Arbeiterbewegung immer eingehalten wurden:

Zu Döhrings selektivem Umgang mit Literatur und Quellen sollen an dieser Stelle zwei Beispiele genügen. Alfons Pilarski hat entgegen Döhrings Darstellung, er habe bis 1938 in Spanien gekämpft (S. 144), dieses Land nie betreten. Es könnte für die Leserinnen und Leser indes-



für das Geheime Staatspolizeiamt verfasste Aufstellung der Gestapoleitstelle Oppeln über Mitglieder der FAUD in Oberschlesien. Die Mitgliedschaft in der FAUD und den Schwarzen Scharen überschnitt sich in vielen Fällen, war aber nicht identisch.

Durch beide Arbeiten zieht sich ein höchst nachlässiger Umgang mit den Quellen.

Helge Döhring: Schwarze Scharen. Anarcho-Syndikalistische Arbeiterwehr (1929 - 1933), Edition AV, Lich/Hessen 2011, ISBN 978-3-86841-054-9, 184 Seiten, 14,90 Euro

über ihre Presse für die historisch bedeutendste Zeit ihrer Existenz." (S. 9)
Bescheidenheit und wissenschaftliche Redlichkeit sind keine Tugenden Döhrings, denn sonst hätte er erwähnt, dass es diese ausführliche Bibliographie zum deutschen Syndikalismus schon längst gibt: In kurzer Form in Hartmut Rübners Arbeit „Freiheit und Brot" (S. 279 - 294) und mit Detailhinweisen zu AutorInnen sowie Inhaltsangaben in der Datenbank des deutschsprachigen Anarchismus (DadA) von Günter Hörig und Jochen Schmück.
Insofern hantiert der Autor mit bereits gebrauchten Werkzeugen. Es würde den Rahmen dieser Rezension sprengen, jeweils nachzuweisen, dass sich Döhring bei seinen Angaben auf die DadA-Datenbank stützt, sie zum Teil verkürzt, um sie dann mit ergänzenden Informationen wieder anzureichern; bezeichnenderweise um Artikel aus der syndikalistischen Presse, deren Quellenhinweise er wiederum der DadA-Datenbank entnommen hat. Während diese ausführliche Bestandsverzeichnisse genannten Autoren in seiner im copy-and-paste-Verfahren hergestellten Arbeit überhaupt keine Erwähnung finden, kann man nur als dreist bezeichnen.
Auch in Döhrings Arbeit über die Schwarzen Scharen klafft eine große Lücke zwischen Anspruch und den tatsächlichen Ergebnissen seiner Forschungen.
Als sich gegen Ende der zwanziger Jahre die Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterbewegung und der SA verschärften, gründeten im Oktober 1929 oberschlesische Anarchosyndikalisten um Paul Czakon und Alfons Pilarski in Ratibor und Beuthen militante, uniformierte und zum Teil bewaffnete Kampforganisationen - die Schwarzen Scharen.
Neben Oberschlesien gab es noch ähnliche Gruppen u.a. in Berlin, Darmstadt, Kassel und Wuppertal. Neben ihren antifaschistischen Aktivitäten, die teilweise in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen des linken Spektrums durchgeführt wurden, sind die Schwarzen Scharen auch als ein Versuch zu werten, in der Öffentlichkeit verstärkt Präsenz zu zeigen und einem Gesamtbild mit generellen Aussagen" (S. 10).
Seine Arbeit „speise sich fast ausschließlich aus Quellen" und nicht aus der bisherigen Forschung, „um eine Voreingenommenheit" auszuschließen (S. 11). Diese angeblich unvoreingenommene Vorgehensweise sieht in der Praxis so aus, dass er die vorliegenden Erkenntnisse der vorhandenen Arbeiten um lange Zitate aus den Quellen erweitert, ohne diese aber zu analysieren, geschweige denn zu neuen Befunden zu gelangen.
Dieses Unvermögen wird dann in der folgenden unverständlichen Formulierung deutlich.
Er könne der These Ulrich Linses, die Gründung der Schwarzen Scharen sei ein Ausdruck des Wunsches gerade der jungen Anarchosyndikalisten nach aktiverem antifaschistischen Engagement, „im Ganzen nicht und nur in wenigen begrenzten Ausnahmen in einzelnen Fällen zustimmen" (S. 133).
Linse habe das Konzept der Schwarzen Scharen mit demjenigen der Kartellbildung verwechselt. Diese Kritik enthält vor allem deshalb einen bitteren sich reklamiert und analysiert, lokale antifaschistische Bündnisse, in denen Anarchosyndikalisten sogar mit Kommunisten zusammen arbeiteten. Dies passt aber offensichtlich nicht zu Döhrings Auffassung, dass ideologische und organisatorische Grenzen gegenüber anderen Strömungen der Arbeiterbewegung immer eingehalten wurden:
Zu Döhrings selektivem Umgang mit Literatur und Quellen sollen an dieser Stelle zwei Beispiele genügen. Alfons Pilarski hat entgegen Döhrings Darstellung, er habe bis 1938 in Spanien gekämpft (S. 144), dieses Land nie betreten. Es könnte für die Leserinnen und Leser indessen interessanter sein, näheres über dessen Aktivitäten in der polnischen Gewerkschafts- und Widerstandsbewegung zu erfahren. Doch darüber schweigt sich das Buch aus, Im Anhang findet sich ohne Quellenangabe eine unkommentierte Liste der Mitglieder der Schwarzen Scharen in Schlesien mitsamt deren Beurteilung durch die Polizeibehörden. Bei dieser Liste handelt es sich aber um eine 1937



für das Geheime Staatspolizeiamt verfasste Aufstellung der Gestapoleitstelle Oppeln über Mitglieder der FAUD in Oberschlesien. Die Mitgliedschaft in der FAUD und den Schwarzen Scharen überschnitt sich in vielen Fällen, war aber nicht identisch.
Durch beide Arbeiten zieht sich ein höchst nachlässiger Umgang mit den Quellen.
Infolge der Ausblendung der wichtigsten Sekundärliteratur entsteht der Eindruck, der Verfasser könne eigene Rechercheergebnisse präsentieren. Stattdessen hat er seine Befunde ohne jedwede Verweise im Wesentlichen aus den von ihm so konsequent ausgeblendeten Studien übernommen. Deshalb kann der Rezensent beide Arbeiten nicht zur Lektüre empfehlen.

Dieter Nelles

Helge Döhring: Schwarze Scharen. Anarcho-Syndikalistische Arbeiterwehr (1929 - 1933), Edition AV, Lich/Hessen 2011, ISBN 978-3-86841-054-9, 184 Seiten, 14,90 Euro

Dichtung als Wahrheit

Der vom sozialdemokratischen „Vorwärts" gelobte Roman „Eolo – Leben und Schicksal eines italienischen Anarchisten 1918-1945" ist mit Vorsicht zu genießen

Der vierfarbige, stabile Einband sieht vielversprechend aus, der Klappentext macht neugierig. Und so landete „Eolo" im Sommer 2011 zusammen mit einem Stapel weiterer Bücher in meinem Reisegepäck.

Tatsächlich ist Gianni Sparapans Roman gut zu lesen. Der italienische Lehrer erzählt darin die Geschichte von Eolo Boc- scheut er die faschistischen Gesellschaftsstrukturen.
1940 kann sich Eolo seinem Einberufungsbefehl nicht entziehen. Als Soldat ist er in Kroatien an dem brutalen Krieg gegen die Tito-PartisanInnen beteiligt und wird traumatisiert.
Sparapan beschreibt, wie Eolo widerwillig an der befohlenen Ermordung von jungen Partisa- der Tasche, und ab, sofort, zu jeder Stunde. Um ihn aus der Welt zu schaffen!" (S. 130)
Eolo wird hier als vom Hass getriebener, skrupelloser Killer dargestellt. Dabei sind alle Dialoge und zum Teil auch die Personen von Sparapan frei erfunden. Und genau hier liegt das Problem. Die Zitate, die der Autor den Personen in den Mund lebens außer Kraft setzt: Der Verfolgte wird zum Täter, dessen Grausamkeit der Grausamkeit seiner Verfolger nicht nachsteht. Das Buch ist eine Anklage gegen jedes politische System, das sich auf Gewalt, Unterdrückung und Intoleranz gründet, eine Parabel zu dem Wort, das Schiller dem alten Piccolomini in den Mund legt: Eindruck ist, dass Sparapan den Klischeevorstellungen vom „anarchistischen Gewalttäter" anhängt und, ähnlich wie der Verfassungsschutz, zur Gleichsetzung von AnarchistInnen mit extremen Rechten neigt.

Vorurteilsfrei? Ich habe Zweifel

Sparapan sei ein „scharfer ... Be-



Gianni Sparapan: Eolo – Leben und Schicksal eines italienischen Anarchisten 1918-1945, Roman. Mit einem Geleitwort von Vincenzo Orlando. Übersetzt aus dem Italienischen von Günther Gerlach, Donat Verlag, Bremen 2011, ISBN

der DadA-Datenbank entnommen hat. Während diese ausführliche Bestandsverzeichnisse

Scharen auch als ein Versuch zu werten, in der Öffentlichkeit verstärkt Präsenz zu zeigen und

nigen der Kartellbildung verwechselt. Diese Kritik enthält vor allem deshalb einen bitteren

Beurteilung durch die Polizeibehörden. Bei dieser Liste handelt es sich aber um eine 1937

kann der Rezensent beide Arbeiten nicht zur Lektüre empfehlen.

Dieter Nelles

Dichtung als Wahrheit

Der vom sozialdemokratischen „Vorwärts" gelobte Roman „Eolo – Leben und Schicksal eines italienischen Anarchisten 1918-1945" ist mit Vorsicht zu genießen

Der vierfarbige, stabile Einband sieht vielversprechend aus, der Klappentext macht neugierig. Und so landete „Eolo" im Sommer 2011 zusammen mit einem Stapel weiterer Bücher in meinem Reisegepäck.

Tatsächlich ist Gianni Sparapans Roman gut zu lesen. Der italienische Lehrer erzählt darin die Geschichte von Eolo Boccato, der in den Jahren 1944/45 in der unteren Poebene als Kopf einer Partisanengruppe bewaffnet gegen die Faschisten der „Republik von Salò" kämpfte, bis er verraten wurde.

Der antifaschistischen Gruppe um Boccato hat Sparapan den Roman gewidmet. Er beschreibt, wie der junge Eolo als ältester Sohn des sympathischen Anarchisten und Fotogeschäftbesitzers Amerigo Boccato in der Kleinstadt Adria im Norden des Po-Deltas aufwächst. Inspiriert durch seinen Vater und in Opposition zum System in Mussolinis Italien, politisiert und radikalisiert sich Eolo zunehmend. Er rebelliert gegen rechte Lehrer, Nachbarn und Stadtverwaltung. Als Kind aus anarchistischem Elternhaus verabscheut er die faschistischen Gesellschaftsstrukturen.

1940 kann sich Eolo seinem Einberufungsbefehl nicht entziehen. Als Soldat ist er in Kroatien an dem brutalen Krieg gegen die Tito-PartisanInnen beteiligt und wird traumatisiert. Sparapan beschreibt, wie Eolo widerwillig an der befohlenen Ermordung von jungen Partisanen teilnimmt (S. 82). 1942 kommt Eolo aufgrund einer chronischen Bronchitis mit Verdacht auf Tuberkulose ins Lazarett und wird schließlich ausgemustert. Im Sommer 1944 geht er in den Untergrund und kämpft fortan gemeinsam mit anderen Partisanen gegen die deutschen und italienischen Faschisten.

Nachdem er hilflos mit ansehen muss, wie sein Bruder Espero von Faschisten bestialisch zu Tode gefoltert wird, geht Eolo unbarmherziger vor, wird zum Vergewaltiger und schreckt nicht einmal davor zurück, Kinder von Faschisten zu ermorden. „Wenn jemand ihm sagte, dieser oder jener sei ein Faschist, genügte es und Eolo zog los: rote Jacke, Fahrrad, die Tasche am Lenker, die Parabellum in der Tasche, und ab, sofort, zu jeder Stunde. Um ihn aus der Welt zu schaffen!" (S. 130)

Eolo wird hier als vom Hass getriebener, skrupelloser Killer dargestellt. Dabei sind alle Dialoge und zum Teil auch die Personen von Sparapan frei erfunden. Und genau hier liegt das Problem. Die Zitate, die der Autor den Personen in den Mund legt, wirken teils banal, teils übertrieben und unrealistisch.

Zunehmend schlich sich bei mir beim Lesen das Gefühl ein, dass hier ein Anti-Anarchist versucht, einen Anarchisten mit den Faschisten gleichzusetzen.

Die frei erfundenen Dialoge erinnern bisweilen an die reißerische Art, mit der Stefan Aust seine erdachten Dialoge dem „Teufel" Andreas Baader angedichtet hat. Anders als bei „Der Baader-Meinhof-Komplex" geht es dem Autor von „Eolo" aber nicht in erster Linie um die Unterhosen des Hauptdarstellers.

Der „Roman" zeige, so der Donat Verlag, „wie Gewalt die Menschen verändert, zu neuer Gewalt führt und das Wertesystem menschlichen Zusammenlebens außer Kraft setzt: Der Verfolgte wird zum Täter, dessen Grausamkeit der Grausamkeit seiner Verfolger nicht nachsteht. Das Buch ist eine Anklage gegen jedes politische System, das sich auf Gewalt, Unterdrückung und Intoleranz gründet, eine Parabel zu dem Wort, das Schiller dem alten Piccolomini in den Mund legt: ‚Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, immer Böses muss gebären.'"

„Eolo" sei nach intensiver historischer Forschung entstanden und basiere auf Fakten. Welche Quellen der Autor genutzt hat, wird aber nicht klar. Dabei sind gewisse Quellen, wie z.B. die 1944/45 erschienenen faschistischen Zeitungen, mit äußerster Vorsicht zu betrachten, da sie sicher ein propagandistisches Zerrbild von „Boccatos Terrorbande" gezeichnet haben.

Im Buch wird das, was den Anarchismus ausmacht, das Streben nach einer solidarischen, herrschaftsfreien Gesellschaft, nicht herausgearbeitet. Wie der Autor zu libertär-sozialistischen Ideen steht, wird nicht klar. Das macht mich skeptisch. Mein Eindruck ist, dass Sparapan den Klischeevorstellungen vom „anarchistischen Gewalttäter" anhängt und, ähnlich wie der Verfassungsschutz, zur Gleichsetzung von AnarchistInnen mit extremen Rechten neigt.

Vorurteilsfrei? Ich habe Zweifel

Sparapan sei ein „scharfer ... Beobachter des Zeitgeschehens". „Seine vorurteilsfreie Sicht der schmerzlichen Ereignisse der letzten Jahre des Zweiten Weltkriegs brachten ihm viel Anerkennung ein, aber auch scharfe Angriffe sowohl von denjenigen, die die Partisanen verherrlichen wollen, als auch von ihren rechten Gegnern."

Als Gewaltfreier Anarchist habe ich keineswegs vor, die Partisanen zu verherrlichen oder Gewalt zu beschönigen.

Problematisch finde ich aber, wenn ein im Februar 1945 von Faschisten ermordeter 27jähriger Anarchist posthum mit Hilfe von **fiktiven** Dialogen in einem vermeintlich „authentischen" Buch als blindwütiger Mörder beschrieben wird.

Bernd Drücke



Gianni Sparapan: Eolo – Leben und Schicksal eines italienischen Anarchisten 1918-1945, Roman. Mit einem Geleitwort von Vincenzo Orlando. Übersetzt aus dem Italienischen von Günther Gerlach, Donat Verlag, Bremen 2011, ISBN 978-3-938275-80-1, 180 Seiten, 12.80 Euro



Dialog in Zeiten des Misstrauens

Berührungspunkte zwischen dem freiheitlichen Sozialisten Buber und dem Politiker Hammarskjöld

Lou Marin, Können wir den ehrlichen Dialog in den Zeiten des Misstrauens retten? – Die Begegnung zwischen Dag Hammarskjöld und Martin Buber; Melzer Verlag Neu-Isenburg 2011; 159 Seiten

In diesem Buch geht es um die Frage, ob es echten Dialog in einem Zeitalter des Misstrauens geben kann.

Mag auch die damalige Zuspitzung der Konkurrenz zwischen privat- und staatkapitalistisch dominierten Systemen in Ost und West in einem „Kalten Krieg" die politische Situation kennzeichnen, in der die Begegnungen zwischen Buber und Hammarskjöld stattfanden, so geht es doch nicht bloß um eine historisch überwundene Fragestellung.

Lou Marins Buch ist ein Beitrag zur Biographie von Dag Hammarskjöld, arbeitet die Elemente und Implikationen der Dialogphilosophie Bubers und der Interessen Hammarskjölds heraus und unternimmt den Versuch, das wechselseitige Interesse der beiden Persönlichkeiten aneinander abzutasten. Zudem betrachtet er die Konsequenzen der beiden politischen Konzepte.

Zunächst ist der Beitrag eine Darstellung der Kontakte zwischen dem UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld, der 1961 im Kongo unter ungeklärten Umständen bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam, und dem Sozialphilosophen Martin Buber, der zu den freiheitlichen Sozialisten gehört. Sklavensprache der internationalen Beziehungen in einer Atmosphäre der latenten und offenen Kriegsdrohungen und Stellvertreterkonflikte zu handeln hatte.

Für beide war das Interesse am offenen Gespräch ein gemeinsamer Schnittpunkt. Aber sie kamen von unvereinbaren Richtungen her. Bubers Ansatz war dabei, dass „die Menschheit zunehmend technische Erfindungen aufgehäuft (habe), aber der Kern menschlicher Entwicklung sei noch immer die Erschaffung einer sozialen Lebenswelt durch gegenseitige Hilfe (wie sie durch Kropotkin definiert worden ist) gewesen. Buber war der Meinung, dass die menschliche Entwicklung inzwischen weit hinter den technischen Fortschritt zurückgefallen war."(S. 40)

Marin betont die herrschaftsablehnende Skepsis Bubers gegenüber der Sphäre der Politik, der Hammarskjöld verhaftet war.

Den Aufbau einer dem Menschen gerecht werdenden Gesellschaft traute Buber der Politik nicht zu. Er sah seinen Beruf nicht darin, die politische Sphäre zu reorganisieren oder zu rekonstruieren. Der geistige Mensch sei nicht zur Macht berufen. „Er hat keine Idee, er hat nur eine Botschaft. Er hat nichts unterschiedlichen Sphären an und betrieben sie zu unterschiedlichen Zwecken, bei dem Hammarskjöld sie für eine effektive Politik, Buber zu ihrer Überwindung beitragen wollte.

Buber wollte viel mehr

Buber wollte mit dem Ich-Du-Dialog eine Antwort auf die Frage, wie man das „Problem des Menschen" lösen konnte, wie man in einem Zeitalter der Auflösung „organischer menschlicher Gemeinschaften" zu lebendigen Beziehungen kommen könnte, in denen Verantwortung sich auch auf das Gegenüber erstreckt. Darüber schreibt Marin eindringlich in dem Kapitel „Perspektiven des Dialogs".

Hier entwickelt er die verschiedenen Anläufe und Zugänge Bubers und grenzt sie gegen die beschränkten Fragestellungen Hammarskjölds ab. Besonders die Passagen zu „Verantwortung und Gewissen in Bubers ‚Fragen an den Einzelnen'" (S.97 ff.) und „Bubers Fragen in ‚Das Problem des Menschen'" (S. 107) lesen sich mit Gewinn, da es Marin gelingt, die Grundzüge dieser humanen und friedvollen Philosophie darzustellen.

In seinem Ausblick stellt Marin die Konsequenzen aus den unterschiedlichen Ansätzen der seiner Forderung nach einer „Erziehung einer Generation mit wahrhaft sozialen Ansichten und wahrhaft sozialem Willen" (S. 133), geht über den zivilen Ungehorsam, der keinen Widerspruch zwischen „Wort" und gewaltfreiem Kampf aufkommen lässt und mündet in der Bildung von Internationalen Friedensbrigaden, die „lokale Aktivistinnen sozialer Bewegungen, Gewerkschafterinnen oder Menschenrechtsaktivistinnen in Weltregionen...begleiten, in denen es überdurchschnittlich starke Regierungsgewalt oder gar Bürgerkrieg gibt, um für sie internationalen Schutz zu gewährleisten und die Verletzung ihrer Rechte aufzuzeigen oder zu bezeugen." (S. 150)

So ist dieses Buch im Ergebnis eine interessante Einführung in das Werk und Denken Martin Bubers, die gerade in der Konfrontation mit den Ansätzen und Handlungen eines philosophisch und theoretisch hochgebildeten humanistisch orientierten Politikers Grenzen und Gefahren einer letztlich auf die Nutzung von Verwaltungsapparaten und Militär für die Gewinnung von Frieden und menschlichere Entwicklung aufzeigt.

Dabei ist allerdings für uns Heutige kein Politiker in Sicht, der wie Hammarskjöld intellektuelle und politische Bildung mit dem Willen zu einer humanen Entwicklung der Welt und unbedingtem persönlichen Einsatz verbindet. Insoweit ist Marins Schrift auch eine Würdigung eines Menschen, der seinen Einsatz für den Frieden in der Welt und für die Freiheit eines afrikanischen Volkes mit seinem Leben bezahlt hat.

Stefan Janson

Eine Zeitreise

Gert Hoffmanns Erinnerungen

Gert Hoffmann: Barcelona – Gurs – Managua. Auf holprigen Straßen durch das 20. Jahrhundert, Dietz Verlag, Berlin 2009, ISBN 978-3-320-02179-5, 251 Seiten, 24,90 Euro

Ein Erinnerungsbuch an die spanische Tragödie aus einer etwas andersgearteten Perspektive: Der in Wien aufgewachsene Kommunist Gert Hoffmann ist ein Zu-Spät-Gekommener des spanischen Bürgerkriegs (1936-1939). Als er beim Einmarsch der Nazis 1938 aus Österreich zunächst nach Brünn und dann über die Pyrenäen

Dag Hammarskjöld und Martin Buber; Melzer Verlag Neu-Isenburg 2011; 159 Seiten

Gert Hoffmann: Barcelona – Gurs – Managua. Auf holprigen Straßen durch das 20. Jahrhundert, Dietz Verlag, Berlin 2009, ISBN 978-3-320-02179-5, 251 Seiten, 24,90 Euro

kennzeichnen, in der die Begegnungen zwischen Buber und Hammarskjöld stattfanden, so geht es doch nicht bloß um eine historisch überwundene Fragestellung.

Lou Marins Buch ist ein Beitrag zur Biographie von Dag Hammarskjöld, arbeitet die Elemente und Implikationen der Dialogphilosophie Bubers und der Interessen Hammarskjölds heraus und unternimmt den Versuch, das wechselseitige Interesse der beiden Persönlichkeiten aneinander abzutasten. Zudem betrachtet er die Konsequenzen der beiden politischen Konzepte.

Zunächst ist der Beitrag eine Darstellung der Kontakte zwischen dem UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld, der 1961 im Kongo unter ungeklärten Umständen bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam, und dem Sozialphilosophen Martin Buber, der zu den freiheitlichen Sozialisten gezählt werden kann und sich in Israel schon früh für einen Verständigungsfrieden zwischen Juden und Arabern eingesetzt hat. Von Bedeutung ist Marins Neugier auf die Berührungspunkte zwischen einem von einem freiheitlichen Sozialismus herkommenden Philosophen, der zu den Freunden von Gustav Landauer gehörte und dessen Sozialismusbegriff als tätiges Schaffen von um das Ziel der menschlichen Freiheit vereinten Menschen begriff und in seinem Buch „Pfade in Utopia" ausarbeitete und dem aus einem konservativen protestantischen Milieu herkommenden Politiker, der in der Sphäre der Kompromisse, der Diplomatie, der versteckten Botschaften, der tungen her. Bubers Ansatz war dabei, dass „die Menschheit zunehmend technische Erfindungen aufgehäuft (habe), aber der Kern menschlicher Entwicklung sei noch immer die Erschaffung einer sozialen Lebenswelt durch gegenseitige Hilfe (wie sie durch Kropotkin definiert worden ist) gewesen. Buber war der Meinung, dass die menschliche Entwicklung inzwischen weit hinter den technischen Fortschritt zurückgefallen war."(S. 40)

Marin betont die herrschaftsablehnende Skepsis Bubers gegenüber der Sphäre der Politik, der Hammarskjöld verhaftet war.

Den Aufbau einer dem Menschen gerecht werdenden Gesellschaft traute Buber der Politik nicht zu. Er sah seinen Beruf nicht darin, die politische Sphäre zu reorganisieren oder zu rekonstruieren. Der geistige Mensch sei nicht zur Macht berufen. „Er hat keine Idee, er hat nur eine Botschaft. Er hat nichts zu gründen, er hat nur etwas auszurufen. Was er auszurufen hat, ist Kritik und Forderung." (S. 54)

Zwar begrüßte Buber die Versuche Hammarskjölds, gegen Gefahren der waffenstarrenden Konfrontation zwischen Ost und West zu agieren, aber von der politischen Sphäre versprach er sich nichts dauerhaft Konstruktives für die menschliche Gesellschaft. Die Diskussionen zwischen den beiden wären danach von einem grandiosen Missverständnis zwischen einem Spezialphilosophen und einem humanistischen Politiker geprägt: Beide meinten mit Dialog zwar eine Technik zwischenmenschlicher Kommunikation, sie siedelten sie aber in Dialog eine Antwort auf die Frage, wie man das „Problem des Menschen" lösen konnte, wie man in einem Zeitalter der Auflösung „organischer menschlicher Gemeinschaften" zu lebendigen Beziehungen kommen könnte, in denen Verantwortung sich auch auf das Gegenüber erstreckt. Darüber schreibt Marin eindringlich in dem Kapitel „Perspektiven des Dialogs".

Hier entwickelt er die verschiedenen Anläufe und Zugänge Bubers und grenzt sie gegen die beschränkten Fragestellungen Hammarskjölds ab. Besonders die Passagen zu „Verantwortung und Gewissen in Bubers ‚Fragen an den Einzelnen'" (S.97 ff.) und „Bubers Fragen in ‚Das Problem des Menschen'" (S. 107) lesen sich mit Gewinn, da es Marin gelingt, die Grundzüge dieser humanen und friedvollen Philosophie darzustellen.

In seinem Ausblick stellt Marin die Konsequenzen aus den unterschiedlichen Ansätzen der Dialogpartner vor. Bei Hammarskjöld lief alles darauf hinaus, die Herstellung des Weltfriedens und der Konfliktlösungen durch eine Stärkung der politischen Autorität des UNO-Generalssekretariats, damit seiner persönlichen politischen Kompetenzen anzustreben. Das Mittel dazu sah er u.a. in der Schaffung von Friedenstruppen, ein Konzept, das bereits im Katanga-Konflikt 1960 eine Dynamik zu immer weiter gehenden Kompetenzerweiterungen und eng geführten militärstrategischen Diskussionen auslöste.

Demgegenüber sind die Alternativen, die Buber entwickelt, die friedensfördernden und demokratischeren. Dies beginnt mit gaden, die „lokale Aktivistinnen sozialer Bewegungen, Gewerkschafterinnen oder Menschenrechtsaktivistinnen in Weltregionen...begleiten, in denen es überdurchschnittlich starke Regierungsgewalt oder gar Bürgerkrieg gibt, um für sie internationalen Schutz zu gewährleisten und die Verletzung ihrer Rechte aufzuzeigen oder zu bezeugen." (S. 150)

So ist dieses Buch im Ergebnis eine interessante Einführung in das Werk und Denken Martin Bubers, die gerade in der Kon- Dabei ist allerdings für uns Heutige kein Politiker in Sicht, der wie Hammarskjöld intellektuelle und politische Bildung mit dem Willen zu einer humanen Entwicklung der Welt und unbedingtem persönlichen Einsatz verbindet. Insoweit ist Marins Schrift auch eine Würdigung eines Menschen, der seinen Einsatz für den Frieden in der Welt und für die Freiheit eines afrikanischen Volkes mit seinem Leben bezahlt hat.

Stefan Janson

Eine Zeitreise

Gert Hoffmanns Erinnerungen

Ein Erinnerungsbuch an die spanische Tragödie aus einer etwas andersgearteten Perspektive: Der in Wien aufgewachsene Kommunist Gert Hoffmann ist ein Zu-Spät-Gekommener des spanischen Bürgerkriegs (1936-1939). Als er beim Einmarsch der Nazis 1938 aus Österreich zunächst nach Brünn und dann über die Pyrenäen nach Spanien flieht, nimmt er ganz kurz an der Ebro-Schlacht teil und schützt ansonsten nur noch die Flüchtlingsströme aus der spanischen Republik nach Frankreich. Die beeindruckendsten Passagen seiner Autobiographie sind seine Schilderungen aus Gurs und den Internierungslagern in Südfrankreich, besonders über das Zusammenleben mit und die gegenseitige Hilfe unter den spanischen Flüchtlingen. Im Lager Gurs errichten spanische AnarchistInnen ein riesiges Durruti-Denkmal. Hoffmann wird während dieser Zeit zum Wahl-Spanier. Er ist unbelastet von den Mai-Kämpfen 1937 zwischen KommunistInnen und AnarchistInnen im Bürgerkrieg und hat keine Probleme, sich mit spanischen AnarchistInnen anzufreunden. Die Kriegsjahre verdingt er sich auf französischen Bauernhöfen als Gutsknecht, dann als Holzfäller.

Gegen Ende des Krieges verschlägt es ihn nach Brüssel, wo er die Einschläge der letzten V1-Raketen der Nazis erlebt. Schließlich rückt er als US-amerikanischer Soldat ins zerstörte Deutschland ein und beschreibt plastisch seine Eindrücke von den zerstörten Städten, bevor er selbst 1946 nach Wien zurückkehrt. Er beschließt sein Erinnerungsbuch mit einem Bericht als Interbrigadist in Nicaragua 1985 und 1987, was er als unmittelbare Fortsetzung seiner politischen Aktivität in Spanien begreift.

Slipperman

Gustav Landauer gehörte und dessen Sozialismusbegriff als tätiges Schaffen von um das Ziel der menschlichen Freiheit vereinten Menschen begriff und in seinem Buch „Pfade in Utopia" ausarbeitete und dem aus einem konservativen protestantischen Milieu herkommenden Politiker, der in der Sphäre der Kompromisse, der Diplomatie, der versteckten Botschaften, der sich nichts dauernd Konstruktives für die menschliche Gesellschaft. Die Diskussionen zwischen den beiden wären danach von einem grandiosen Missverständnis zwischen einem Spezialphilosophen und einem humanistischen Politiker geprägt: Beide meinten mit Dialog zwar eine Technik zwischenmenschlicher Kommunikation, sie siedelten sie aber in Schaffung von Friedenstruppen, ein Konzept, das bereits im Katanga-Konflikt 1960 eine Dynamik zu immer weiter gehenden Kompetenzerweiterungen und eng geführten militärstrategischen Diskussionen auslöste.

Demgegenüber sind die Alternativen, die Buber entwickelt, die friedensfördernden und demokratischeren. Dies beginnt mit

den. Die Kriegsjahre verdingt er sich auf französischen Bauernhöfen als Gutsknecht, dann als Holzfäller.

Gegen Ende des Krieges verschlägt es ihn nach Brüssel, wo er die Einschläge der letzten V1-Raketen der Nazis erlebt. Schließlich rückt er als US-amerikanischer Soldat ins zerstörte Deutschland ein und beschreibt plastisch seine Eindrücke von den zerstörten Städten, bevor er selbst 1946 nach Wien zurückkehrt. Er beschließt sein Erinnerungsbuch mit einem Bericht als Interbrigadist in Nicaragua 1985 und 1987, was er als unmittelbare Fortsetzung seiner politischen Aktivität in Spanien begreift.

Slipperman

Prinzipienfest und pragmatisch

Sam Dolgoff: Anarchistische Fragmente

„Nach dem [Ausschluss]Verfahren kam einer der Beteiligten zu mir und sagte: ‚Weißt du, du bist gar nicht so übel. Du hast dich soweit ziemlich gut verteidigt, auch wenn dein Fall hoffnungslos ist. Ich gebe dir einen Tipp. Du bist kein Sozialist. Du bist ein Anarchist.' Also fragte ich ihn: ‚Wo kann ich die finden?'"

Sam Dolgoff (1902-1990), gebürtiger Weißrusse, der seinem vom Kriegsdienst flüchtenden Vater in die USA folgte, hatte ein bewegtes Leben, wie seine nun auch in deutscher Sprache vorliegenden Memoiren eindrucksvoll zeigen. Als „ausgebeuteter Lohnsklave" und aufgrund seines „rebellischen Temperaments", für die „Botschaft des Sozialismus" empfänglich, wird er 1919 Mitglied der *Young People's Socialist League* (19). Da in den Zusammenhängen der Sozialistischen Partei allerdings „nicht das geringste Fünkchen revolutionären Geistes" existiert habe und sich alles um die parlamentarische Agitation – den „Wahlschwindel" (22) – drehte, beschließt Dolgoff seinen Austritt, wobei man ihm mit einem Ausschlussverfahren zuvorkommt.

Von hier an datiert Dolgoffs Gruppenzusammenhang und machten jedes gemeinsame Vorgehen unmöglich." (24 vgl. auch 155). Dolgoff kritisiert Bookchin u.a. dafür, dass dieser „seine Hoffnungen auf eine Revolution auf ein unverantwortliches Konglomerat disparater, kurzlebiger, marginaler Ad-hoc-Grüppchen" gründe (94), merkt aber an, dass es nicht darum gehe, „an einem Rebellen herumzukritisieren, der neue Wege zur Freiheit sucht" (95).

Dies ist bezeichnend: Dolgoff vertritt eigene Standpunkte und schreckt vor Kritik auch anarchistischer „Größen" nicht zurück, bemüht sich aber stets um Fairness. Beispielhaft in diesem Zusammenhang, wenn er kritisiert, dass Rudolf Rocker in seinen letzten Lebensjahren den „revolutionären Anarchismus" aufgegeben (123) und sich „(natürlich unabsichtlich) zum Sprachrohr konventioneller bürgerlicher Ideen" gemacht hätte (125). Ähnlich beurteilt er Augustin Souchy (126), verurteilt aber „die beleidigende Art, in der ein Mann von Souchys Format und Ruf in der revolutionären Bewegung behandelt wurde" (128), vor allem beim internationalen anarchistischen Kongress von Paris (1971).

Neben vielerlei Reflexionen alldem einerseits prinzipienfest wie andererseits pragmatisch: „Entscheidende Probleme kann man nicht umgehen, indem man sie auf eine ferne Zukunft verschiebt – vielleicht auf das nächste oder übernächste Jahrhundert, wenn Anarchismus erst einmal vollständig verwirklicht sein wird und die Massen zu überzeugten und engagierten Anarchokommunisten geworden sind. Wir Anarchisten müssen eine eigene Lösung haben, wenn wir nicht die Rolle ‚nutzloser und unfähiger Querulanten' spielen wollen, während die Autoritären an die Macht kommen, weil sie pragmatischer und skrupelloser sind." (205). Und: „Es gibt keinen ‚reinen' Anarchismus. Es gibt nur die Anwendung anarchistischer Prinzipien auf die Realitäten des gesellschaftlichen Lebens. Das einzige und alleinige Ziel des Anarchismus ist es, *die Gesellschaft in eine anarchistische Richtung zu lenken.*" (207)

Insgesamt vermittelt das Buch eine ernüchternde Bestandaufnahme der anarchistischen Bewegung der USA, die einen leider an Engels' Polemik erinnern lässt, wonach „die Anarchisten denn auch lauter ‚Einzige' geworden" seien, „so einzig, dass ihrer keine zwei sich vertragen können" (MEW 37: 293).

Vielleicht aufgrund eines schlechten Gewissens wegen seiner Offenheit endet Dolgoff dann mit einem „hoffnungsvollen Ausklang": „All diese Jahre habe ich Bewegungen wachsen und Bewegungen verschwinden, Leute kommen und Leute gehen sehen. Aber mich erhält die Überzeugung aufrecht, dass der stetige Kampf für Freiheit und soziale Gerechtigkeit weitergehen wird." (178f.)

Dolgoffs Memoiren sind sehr zu empfehlen. Sie stehen in der Tradition derjenigen anarchistischen AktivistInnen, die die Augen vor den Unzulänglichkeiten der eigenen Bewegung nicht verschlossen. Sie sind aufmunternd und zeigen, dass es immer wieder Leute gab, die sich nicht unterkriegen ließen und erstaunliche Biographien aufweisen, derer man sich erinnern sollte.

Philippe Kellermann



Sam Dolgoff: Anarchistische Fragmente. Memoiren eines amerikanischen Anarcho-syndikalisten, Edition AV, ISBN 978-3-86841-050-1, Lich 2011, 237 Seiten, 16 Euro

Tausend Projekte ohne Beachtung

Versammelt im neuen „Handbuch Alternativmedien 2011/2012"

Lieblos und nachlässig geht die gesellschaftliche Linke mit ihren eigenen Medien um. Eine grundlegende Debatte der (Un-) Möglichkeiten alternativer Kommunikation findet weder im aktivistischen noch im akademi-

sprachigen Raum wird sich hier aber wohl auch manches Mal ein schlechtes Gewissen einstellen. Das Verzeichnis ist zudem in einer Online-Version unter alternativmedien.org frei zugänglich und vereint dort selbst

Syndrom gestaltete Magazin „Ohrenkuss", die sich auf ganz unterschiedliche Weise vorstellen und ihre Erfahrungen reflektieren.

Während die bloße Anzahl der Medienprojekte im Adressver-

Bernd Hüttner, Christiane Leidinger, Gottfried Oy (Hg.): Verzeichnis der AlternativMedien 2011/2012. Verlag AG-SPAK-Bücher, Neu-Ulm 2011, ISBN 9783940865229, 279 Seiten, 22 Euro

Sam Dolgoff (1902-1990), gebürtiger Weißrusse, der seinem vom Kriegsdienst flüchtenden Vater in die USA folgte, hatte ein bewegtes Leben, wie seine nun auch in deutscher Sprache vorliegenden Memoiren eindrucksvoll zeigen. Als „ausgebeuteter Lohnsklave" und aufgrund seines „rebellischen Temperaments", für die „Botschaft des Sozialismus" empfänglich, wird er 1919 Mitglied der *Young People's Socialist League* (19). Da in den Zusammenhängen der Sozialistischen Partei allerdings „nicht das geringste Fünkchen revolutionären Geistes" existiert habe und sich alles um die parlamentarische Agitation – den „Wahlschwindel" (22) – drehte, beschließt Dolgoff seinen Austritt, wobei man ihm mit einem Ausschlussverfahren zuvorkommt.

Von hier an datiert Dolgoffs „Mitgliedschaft" in der anarchistischen Bewegung, gekennzeichnet durch zahlreiche Aktionen: Organisationsgründungen, Zeitungsprojekte, gewerkschaftliche Kämpfe etc. – immer durch den Versuch gekennzeichnet, den Kontakt mit den Massen nicht zu verlieren, bzw. überhaupt erst zu knüpfen.

Dolgoff, der sich selbst als Anarchosyndikalisten und kommunistischen Anarchisten definiert (25), beeinflusst wohl vor allem durch den russischen Anarchosyndikalisten Maximov (56ff.), hat in diesem Kontext Wert auf eine funktionierende Organisation gelegt und gegen die „infantile Ablehnung jeglicher Form von Organisation" Stellung bezogen (83).

Immer wieder kommt er auf den desolaten Zustand der anarchistischen Bewegung zu sprechen: „Im *Road to Freedom*-Kollektiv sprengten wie in vielen anarchistischen und anderen Gruppen Sektierertum und belanglose persönliche Streitigkeiten den

umzukritisieren, der neue Wege zur Freiheit sucht" (95).

Dies ist bezeichnend: Dolgoff vertritt eigene Standpunkte und schreckt vor Kritik auch anarchistischer „Größen" nicht zurück, bemüht sich aber stets um Fairness. Beispielhaft in diesem Zusammenhang, wenn er kritisiert, dass Rudolf Rocker in seinen letzten Lebensjahren den „revolutionären Anarchismus" aufgegeben (123) und sich „(natürlich unabsichtlich) zum Sprachrohr konventioneller bürgerlicher Ideen" gemacht hätte (125). Ähnlich beurteilt er Augustin Souchy (126), verurteilt aber „die beleidigende Art, in der ein Mann von Souchys Format und Ruf in der revolutionären Bewegung behandelt wurde" (128), vor allem beim internationalen anarchistischen Kongress von Paris (1971).

Neben vielerlei Reflexionen über ProtagonistInnen der anarchistischen Bewegung – dankenswerterweise vor allem auch über „die anonymen Helden" (153), die in der Geschichtsschreibung zumeist vernachlässigt werden – und den ernüchternden Einblicken, die gegeben werden (z.B. auch in die Zustände der „modernen Schule" und diverser Kolonieprojekte) trifft man aber auch auf Humoristisches und die Unzulänglichkeiten der eigenen Praxis, z.B. beim gescheiterten Versuch, Angestellte eines Schönheitssalons für die Gewerkschaft zu interessieren (146).

Ebenfalls finden sich viele interessante Anmerkungen über damalige Debatten innerhalb der anarchistischen Bewegung, z.B. über die Rolle des Regierungseintritts der CNT-FAI in die spanische Regierung im Kontext des spanischen Bürgerkriegs oder die Einschätzung des Zweiten Weltkrieges (120ff.).

Dolgoffs Ansatz zeigt sich bei

den sind. Wir Anarchisten müssen eine eigene Lösung haben, wenn wir nicht die Rolle ‚nutzloser und unfähiger Querulanten' spielen wollen, während die Autoritären an die Macht kommen, weil sie pragmatischer und skrupelloser sind." (205). Und: „Es gibt keinen ‚reinen' Anarchismus. Es gibt nur die Anwen-

lässt, wonach „die Anarchisten denn auch lauter ‚Einzige' geworden" seien, „so einzig, dass ihrer keine zwei sich vertragen können" (MEW 37: 293).

Vielleicht aufgrund eines schlechten Gewissens wegen seiner Offenheit endet Dolgoff dann mit einem „hoffnungsvollen Ausklang": „All diese Jahre

gen vor den Unzulänglichkeiten der eigenen Bewegung nicht verschlossen. Sie sind aufmunternd und zeigen, dass es immer wieder Leute gab, die sich nicht unterkriegen ließen und erstaunliche Biographien aufweisen, derer man sich erinnern sollte.

Philippe Kellermann

Tausend Projekte ohne Beachtung

Versammelt im neuen „Handbuch Alternativmedien 2011/2012"

Bernd Hüttner, Christiane Leidinger, Gottfried Oy (Hg.): Verzeichnis der AlternativMedien 2011/2012. Verlag AG-SPAK-Bücher, Neu-Ulm 2011, ISBN 9783940865229, 279 Seiten, 22 Euro

Lieblos und nachlässig geht die gesellschaftliche Linke mit ihren eigenen Medien um. Eine grundlegende Debatte der (Un-) Möglichkeiten alternativer Kommunikation findet weder im aktivistischen noch im akademischen Kontext statt.

Die Aufmerksamkeit sozialer Bewegungen richtet sich höchstens noch auf Computer und Handys. Trotz und gerade wegen dieser Beobachtungen haben sich Bernd Hüttner, Christiane Leidinger und Gottfried Oy entschieden, das ursprünglich auf den „Bunten Seiten" basierende „Verzeichnis der AlternativMedien" aus dem Jahr 2006 nun als „Handbuch" neu herauszugeben.

Die umfangreich aktualisierte Bestandsaufnahme der alternativen Medienlandschaft verleitet zum Stöbern. Anhand des Städteverzeichnisses lässt sich schnell überprüfen, ob die Projekte in der eigenen Umgebung noch dieselben sind. Über das Themenverzeichnis lässt sich sichergehen, bei den eigenen Schwerpunkten nichts Wesentliches zu verpassen. Mit rund 700 Printmedien und 300 Freien Radios, Archiven und Verlagen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum wird sich hier aber wohl auch manches Mal ein schlechtes Gewissen einstellen. Das Verzeichnis ist zudem in einer Online-Version unter alternativmedien.org frei zugänglich und vereint dort selbst die Vor- und Nachteile eines alternativen Mediums.

Dem neuen, stärker auf seinen redaktionellen Teil verweisenden Titel wird das Buch gerecht, indem es auf knapp 150 Seiten kurze und gut lesbare Beiträge von 15 Autor_innen(gruppen) zusammenbringt. Auf diese Weise verschafft es sowohl Überblicke, als auch exemplarische Einblicke in die gegenwärtige Welt alternativer Medien. Dabei erschließt ein akademisch geprägter erster Abschnitt zu den Konzepten und Perspektiven von Gegenöffentlichkeit und demokratischer Kommunikation den historischen und theoretischen Hintergrund des Buches. Ein zweiter wendet den Fokus auf einige konkrete Bereiche alternativer Medienproduktion, etwa die Entwicklung des Videoaktivismus oder feministischer Fanzines. Abschließend wirft ein dritter Abschnitt den Spot auf einzelne Projekte, wie die „Berliner Gazette" oder das von Menschen mit Down Syndrom gestaltete Magazin „Ohrenkuss", die sich auf ganz unterschiedliche Weise vorstellen und ihre Erfahrungen reflektieren.

Während die bloße Anzahl der Medienprojekte im Adressverzeichnis imponiert, bleibt jedoch selbst bei den Herausgeber_innen ein gewisses Unbehagen über das Bild, das die eingegangenen Textbeiträge von der aktuellen Beschaffenheit der alternativen Medienlandschaft hinterlassen. Denn gemeinsam heben sie nicht nur wichtige Fragen und spannende Ansätze hervor, sondern mit den fehlenden Themen und Debattensträngen gleichzeitig auch die gähnenden Leerstellen des aktuellen Medienaktivismus.

Gerade mit dieser unfreiwilligen Betonung des selbst in aktuellen linken Debatten seltsam Unbetonten lenkt das Buch die Gedanken gleich in doppelter Hinsicht auf die stete Herausforderung, die auch die Sympathie der Herausgeber_innen hat: die Entwicklung und Verbreitung von kritischen Standpunkten und utopischen Wünschen mit der emanzipatorischen Gestaltung kommunikativer Prozesse zu unterstützen.

Jan Bönkos

Dolgoff, der sich selbst als Anarchosyndikalisten und kommunistischen Anarchisten definiert (25), beeinflusst wohl vor allem durch den russischen Anarchosyndikalisten Maximov (56ff.), hat in diesem Kontext Wert auf eine funktionierende Organisation gelegt und gegen die „infantile Ablehnung jeglicher Form von Organisation“ Stellung bezogen (83).
Immer wieder kommt er auf den desolaten Zustand der anarchistischen Bewegung zu sprechen: „Im *Road to Freedom*-Kollektiv sprengten wie in vielen anarchistischen und anderen Gruppen Sektierertum und belanglose persönliche Streitigkeiten den diverser Kolonieprojekte) trifft man aber auch auf Humoristisches und die Unzulänglichkeiten der eigenen Praxis, z.B. beim gescheiterten Versuch, Angestellte eines Schönheitssalons für die Gewerkschaft zu interessieren (146).
Ebenfalls finden sich viele interessante Anmerkungen über damalige Debatten innerhalb der anarchistischen Bewegung, z.B. über die Rolle des Regierungseintritts der CNT-FAI in die spanische Regierung im Kontext des spanischen Bürgerkriegs oder die Einschätzung des Zweiten Weltkrieges (120ff.).
Dolgoffs Ansatz zeigt sich bei lich auf den „Bunten Seiten“ basierende „Verzeichnis der AlternativMedien“ aus dem Jahr 2006 nun als „Handbuch“ neu herauszugeben.
Die umfangreich aktualisierte Bestandsaufnahme der alternativen Medienlandschaft verleitet zum Stöbern. Anhand des Städteverzeichnisses lässt sich schnell überprüfen, ob die Projekte in der eigenen Umgebung noch dieselben sind. Über das Themenverzeichnis lässt sich sichergehen, bei den eigenen Schwerpunkten nichts Wesentliches zu verpassen. Mit rund 700 Printmedien und 300 Freien Radios, Archiven und Verlagen aus dem gesamten deutsch- Überblicke, als auch exemplarische Einblicke in die gegenwärtige Welt alternativer Medien. Dabei erschließt ein akademisch geprägter erster Abschnitt zu den Konzepten und Perspektiven von Gegenöffentlichkeit und demokratischer Kommunikation den historischen und theoretischen Hintergrund des Buches. Ein zweiter wendet den Fokus auf einige konkrete Bereiche alternativer Medienproduktion, etwa die Entwicklung des Videoaktivismus oder feministischer Fanzines. Abschließend wirft ein dritter Abschnitt den Spot auf einzelne Projekte, wie die „Berliner Gazette“ oder das von Menschen mit Down hervor, sondern mit den fehlenden Themen und Debattensträngen gleichzeitig auch die gähnenden Leerstellen des aktuellen Medienaktivismus.
Gerade mit dieser unfreiwilligen Betonung des selbst in aktuellen linken Debatten seltsam Unbetonten lenkt das Buch die Gedanken gleich in doppelter Hinsicht auf die stete Herausforderung, die auch die Sympathie der Herausgeber_innen hat: die Entwicklung und Verbreitung von kritischen Standpunkten und utopischen Wünschen mit der emanzipatorischen Gestaltung kommunikativer Prozesse zu unterstützen.

Jan Bönkos



Guy Debord: Ausgewählte Briefe 1957-1994. Edition Tiamat, Berlin 2011, Reihe Critica Dabolis 184, ISBN 978-3-89320-152-5, 336 Seiten, 28 Euro

Leonhard F. Seidl: Mutterkorn, Kulturmaschinen-Verlag, Berlin 2011, ISBN 978-3-940274-37-3, ca. 162 Seiten, 14,90 Euro

Willi Baer/Karl-Heinz Dellwo: Mumia Abu Jamal. Der Kampf gegen die Todesstrafe und für die Freiheit der politischen Gefangenen. Laika Verlag (Bibliothek des Widerstands Band 14), Hamburg 2011, ISBN 978-3-942281-84-3, 272 Seiten, 24,90 Euro

Wahrheit und Genuss

Über die ausgewählten Briefe von Guy Debord

Die Veröffentlichungen von Briefen gehört – wie das Medium selbst – zu einer aussterbenden Sparte der Buchbranche, zumindest werden sie immer seltener. Und das finde ich schade.

Der Berliner Verlag Edition Tiamat legt jetzt einen Band mit Briefen des französischen Enfant terrible Guy Debord (1931-94) vor, die aus der siebenbändigen Originalausgabe zusammengestellt wurden.

Debord, der als Autor, Filmemacher und Politaktivist u.a. die Situationistische Internationale (SI) mitbegründete, jene Bewegung von KünstlerInnen und RevolutionärInnen, die in den 1950er Jahren entstand, maßgeblich den Pariser Mai 1968 beeinflusste und sich 1972 auflöste, kann wohl zu den radikalsten – oder auch eigenwilligsten – Denkern des 20. Jahrhunderts gezählt werden. Seine Theorien, die keine sein sollten, sein umfangreiches Werk, welches ihn auf keinen Fall in die Position eines Lehrers oder Führers versetzen sollte, seine Kunst (und die seiner Mitstreiter), die keiner Verwertbarkeit unterliegen sollte, und sein Handeln, das immer politisch sein sollte – bis zur Auflösung. Jede ne Auseinandersetzung, was ihm auch prompt die Observierung durch die Polizei einbrachte. Seine Tätigkeiten in der Lettristischen und Situationistischen Internationale waren oft „halb-klandestin".

Als großer Netzwerker – in einer Zeit ohne Computer – war er derjenige, der Verbindungen in die (meist französischsprechende) Welt knüpfte. Auch als sich die Situationistische Internationale als Bewegung auflöste, die bis heute recht spannende An- und Einsichten bietet, ließ er keineswegs locker, seine Ideen zu proklamieren.

Überraschend ist zu lesen, wie viele radikale Ansätze bereits vor den sogenannten 68ern hier angedacht wurden. Wieder einmal ein Beweis dafür, dass die 68er eigentlich eher das Ende einer Epoche darstellen, weniger den Beginn, denn dieses, was den genannten immer wieder zugeordnet wird, wurde bereits 10 Jahre zuvor diskutiert.

Und wen soll es verwundern, wenn Debord erklärt: „Ich zähle nicht zu den Bewunderern der Situationistischen Internationale." Bei ihm weiß man, dass dies kein Kokettieren ist, sondern die Negation eines längst vergangenen Spektakels.

Persönlich hat mich das Verhält- Verlags Champ libre abgedruckt wurde, wo es heißt, dass Rezensionsexemplare nicht verschickt werden. Die (bürgerlichen) Medien wurden als Feinde angesehen, und deren Journaille sollte sich bei Interesse die Bücher eben kaufen. Soweit würde in Deutschland ein halbwegs erfolgreicher Verlag nie gehen.

Aber auch sonst gibt es zahlreiche unterschiedliche Aspekte in den Briefen zu entdecken.

Wir, als dieses elendige „Land der Dichter und Denker", können nur neidvoll – und das seit Jahrhunderten – auf unseren Nachbarn Frankreich schauen, wo Intellektuelle wie Debord einen realen Einfluss auf die Gesellschaft hatten und haben.

Vielleicht liegt es ja auch an derart markanten Selbsterkenntnissen wie der des gerade mal 29-jährigen Debord: „Weder Freiheit noch Intelligenz sind einem ein für allemal gegeben." (25.8.1960)

Für Menschen, die nicht vertraut mit der Geschichte der SI sind, werden die Briefe wohl nur zur Hälfte gewinnbringend sein, aber dafür wohl ein Ansporn, sich mit dieser libertären disziplinübergreifenden Strömung eingehender zu beschäftigen. Es ist durchaus ein Fanprojekt.

Aber durch die hervorragenden



Abb. aus: Leonhard F. Seidl, Mutterkorn

„Mutterkorn"

Ungeschöntes Dasein zwischen Politik und Abhängigkeit

Seit dem 1. August 2011 ist in der Prosa-Edition des Kulturmaschinen-Verlags der Roman „Mutterkorn" erhältlich.

Der Nürnberger Aktivist, Krankenpfleger, Sozialpädagoge, Journalist und Autor Leonhard F. Seidl beschäftigt sich in seinem Debüt mit Gewalt und Abhängigkeiten – sowie mit der Verarbeitung von Krisen. Politische Ereignisse wie die Chaostage in Hannover und der Versuch im August 1992 in Rostock die Übergriffe auf Migrant_innen zu verhindern, prägen Seidls gerade erst erwachsen gewordenen Protagonisten Albin. Der überzeugte Gandhi-Anhänger erlebt angesichts der brutalen Übergriffe in Rostock-Lichtenhagen und dem polizeilichen Umgang mit der linken Gegendemonstration erste Zweifel am Konzept der Gewaltlosigkeit.

Jahre später befindet sich der Altenpfleger Albin in einer Therapieeinrichtung. In fragmentarischen Rückblenden wird seine Vergan-

korn, Kulturmaschinen-Verlag, Berlin 2011, ISBN 978-3-940274-37-3, ca. 162 Seiten, 14,90 Euro

Willi Baer/Karl-Heinz Dellwo: Mumia Abu Jamal. Der Kampf gegen die Todesstrafe und für die Freiheit der politischen Gefangenen. Laika Verlag (Bibliothek des Widerstands Band 14), Hamburg 2011, ISBN 978-3-942281-84-3, 272 Seiten, 24,90 Euro

seite **8**

legt jetzt einen Band mit Briefen des französischen Enfant terrible Guy Debord (1931-94) vor, die aus der siebenbändigen Originalausgabe zusammengestellt wurden.

Debord, der als Autor, Filmemacher und Politaktivist u.a. die Situationistische Internationale (SI) mitbegründete, jene Bewegung von KünstlerInnen und RevolutionärInnen, die in den 1950er Jahren entstand, maßgeblich den Pariser Mai 1968 beeinflusste und sich 1972 auflöste, kann wohl zu den radikalsten – oder auch eigenwilligsten – Denkern des 20. Jahrhunderts gezählt werden. Seine Theorien, die keine sein sollten, sein umfangreiches Werk, welches ihn auf keinen Fall in die Position eines Lehrers oder Führers versetzen sollte, seine Kunst (und die seiner Mitstreiter), die keiner Verwertbarkeit unterliegen sollte, und sein Handeln, das immer politisch sein sollte – bis zur Auflösung. Jede Anstrengung politischer Parteien empfand er als sinnlos, gar reaktionär: „Die ‚Denker' der Linken sagen, man müsse alles radikal überdenken: so banal war ihr Denken noch nie." (8.8.1958). Alles ist eben Spektakel.

Die Briefe offenbaren allerdings kaum Geheimnisse. Debord war wohl ein Mensch, der etwa seine politischen und kulturellen Gegner nicht nur in Briefen beleidigte, sondern dies auch gerne öffentlich tat. Er scheute keiner derjenige, der Verbindungen in die (meist französischsprechende) Welt knüpfte. Auch als sich die Situationistische Internationale als Bewegung auflöste, die bis heute recht spannende An- und Einsichten bietet, ließ er keineswegs locker, seine Ideen zu proklamieren.

Überraschend ist zu lesen, wie viele radikale Ansätze bereits vor den sogenannten 68ern hier angedacht wurden. Wieder einmal ein Beweis dafür, dass die 68er eigentlich eher das Ende einer Epoche darstellen, weniger den Beginn, denn dieses, was den genannten immer wieder zugeordnet wird, wurde bereits 10 Jahre zuvor diskutiert.

Und wen soll es verwundern, wenn Debord erklärt: „Ich zähle nicht zu den Bewunderern der Situationistischen Internationale." Bei ihm weiß man, dass dies kein Kokettieren ist, sondern die Negation eines längst vergangenen Spektakels.

Persönlich hat mich das Verhältnis von Debord zum legendären Verlag Champ libre (deren Pendants in Deutschland etwa die Edition Nautilus und die Edition Tiamat darstellen) interessiert. Natürlich hat Debord (auch) hier einige Fäden im Hintergrund gezogen, und es ist bemerkenswert, wenn er etwa in seinem Brief vom 16. April 1972 an den Millionär und zukünftigen Verleger Gérard Lebovici „ein paar Notizen zu den Büchern, über die wir neulich gesprochen haben" liefert: eine ganze Reihe deutscher, englischer und spanischer Titel aus den Bereichen Politik, Philosophie und Literatur. Bemerkenswert ist seine „Erklärung" vom März 1979 im Namen des Verlages und der Autoren, die 11 Jahre lang in den Katalogen des

folgreicher Verlag nie gehen. Aber auch sonst gibt es zahlreiche unterschiedliche Aspekte in den Briefen zu entdecken.

Wir, als dieses elendige „Land der Dichter und Denker", können nur neidvoll – und das seit Jahrhunderten – auf unseren Nachbarn Frankreich schauen, wo Intellektuelle wie Debord einen realen Einfluss auf die Gesellschaft hatten und haben.

Vielleicht liegt es ja auch an derart markanten Selbsterkenntnissen wie der des gerade mal 29-jährigen Debord: „Weder Freiheit noch Intelligenz sind einem ein für allemal gegeben." (25.8.1960)

Für Menschen, die nicht vertraut mit der Geschichte der SI sind, werden die Briefe wohl nur zur Hälfte gewinnbringend sein, aber dafür wohl ein Ansporn, sich mit dieser libertären disziplinübergreifenden Strömung eingehender zu beschäftigen. Es ist durchaus ein Fanprojekt.

Aber durch die hervorragenden Anmerkungen und Erklärungen der ÜbersetzerInnen dürfte hier einiges verständlicher wirken.

Dass die Herausgabe dieses Auswahl-Bandes mit Unterstützung des „Förderprogramms des französischen Außenministeriums" zustande kam, hätte Debord, dessen Radikalität in seiner Freiheit auch den Freitod mit einbezog, u.U. befremdet, um so mehr dürften vermutlich die ÜbersetzerInnen davon profitiert haben.

Ein brillantes Zeugnis kaum geschliffener Diamanten einer radikalen Geisteshaltung, wo Wahrheit und Genuss als Voraussetzung für die Befreiung aller Menschen Grundlagen finden können.

Knobi



Abb. aus: Leonhard F. Seidl, Mutterkorn

„Mutterkorn"

Ungeschöntes Dasein zwischen Politik und Abhängigkeit

Seit dem 1. August 2011 ist in der Prosa-Edition des Kulturmaschinen-Verlags der Roman „Mutterkorn" erhältlich.

Der Nürnberger Aktivist, Krankenpfleger, Sozialpädagoge, Journalist und Autor Leonhard F. Seidl beschäftigt sich in seinem Debüt mit Gewalt und Abhängigkeiten – sowie mit der Verarbeitung von Krisen. Politische Ereignisse wie die Chaostage in Hannover und der Versuch im August 1992 in Rostock die Übergriffe auf Migrant_innen zu verhindern, prägen Seidls gerade erst erwachsen gewordenen Protagonisten Albin. Der überzeugte Gandhi-Anhänger erlebt angesichts der brutalen Übergriffe in Rostock-Lichtenhagen und dem polizeilichen Umgang mit der linken Gegendemonstration erste Zweifel am Konzept der Gewaltlosigkeit.

Jahre später befindet sich der Altenpfleger Albin in einer Therapieeinrichtung. In fragmentarischen Rückblenden wird seine Vergangenheit geschildert. Häufig sind Politisches und Persönliches kaum zu trennen. So erleben Leser_innen hautnah mit, wie der jugendliche Punk mit roter Irokesenfrisur von Dorfnazis verprügelt wird. Auch Beziehungen und Drogenabhängigkeit spielen immer wieder eine zentrale Rolle. Der Selbstmord einer Exfreundin und die damit verbundenen Schuldgefühle beschäftigen Albin noch Jahre später. Ihm gelingt es zwar, von den Drogen loszukommen, doch ihn verfolgen weiterhin Stimmen, die ihn als „perversen Mörder" beschimpfen.

In dieser Ausgangssituation begegnet Albin in der Therapie erneut Rechtsradikalen, die ihm dort das Leben schwer machen. Neben dieser äußeren Auseinandersetzung tauchen Selbsterkenntnisse und moralische Fragen auf. Albin, der immer anders sein wollte, muss plötzlich erkennen, dass er versucht zu sein wie alle anderen. Er sieht sich als einen von vielen, der alles tut, um Erwartungen zu erfüllen. Hier bleibt der Roman nicht stehen, sondern sucht einen Ausweg in neuen Situationen und Begegnungen.

Griffige Dialoge und genaue Beobachtungen machen „Mutterkorn" zu einem authentischen und ungeschönten Buch, das sich leicht und flüssig liest. Neben menschlichen Abgründen bleibt Platz für Details. So schildert Seidl zum Beispiel ein „nutzlose[s] Buswartehäuschen", an dem die Bewohner_innen des Altenpflegeheims, in dem Albin arbeitet, in „glückseliger Vergeblichkeit" auf einen Bus warten, „der lediglich in ihrer Erinnerung" fährt.

Franziska

kaum Geheimnisse. Debord war wohl ein Mensch, der etwa seine politischen und kulturellen Gegner nicht nur in Briefen beleidigte, sondern dies auch gerne öffentlich tat. Er scheute kei- seinem Brief vom 16. April 1972 an den Millionär und zukünftigen Verleger Gérard Lebovici „ein paar Notizen zu den Büchern, über die wir neulich gesprochen haben" liefert: eine ganze Reihe deutscher, englischer und spanischer Titel aus den Bereichen Politik, Philosophie und Literatur. Bemerkenswert ist seine „Erklärung" vom März 1979 im Namen des Verlages und der Autoren, die 11 Jahre lang in den Katalogen des

seiner Freunde auch den Freund mit einbezog, u.U. befremdet, um so mehr dürften vermutlich die ÜbersetzerInnen davon profitiert haben.

Ein brillantes Zeugnis kaum geschliffener Diamanten einer radikalen Geisteshaltung, wo Wahrheit und Genuss als Voraussetzung für die Befreiung aller Menschen Grundlagen finden können.

Knobi

Rechtsradikalen, die ihm dort das Leben schwer machen. Neben dieser äußeren Auseinandersetzung tauchen Selbsterkenntnisse und moralische Fragen auf. Albin, der immer anders sein wollte, muss plötzlich erkennen, dass er versucht zu sein wie alle anderen. Er sieht sich als einen von vielen, der alles tut, um Erwartungen zu erfüllen. Hier bleibt der Roman nicht stehen, sondern sucht einen Ausweg in neuen Situationen und Begegnungen.

Griffige Dialoge und genaue Beobachtungen machen „Mutterkorn" zu einem authentischen und ungeschönten Buch, das sich leicht und flüssig liest. Neben menschlichen Abgründen bleibt Platz für Details. So schildert Seidl zum Beispiel ein „nutzlose[s] Buswartehäuschen", an dem die Bewohner_innen des Altenpflegeheims, in dem Albin arbeitet, in „glückseliger Vergeblichkeit" auf einen Bus warten, „der lediglich in ihrer Erinnerung" fährt.

Franziska

Hommage an Mumia Abu Jamal

Der berühmte politische Gefangene und sein Freiheitskampf

Mumia Abu Jamal ist einer der bekanntesten politischen Gefangenen der Welt und sitzt seit 1981 in der Todeszelle.

Dieser „schwarze Revolutionär im weißen Amerika", wie ihn Michael Schiffmann nannte (der gemeinsam mit Annette Schiffmann maßgeblich zur Entstehung dieses Buches beigetragen hat) ist zu einem Symbol geworden. Dazu hat nicht zuletzt seine schriftstellerische Tätigkeit beigetragen, die er in Haft fortsetzte.

Nun legt der Laika-Verlag ein neues Buch zu Mumia Abu Jamal vor. Vorweg sei gesagt, dass es ein qualitativ hochwertiges Mumia-Package ist: Hardcover, Fadenheftung, Hochglanzseiten, professionelles Layout mit umfangreichen Bildteilen und eine integrierte DVD mit drei Dokumentarfilmen. Nicht schlecht!

Neben Beiträgen von bekannten Persönlichkeiten wie Leonard Peltier (inhaftierter Aktivist des *American Indian Movement*, sozusagen das Native-American-Pendant zu Mumia Abu Jamal) oder Amy Goodman (Moderatorin von *Democracy Now!*), sind in diesem Band auch Texte und Interviews von Mumia selbst versammelt. Der Rahmen wurde etwas großzügiger gezogen, und so finden sich nicht nur Beiträge, die sich im engeren Sinne mit Mumia Abu Jamal beschäftigen, sondern z.B. auch welche zur Black Panther Party (der Mumia als Jugendlicher angehörte), zu MOVE (eine umstrittene links-primitivistische Gruppe von African Americans, mit der Mumia sympathisiert)[1] oder zu anderen politischen Gefangenen aus der Black-Power-Bewegung.

Die zusätzlich mitgelieferte DVD enthält die Filme *Hinter diesen Mauern*, *Justice on Trial* und *In Prison My Whole Life*. Über letztgenannten Film lässt sich streiten, denn die hemmungslose Selbstinszenierung von William Francome, der die Idee zu diesem Film hatte, hat das Potential, einem furchtbar auf die Nerven zu gehen (bezeichnenderweise bezieht sich der Titel des Filmes auch nicht auf das Leben von Mumia, sondern auf jenes von Francome).

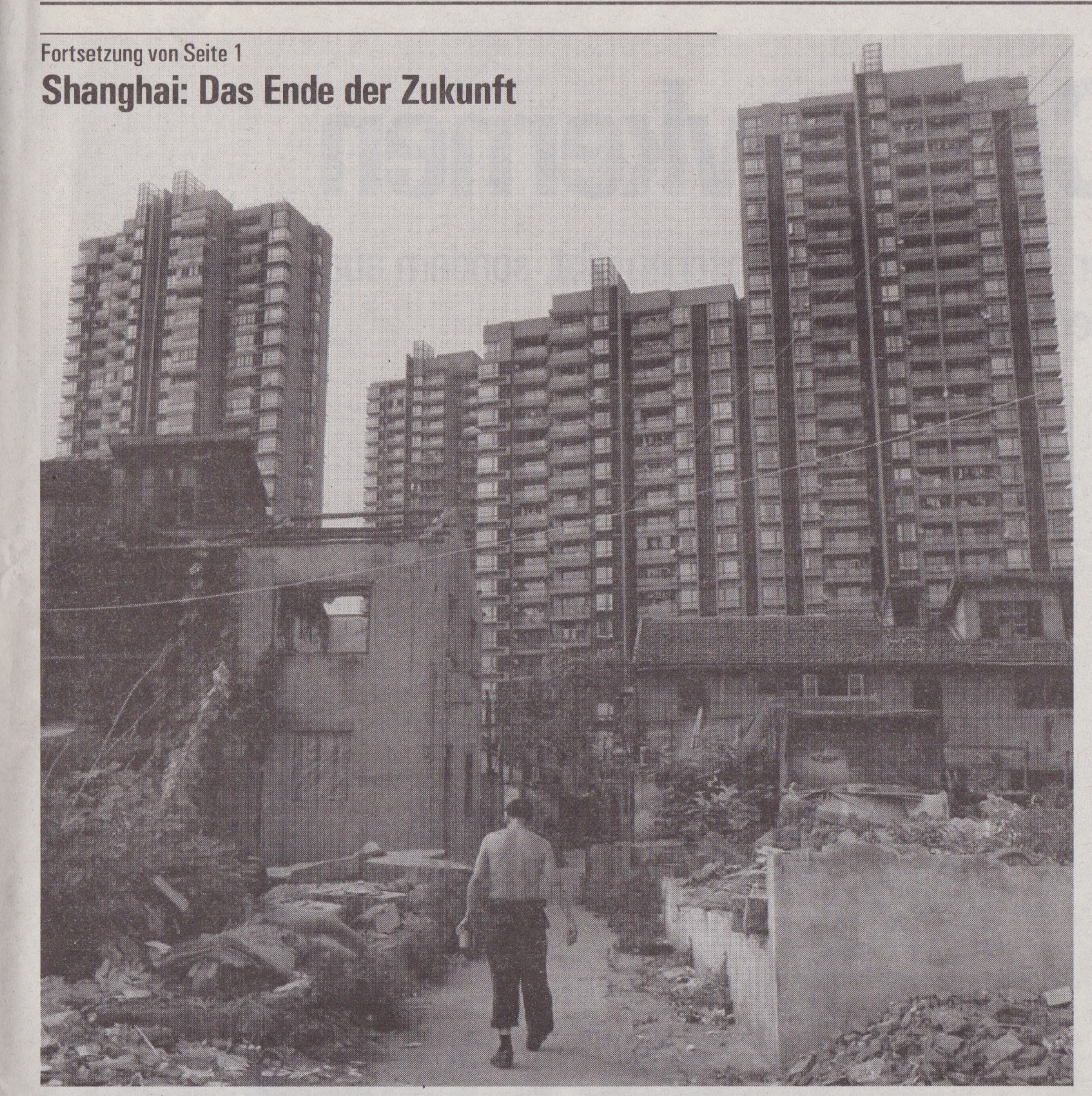
Inhaltlich fokussiert sich das Buch weniger auf die politischen Ansichten Mumia Abu Jamals oder die Details des nachweislich unfairen und rassistischen Verfahrens (in den Artikeln von Michael Schiffmann und Linn Washington werden derartige Details jedoch zusammengefasst), sondern kann eher als eine Hommage der Solidaritätsbewegung an Mumia Abu Jamal beschrieben werden. Diese hat aber dennoch den notwendigen Grad an Sachinformation zu bieten. Wer derartiges sucht, ist mit diesem Buch bestens bedient, wer sich eingehender über Mumias politische Ansichten informieren will, sollte auf ein anderes Buch zum Thema zurückgreifen.

Sebastian Kalicha

Anmerkung:
1 Martin Baxmeyer hat in der GWR 247 die homophobe und Anti-Abtreibungs-Politik der „esoterischen Glaubensgemeinschaft" MOVE kritisch analysiert: MOVE far out?, http://www.graswurzel.net/246/move.shtml

Fortsetzung von Seite 1

Shanghai: Das Ende der Zukunft



Hinter den Fassaden von Shanghai. Foto: Wolfgang Sterneck

Manager und Kommunisten schütteln sich die Hände

Die offiziellen Begrifflichkeiten wie „Sozialistische Marktwirtschaft“ wirken für die WanderarbeiterInnen wie ein Hohn. Deng Xiaoping als Nachfolger des Staatsgründers Mao Ze- Bauland angeboten wird.

Als herausragendes und in ökonomischer Hinsicht besonders erfolgreiches Beispiel gilt der Stadtteil Pudong in Shanghai. Noch 1990 befanden sich dort im Wesentlichen Felder und brachliegende Flächen. In Folge der Ernennung zu einer aber erdrückend und als Ausdruck menschlichen Größenwahns beschämend.

In Bezug auf die Zahl der Wolkenkratzer und entsprechender Superlative ist Shanghai bzw. Pudong weltweit inzwischen nahezu einzigartig. Pudong dient dabei keineswegs nur als die Stadt besser kontrollieren zu können, sind auch in ansonsten weitgehend verwahrlosten Bereichen Straßenschilder aufgestellt und Häuser wie Baracken mit Nummern versehen.

Die meisten BewohnerInnen dieser Stadtviertel leben am Existenzminimum. Viele bestreiten ihren Lebensunterhalt über das Sammeln von Müll bzw. Sortieren und Weiterverkaufen von Papier, Glas und Plastik oder bieten sich an bestimmten Treffpunkten Tag für Tag als billige Arbeitskräfte an. Gleichzeitig zeigt sich wie so oft gerade in den Slums eine Kultur der Solidarität und Offenheit, die sich deutlich von der sonst vorherrschenden Ausrichtung an Konsum und Egozentrik abhebt.

Der Smog des Profits

Die politischen Entscheidungen in Shanghai sind durchgängig vor allem am Ziel des Wirtschaftswachstums ausgerichtet. Langfristig soll darüber der materielle Wohlstand der Bevölkerung gehoben werden. Ökologische Aspekte wurden dabei lange völlig ignoriert.

In den 90er Jahren nahm Shanghai in internationalen Auflistungen der Städte mit der höchsten Umweltbelastung einen vorderen Platz ein.

Erst in den letzten Jahren kam es zu einem ersten Bewusstseinswandel und in einigen Bereichen zu leichten Verbesserungen, doch noch immer ist Shanghai weit von einem auch nur ansatzweise akzeptablen „Große Vorsitzende“ der Partei war, die patriarchalen Strukturen blieben im Kern die gleichen. Das Konstrukt Familie wurde automatisch auf den Staat übertragen, wodurch der entsprechende Machthaber die Rolle des bestimmenden Vaters einnahm. Das Gesellschaftssystem entsprach wiederum den familiären Rahmenbedingungen, denen man sich unterzuordnen hat.

Schon in der Erziehung und in der Schule geht es bis in die Gegenwart des modernen China nicht um die Entwicklung eigenständigen Denkens, sondern um Anpassung und Nachahmung bzw. das Auswendiglernen des Vorgegebenen.

Ein selbstbestimmter Lebensweg oder die Entwicklung einer oppositionellen Grundhaltung entsprechen dagegen einem Bruch mit den konfuzianischen Grundregeln. Ebenso sollen Differenzen, Probleme oder kritische Betrachtungsweisen nicht nach außen dringen, um das Bild einer harmonisch funktionierenden Familie bzw. Gesellschaft aufrecht zu erhalten.

Konsum statt Kommunismus

Mao Zedong bestimmte entscheidend über Jahrzehnte hinweg als Revolutionsführer bzw. als Partei- und Staatschef die Entwicklungen Chinas. Auch wenn es nach seinem Tod im Jahr 1976 in einigen Punkten zu einer Abkehr vom Maoismus kam, so wird er weiterhin auf offizieller Ebene als herausragende Leitfigur verehrt.

Grundlegend gewandelt hat mehr auf Mao. Im alltäglichen Überlebenskampf erscheint es hier egal, wer gerade an den Hebeln der Macht sitzt.

Und so findet sich das Rote Buch von Mao in einer Neuauflage popkulturell vermarktet nur noch in den Souvenir-Shops. In den inzwischen antiquarischen Originalversionen werden die Schriften von Mao daneben vereinzelt von StraßenhändlerInnen zwischen Imitaten westlicher Uhren und schrillen Spielzeugfiguren angeboten.

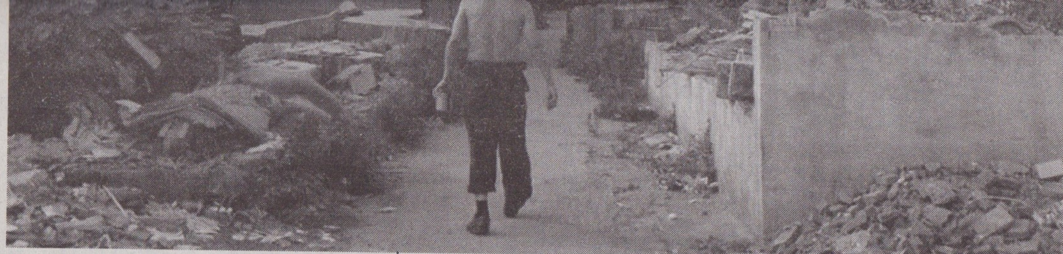
Wenn dann Polizeikräfte auftauchen, um den illegalisierten Straßenverkauf zu unterbinden, verschwinden die Bücher des Staatsgründers mit all den anderen Produkten in großen Taschen, die dann einige Straßen weiter wieder ausgelegt werden.

Die Glücksversprechen des Konsums

Shanghai hat längst die Vermarktungsmechanismen der globalisierten Welt übernommen. Die zahlreichen Einkaufsstraßen unterscheiden sich kaum von westlichen Shopping-Malls. Wie in anderen Metropolen sind ganze Straßenzüge von beleuchteten Fassaden und riesigen Bildschirmen mit Werbebotschaften bestimmt.

Die Produkte stammen, sofern sie nicht kopiert sind, zumeist von den gleichen multinationalen Konzernen, die derzeit auch in Amerika und Europa den Markt bestimmen.

In der Welt des Konsums reduziert sich vieles auf den äußeren Schein. So besteht die ehe-



Hinter den Fassaden von Shanghai.

Foto: Wolfgang Sterneck

Manager und Kommunisten schütteln sich die Hände

Die offiziellen Begrifflichkeiten wie „Sozialistische Marktwirtschaft“ wirken für die WanderarbeiterInnen wie ein Hohn.
Deng Xiaoping als Nachfolger des Staatsgründers Mao Zedong hielt am diktatorischen Einparteien-System fest, leitete jedoch weit reichende ökonomische Reformen ein.
Diese zielten auf eine Privatisierung großer Teile der Wirtschaft, die inzwischen vorrangig an den kommerziellen Vorgaben des Marktes ausgerichtet ist. Während der ökonomische Bereich stark liberalisiert wurde, wird weiterhin repressiv gegen kritische und oppositionelle Positionen vorgegangen. So werden Presse und Internet scharf kontrolliert bzw. zensiert, während viele Oppositionelle von der Öffentlichkeit unbemerkt zu langjährigen Haftstrafen verurteilt werden und in Straflagern verschwinden.
Wenn sich heute Funktionäre der Kommunistischen Partei und Manager multinationaler Konzerne in Luxus-Suiten lächelnd die Hände schütteln und neue Verträge abschließen, dann geht es vor allem um Macht und Profit.
George Orwell beschrieb in diesem Sinne in der Mitte des letzten Jahrhunderts in „Animal Farm“ die Entwicklung der Russischen Revolution als Parabel. Die rechtlosen Tiere erhoben

Bauland angeboten wird.
Als herausragendes und in ökonomischer Hinsicht besonders erfolgreiches Beispiel gilt der Stadtteil Pudong in Shanghai. Noch 1990 befanden sich dort im Wesentlichen Felder und brachliegende Flächen. In Folge der Ernennung zu einer Sonderwirtschaftszone und der besonderen Bedeutung, welche die chinesische Regierung in der Entwicklung Pudongs sah, erlangte der Stadtteil innerhalb von nur zwei Jahrzehnten eine herausragende Bedeutung.
Inzwischen ist Pudong ein internationaler Knotenpunkt im Bereich der Informations-, Elektro- und Biotechnologie, sowie im Finanzsektor. Das wirtschaftliche Wachstum lag offiziellen Angaben zufolge trotz weltweiter Krisen in den letzten Jahren durchgängig im zweistelligen Bereich.
Wie kein anderes Land gilt China als Markt mit gigantischen Expansionsmöglichkeiten und Gewinnspannen, wobei Shanghai eine herausragende Rolle einnimmt. Ein Konzern, der in der Stadt nicht präsent ist und investiert, hat in China den Anschluss verpasst. Bezeichnender Weise präsentieren z.B. Mercedes-Benz und Porsche neue Modelle nicht mehr vorrangig auf den lange weltweit führenden Auto-Messen in Detroit, Frankfurt oder Tokio, sondern gezielt am chinesischen Absatzmarkt, ausgerichtet vor ausgewählten Gästen im World

aber erdrückend und als Ausdruck menschlichen Größenwahns beschämend.
In Bezug auf die Zahl der Wolkenkratzer und entsprechender Superlative ist Shanghai bzw. Pudong weltweit inzwischen nahezu einzigartig. Pudong dient dabei keineswegs nur als Spielwiese internationaler Stararchitekten, sondern zielt strategisch auf die visuelle Manifestation der Volksrepublik Chinas als wirtschaftliche und technologische Supermacht.
Architektur ist auf dieser Ebene weder beliebig noch neutral, sondern immer ein Ausdruck bzw. oftmals auch eine Verstärkung von Machtverhältnissen.

Die Slums hinter den Hochhausghettos

Die Skyline Pudongs prägt die Wahrnehmung Shanghais. Das eigentliche Shanghai ist jedoch nicht von modernen Wolkenkratzern bestimmt, sondern von Hochhaus-Ghettos. Ein Gefühl der Enge durchzieht die Stadt. Gebäude mit vierzig oder fünfzig Stockwerken sind dabei keine Ausnahme, sondern die Regel. Bis zum Horizont erstreckt sich die Stadt mit ihren zahllosen Hochhaus-Siedlungen.
Europäische Metropolen wie London, Paris oder Berlin wirken im Vergleich überschaubar. Trotz der Ein-Kind-Politik und der restriktiven Handhabung hinsichtlich der Wohnerlaubnis wächst die Zahl der Personen,

Die politischen Entscheidungen in Shanghai sind durchgängig vor allem am Ziel des Wirtschaftswachstums ausgerichtet. Langfristig soll darüber der materielle Wohlstand der Bevölkerung gehoben werden. Ökologische Aspekte wurden dabei lange völlig ignoriert.
In den 90er Jahren nahm Shanghai in internationalen Auflistungen der Städte mit der höchsten Umweltbelastung einen vorderen Platz ein.
Erst in den letzten Jahren kam es zu einem ersten Bewusstseinswandel und in einigen Bereichen zu leichten Verbesserungen, doch noch immer ist Shanghai weit von einem auch nur ansatzweise akzeptablen Status entfernt. So ist die Stadt an vielen Tagen insbesondere durch die starken Emissionen im Zusammenhang mit der Industrieproduktion von Smog überzogen. Gleichzeitig ist es nicht gelungen, der starken Verschmutzung des zentralen Huangpu-Flusses und seiner Nebenströme entscheidend entgegen zu wirken.
Um Shanghai auch im ökologischen Bereich ein neues Image zu geben und sich gleichzeitig in diesem Kontext ökonomisch eine weltweit führende Position zu sichern, sollte im Stadtteil Dongtan eine Ökostadt entstehen. Nachdem es jedoch nicht gelang, das Projekt planungsgemäß bis zur prestigeträchtigen Weltausstellung „Shanghai World Expo“ 2010 zu realisieren, wurde es eingestellt. Das Motto der Expo „Better City, Better Life“ erwies sich dadurch auch auf dieser Ebene als ein Marketingslogan, der in Anbetracht der sozialen und ökologischen Realitäten bestenfalls zynisch wirkt.

Verinnerlichte Unterdrückung

Die rund zweieinhalbtausend

Grundregeln. Ebenso sollen Differenzen, Probleme oder kritische Betrachtungsweisen nicht nach außen dringen, um das Bild einer harmonisch funktionierenden Familie bzw. Gesellschaft aufrecht zu erhalten.

Konsum statt Kommunismus

Mao Zedong bestimmte entscheidend über Jahrzehnte hinweg als Revolutionsführer bzw. als Partei- und Staatschef die Entwicklungen Chinas. Auch wenn es nach seinem Tod im Jahr 1976 in einigen Punkten zu einer Abkehr vom Maoismus kam, so wird er weiterhin auf offizieller Ebene als herausragende Leitfigur verehrt.
Grundlegend gewandelt hat sich jedoch die Präsenz Maos in der Öffentlichkeit. Im Zuge eines extremen Personenkultes in der Tradition der Götter- und Kaiserverehrungen war sein Porträt als gigantisches Fassadenbild in den Straßen genauso wie in Wohnungen, sowie als Abzeichen allgegenwärtig. Maos Schriften bzw. zeitweise insbesondere das „Rote Buch“ mit Zitaten von ihm hatten den Status einer Staatsdoktrin.
Inzwischen gelten die Lehren Maos als Relikt der Vergangenheit. Meist wird nur noch auf ihn zurückgegriffen, um die vorherrschende Stellung der Partei zu rechtfertigen. Bezeichnender Weise ist das Portrait-Bild Maos im alltäglichen Leben inhaltlich entleert nur noch auf Geldscheinen zu finden.
Aus dem Stadtbild Shanghais sind dagegen Mao-Bilder genauso wie politische Spruchbänder der Kommunistischen Partei verschwunden.
Ersetzt wurden sie durch gigantische, bunt beleuchtete Werbefassaden, die nicht mehr das Glück im maoistischen Kommunismus preisen, sondern die Heilsversprechen in der Scheinwelt des Konsums über

Konsums

Shanghai hat längst die Vermarktungsmechanismen der globalisierten Welt übernommen. Die zahlreichen Einkaufsstraßen unterscheiden sich kaum von westlichen Shopping-Malls. Wie in anderen Metropolen sind ganze Straßenzüge von beleuchteten Fassaden und riesigen Bildschirmen mit Werbebotschaften bestimmt.
Die Produkte stammen, sofern sie nicht kopiert sind, zumeist von den gleichen multinationalen Konzernen, die derzeit auch in Amerika und Europa den Markt bestimmen.
In der Welt des Konsums reduziert sich vieles auf den äußeren Schein. So besteht die ehemalige Altstadt Shanghais inzwischen im Wesentlichen aus neuen, äußerlich in der traditionellen Bauweise errichteten Häusern. Einem riesigen Einkaufszentrum gleichend, beherbergen sie modern gestylte Geschäfte für die TouristInnen, die sich durch die Gassen drängen. Die Bezeichnung Altstadt ist wie der Baustil zu einer reinen Produktverpackung geworden.
Eine innere Leere drücken auch die großen, bunten Werbeflächen aus, die auf grauen Betonflächen oder direkt an den nicht weniger eintönigen Hochhäusern angebracht sind. Die Glücksversprechen des Konsums wirken dabei entlarvend und betäubend zugleich.

Das Ende der Zukunft

Es ist ein Merkmal der globalisierten Welt, dass die allgegenwärtige Sehnsucht nach Glück nicht in einer freien, gemeinschaftlichen Entfaltung mündet, sondern in Konsumprodukten eine scheinbare Befriedigung findet. Um ein autoritäres System langfristig auf-

wurde, wird weiterhin repressiv gegen kritische und oppositionelle Positionen vorgegangen. So werden Presse und Internet scharf kontrolliert bzw. zensiert, während viele Oppositionelle von der Öffentlichkeit unbemerkt zu langjährigen Haftstrafen verurteilt werden und in Straflagern verschwinden.
Wenn sich heute Funktionäre der Kommunistischen Partei und Manager multinationaler Konzerne in Luxus-Suiten lächelnd die Hände schütteln und neue Verträge abschließen, dann geht es vor allem um Macht und Profit.
George Orwell beschrieb in diesem Sinne in der Mitte des letzten Jahrhunderts in „Animal Farm" die Entwicklung der Russischen Revolution als Parabel. Die rechtlosen Tiere erhoben sich gegen die Ausbeutung durch die Menschen. Doch nach dem siegreichen Aufstand etablierte sich mit den Schweinen schnell eine neue Machtelite, welche unter leicht veränderten Vorzeichen die Ausbeutung fortsetzte und bald mit den einstigen Machthabern wieder zusammenarbeitete. Am Ende war es nicht mehr möglich, zwischen den alten und neuen Herrschern zu unterscheiden.

In zwanzig Jahren vom Reisfeld zum Hightech-Zentrum

Um den chinesischen Markt auch für multinationale Konzerne interessant zu machen, wurden Sonderwirtschaftszonen eingerichtet, in denen unter anderem Steuervergünstigungen und vereinfachte verwaltungsrechtliche Bedingungen gewährt werden, sowie günstig im Finanzsektor. Das wirtschaftliche Wachstum lag offiziellen Angaben zufolge trotz weltweiter Krisen in den letzten Jahren durchgängig im zweistelligen Bereich.
Wie kein anderes Land gilt China als Markt mit gigantischen Expansionsmöglichkeiten und Gewinnspannen, wobei Shanghai eine herausragende Rolle einnimmt. Ein Konzern, der in der Stadt nicht präsent ist und investiert, hat in China den Anschluss verpasst. Bezeichnender Weise präsentieren z.B. Mercedes-Benz und Porsche neue Modelle nicht mehr vorrangig auf den lange weltweit führenden Auto-Messen in Detroit, Frankfurt oder Tokio, sondern gezielt am chinesischen Absatzmarkt, ausgerichtet vor ausgewählten Gästen im World Financial Center in Shanghai.

Die futuristische Skyline als Demonstration der Macht

In atemberaubender Schnelligkeit entstand in Pudong eine futuristische Skyline. Der Stadtteil scheint fast nur aus Wolkenkratzern zu bestehen, die sich in Höhe und Gestaltung gegenseitig übertreffen.
So sind u.a. der Jin Mao Tower, das World Financial Center und der Oriental Pearl Tower in ihrer imposanten Gestaltung jeweils weit über 400 Meter hoch. Der im Bau befindliche Shanghai Tower wird diese gigantischen Gebäude dann noch einmal deutlich überragen.
Die Wirkung der abends angestrahlten Skyline ist dabei je nach innerer Perspektive der BetrachterInnen beeindruckend und wegweisend oder

Die Slums hinter den Hochhausghettos

Die Skyline Pudongs prägt die Wahrnehmung Shanghais. Das eigentliche Shanghai ist jedoch nicht von modernen Wolkenkratzern bestimmt, sondern von Hochhaus-Ghettos. Ein Gefühl der Enge durchzieht die Stadt. Gebäude mit vierzig oder fünfzig Stockwerken sind dabei keine Ausnahme, sondern die Regel. Bis zum Horizont erstreckt sich die Stadt mit ihren zahllosen Hochhaus-Siedlungen.
Europäische Metropolen wie London, Paris oder Berlin wirken im Vergleich überschaubar. Trotz der Ein-Kind-Politik und der restriktiven Handhabung hinsichtlich der Wohnerlaubnis wächst die Zahl der Personen, die in Shanghai wohnen oder sich dort zumindest eine längere Zeit aufhalten, beständig an. Die Schätzungen liegen bei ca. 20 Millionen Menschen. Ein wesentlicher Teil davon wohnt in gleichförmigen, meist in grau gehaltenen Hochhäusern.
Trotz einer umfassenden Förderung des Wohnungsbaus liegt die durchschnittliche Wohnfläche einer Person bei nur rund neun Quadratmetern.
An den Stadträndern und auf den letzten verbliebenen Bebauungsflächen in den inneren Bereichen sind in den letzten Jahren zunehmend Slums entstanden. Zum Teil sind es Blechhütten, in anderen Fällen alte, baufällige Gebäude, die nach kurzzeitigem Leerstand wieder bewohnt werden, bevor sie neuen Hochhäusern weichen. Um die Bevölkerung in den Slums bzw. den Zuzug in

Um Shanghai auch im ökologischen Bereich ein neues Image zu geben und sich gleichzeitig in diesem Kontext ökonomisch eine weltweit führende Position zu sichern, sollte im Stadtteil Dongtan eine Ökostadt entstehen. Nachdem es jedoch nicht gelang, das Projekt planungsgemäß bis zur prestigeträchtigen Weltausstellung „Shanghai World Expo" 2010 zu realisieren, wurde es eingestellt. Das Motto der Expo „Better City, Better Life" erwies sich dadurch auch auf dieser Ebene als ein Marketingslogan, der in Anbetracht der sozialen und ökologischen Realitäten bestenfalls zynisch wirkt.

Verinnerlichte Unterdrückung

Die rund zweieinhalbtausend Jahre alten Lehren von Konfuzius haben bis in die Gegenwart die diversen Epochen der chinesischen Geschichte mit all ihren Unterschiedlichkeiten nicht nur nahezu unbeschadet überstanden, sie bildeten vielmehr durchgängig eine wesentliche soziokulturelle Basis.
Die Ausrichtung an der Familie und strenge Hierarchien, die Betonung von Unterordnung, Pflicht und Gehorsam, sowie das Überdecken von Konflikten in der Außendarstellung zugunsten eines harmonisierten Erscheinungsbildes prägen bis heute weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.
Unabhängig von ihrer konkreten sozialpolitischen Ausrichtung konnten in diesem Gefüge neue Machthaber die Position ihrer Vorgänger einnehmen. Ob es nun ein vermeintlicher Gottkönig oder der allmächtige

mit Zitaten von ihm hatten den Status einer Staatsdoktrin.
Inzwischen gelten die Lehren Maos als Relikt der Vergangenheit. Meist wird nur noch auf ihn zurückgegriffen, um die vorherrschende Stellung der Partei zu rechtfertigen. Bezeichnender Weise ist das Portrait-Bild Maos im alltäglichen Leben inhaltlich entleert nur noch auf Geldscheinen zu finden.
Aus dem Stadtbild Shanghais sind dagegen Mao-Bilder genauso wie politische Spruchbänder der Kommunistischen Partei verschwunden.
Ersetzt wurden sie durch gigantische, bunt beleuchtete Werbefassaden, die nicht mehr das Glück im maoistischen Kommunismus preisen, sondern die Heilsversprechen in die Scheinwelt des Konsums übertragen haben.

Mao schadet dem Standortfaktor

Die Lehren von Mao Zedong passen längst nicht mehr in die Welt des Neoliberalismus, der auch die Volksrepublik Chinas durchzogen hat. Um die Position auf dem Weltmarkt auszubauen, wird alles versucht, um den Standortfaktor Shanghais zu stärken. Der offene Bezug auf Mao wäre in diesem Sinne schlecht für das Image der Stadt.
Angehörigen der Mittelschicht ist es meist eher unangenehm oder gar peinlich, auf Mao angesprochen zu werden. Man definiert sich lieber über die neuen Konsumprodukte und verbannt den Staatsgründer in die Geschichtsbücher. Auch in den verarmten Vorstädten und Slums bezieht sich niemand

nen Produktverpackung geworden.
Eine innere Leere drücken auch die großen, bunten Werbeflächen aus, die auf grauen Betonflächen oder direkt an den nicht weniger eintönigen Hochhäusern angebracht sind. Die Glücksversprechen des Konsums wirken dabei entlarvend und betäubend zugleich.

Das Ende der Zukunft

Es ist ein Merkmal der globalisierten Welt, dass die allgegenwärtige Sehnsucht nach Glück nicht in einer freien, gemeinschaftlichen Entfaltung mündet, sondern in Konsumprodukten eine scheinbare Befriedigung findet. Um ein autoritäres System langfristig aufrecht zu erhalten, bedarf es nicht nur einer militärischen Stärke. Entscheidend ist vielmehr, ob es gelingt, die entsprechenden Strukturen auch im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Die Ausrichtung an der konfuzianischen Lebensphilosophie in Verbindung mit konsumorientierten Werten erweist sich dabei als besonders effektiv.
Shanghai verkörpert wie kaum eine andere Mega-City die globalisierte Moderne. Hohe Wachstumsraten und technologischer Fortschritt lassen Shanghai als Stadt der Zukunft erscheinen. Wer jedoch hinter die Fassaden blickt, dem offenbart sich schnell, dass Wachstum im Kern auch Rückschritt bedeuten kann.

Wolfgang Sterneck, Juli 2011

Kontakt: www.sterneck.net

Die Sache mit den Cashewkernen

„Für uns ist es wichtig, dass man sieht, dass es Liebe nicht nur zwischen zwei Menschen gibt, sondern auch zwischen mehreren". Ein Gespräch mit Thomas Behm und Jens Schneiderheinze

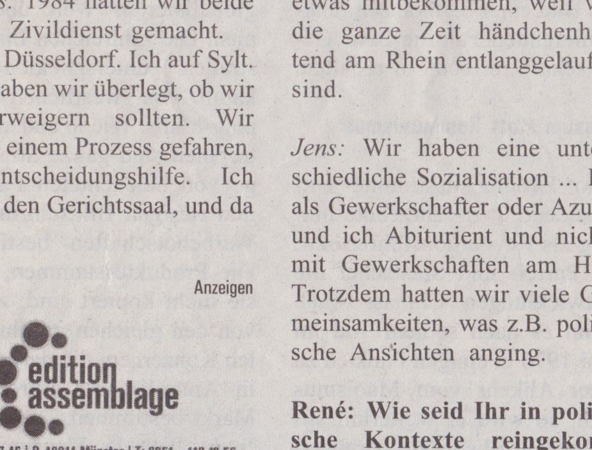
Sie lernen sich im Gerichtssaal wegen eines Totalverweigerungsprozesses kennen, später verabreden sie sich für das Graswurzelfestival 1984 in Köln. Seit über fünfzehn Jahren betreiben sie gemeinsam ein renommiertes Filmtheater. Sie leben miteinander, sind gemeinsam aktiv. Thomas Behm und Jens Schneiderheinze sind ein eingespieltes Team. Im Interview sprechen die Geschäftsführer des ausgezeichneten Programm- und Arthousekinos Cinema/Kurbelkiste Münster über ihre Erfahrungen in der Antikriegsbewegung, ihre politische Sozialisation, Anarchismus, ihre Arbeit, Erfahrungen und Veränderungen in der queeren Szene, sechsundzwanzig Jahre offene Beziehung, Vertrautheiten und über den Umgang mit Problemen.

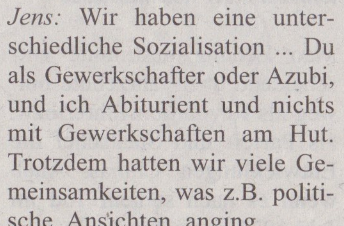
René: Ihr habt Euch 1984 kennengelernt, ward bereits lange politisch aktiv, 1997 habt Ihr das „Cinema" übernommen. Erzählt doch etwas dazu.

Thomas: 1984 hatten wir beide jeweils Zivildienst gemacht. Jens in Düsseldorf. Ich auf Sylt. Dann haben wir überlegt, ob wir totalverweigern sollten. Wir sind zu einem Prozess gefahren, als Entscheidungshilfe. Ich kam in den Gerichtssaal, und da war nur noch ein Platz frei, neben Jens. So haben wir uns kennengelernt. Vier Tage später waren wir in Köln beim Graswurzelrevolution-Treffen, haben aber davon nur am Rande etwas mitbekommen, weil wir die ganze Zeit händchenhaltend am Rhein entlanggelaufen sind.

Jens: Wir haben eine unterschiedliche Sozialisation ... Du als Gewerkschafter oder Azubi, und ich Abiturient und nichts mit Gewerkschaften am Hut. Trotzdem hatten wir viele Gemeinsamkeiten, was z.B. politische Ansichten anging.

René: Wie seid Ihr in politische Kontexte reingekommen?





Karte zum 20. Kennenlerntag von Thomas Behm und Jens Schneiderheinze. Foto: privat

„Für uns ist es wichtig, dass man sieht, dass es Liebe nicht nur zwischen zwei Menschen gibt, sondern auch zwischen mehreren". Ein Gespräch mit Thomas Behm und Jens Schneiderheinze

Sie lernen sich im Gerichtssaal wegen eines Totalverweigerungsprozesses kennen, später verabreden sie sich für das Graswurzelfestival 1984 in Köln. Seit über fünfzehn Jahren betreiben sie gemeinsam ein renommiertes Filmtheater. Sie leben miteinander, sind gemeinsam aktiv. Thomas Behm und Jens Schneiderheinze sind ein eingespieltes Team. Im Interview sprechen die Geschäftsführer des ausgezeichneten Programm- und Arthousekinos Cinema/Kurbelkiste Münster über ihre Erfahrungen in der Antikriegsbewegung, ihre politische Sozialisation, Anarchismus, ihre Arbeit, Erfahrungen und Veränderungen in der queeren Szene, sechsundzwanzig Jahre offene Beziehung, Vertrautheiten und über den Umgang mit Problemen.

René: Ihr habt Euch 1984 kennengelernt, ward bereits lange politisch aktiv, 1997 habt Ihr das „Cinema" übernommen. Erzählt doch etwas dazu.

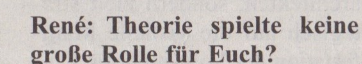
Thomas: 1984 hatten wir beide jeweils Zivildienst gemacht. Jens in Düsseldorf. Ich auf Sylt. Dann haben wir überlegt, ob wir totalverweigern sollten. Wir sind zu einem Prozess gefahren, als Entscheidungshilfe. Ich kam in den Gerichtssaal, und da war nur noch ein Platz frei, neben Jens. So haben wir uns kennengelernt. Vier Tage später waren wir in Köln beim Graswurzelrevolution-Treffen, haben aber davon nur am Rande etwas mitbekommen, weil wir die ganze Zeit händchenhaltend am Rhein entlanggelaufen sind.

Jens: Wir haben eine unterschiedliche Sozialisation ... Du als Gewerkschafter oder Azubi, und ich Abiturient und nichts mit Gewerkschaften am Hut. Trotzdem hatten wir viele Gemeinsamkeiten, was z.B. politische Ansichten anging.

René: Wie seid Ihr in politische Kontexte reingekommen?

Jens: Ich war früh politisch engagiert, was vermutlich viel mit der Zeit zu tun hatte. Als 62er haben wir die 68er nicht bewusst mitgekriegt. Meine älteren Geschwister waren auch politisch aktiv, in der Schülerverwaltung. Ich glaube, so haben sich die auslaufenden End-60er rübergerettet. Unsere Generation ist in einem politischen Kontext großgeworden. Bei mir

Thomas und Jens
1984 · 1994 · 2004



Karte zum 20. Kennenlerntag von Thomas Behm und Jens Schneiderheinze. Foto: privat

schaftsjugend eingetreten bin. Wo ich eigentlich eher so DKP-nah war und wir die UZ abonniert hatten in der WG. (Peinliches Räuspern und Lachen) Das war 1980. Das waren Solidarnosc-Zeiten und davor Friedensbewegung. Da hatte ich die damals noch verurteilt, die wären antikommunistisch. (Gelächter)

wie im Norden.

René: Theorie spielte keine große Rolle für Euch?

Jens: Ich habe mal von Emma Goldman ein Buch gelesen. Oder so zwei, drei kleine anarchistische Bücher.

René: Keine marxistischen Lesezirkel?

Gesellschaft etwas machen. Fürs Gemeinwohl. Aber das muss man selber entscheiden können. Aber Zivildienst ist ziviler Kriegsdienst.

René: Ihr ward deswegen auch im Knast?

Jens: Im Knast, in Polizeigewahrsam waren wir wegen Wackersdorf.

ment erscheint mir oft schon schwach. Das würde ich mir anders wünschen.

Thomas: Als wir nach Münster gekommen sind, waren wir in einer gewaltfreien Aktionsgruppe, da ging es um Atomtransporte und um Wehrpflichtige, die wir am Bahnhof informiert hatten, dass sie besser nicht Wehrpflicht leisten sollten.

Kontext großgeworden. Bei mir war das eher ein bürgerlicher: Fahrradinitiative, Umweltpolitik, Friedensbewegung, Anti-AKW, hinterher Schwulenarbeit. Aber das war nichts Gewerkschaftliches.

René: Du bist da so reingewachsen?

Jens: Es hatte viel mit Antikriegspolitik zu tun. Für keinen von uns war es denkbar, zur Bundeswehr zu gehen. Das hatte sicher damit zu tun, dass meine Eltern als Kinder den Krieg miterlebt haben. Mein Vater war Weißer Jahrgang, musste also nicht zur Armee. Dann kam die Wiederbewaffnung. Aber auch eine Generation, die für die 68er zu alt war. Die waren dazwischen, so eine Kriegskindergeneration. Meine Eltern hatten eine zutiefst antimilitaristische Haltung, ohne das explizit vor sich herzutragen. Auf Demos gehen, das macht meine Mutter jetzt mit 75. Bei den 80er Friedensbewegungen, das haben die nicht gemacht. Das ist aber ein Punkt, der mich politisierte. Und da war dann der NATO-Doppelbeschluss 1979.

René: Wie war's bei Dir, Thomas?

Thomas: Ähnlich. Ich habe zwei Brüder, und es war keine große Überraschung, als ich totalverweigert habe. Meine Mutter war katholisch, mein Vater liberal-humanistisch. Wir waren nicht wirklich eine politische Familie. Politik spielte eine Rolle, als ich mit 18 Jahren in der Ausbildung nach Konstanz gezogen und in die Gewerk-

Jens (scherzhaft): Da haben wir uns ja doch unterschieden.

René: In welchem Rahmen kam dann der Wechsel?

Thomas: Der kam während des Zivildienstes. Da hatte man wenig zu tun. Abends Zivildienstgesetz lesen, da habe ich mich mehr mit Friedensfragen beschäftigt, aber auch mit der Gesellschaft, in der ich leben will. Da kam heraus, dass ich eine herrschaftslose Gesellschaft sehr viel mehr bevorzuge, als eine, die von irgendwelchen Menschen beherrscht wird, auch wenn's Kommunisten sind.

Jens: Also, zu der Zeit war für mich schon viel passiert. Was Demos angeht, Friedensbewegung oder Solidarnosc. Da habe ich mir schon Sticker gemacht, so „Solidarität mit Solidarnosc" (Thomas: Oh Gott…) oder „Hände weg von Solidarnosc"…

Thomas: Da müssen wir uns später kennengelernt haben. (Beide lachen)

Jens: Ich bin nie ein Theoretiker gewesen, der Bakunin oder libertäre Theorien nachgelesen hat, aber ich habe mich für libertär denkend gehalten. Ich habe Protestbriefe in die DDR geschrieben. Nicht dass das per se das schlechtere System war. Es war für mich egal, welches System das war. Es ging mir vor allem darum, dass die Menschen Freiheit und keine Repression erleben. Das galt im Westen wie im Osten, im Süden

René: Keine marxistischen Lesezirkel?

Jens: Nee. Das war nicht meine Szene. Wir haben eher Aktionen vorbereitet und Aktionsformen diskutiert, als uns damit theoretisch auseinanderzusetzen. Diese normalen Sachen haben mir nicht gereicht. Ich fand, dass Sitzblockaden sein müssen, auch wenn andere das eher belächelt haben. In dem Kontext war dann auch die Totalverweigerung für mich logisch. Für mich war immer die Devise: Was ich mache, dazu stehe ich, was nicht heißen muss, dass ich mich freiwillig ausforschen lasse. Aber das war ein bewusster Gesetzesverstoß, und den mache ich auch in dem Bewusstsein, dass es richtig und legitim ist, gegen Gesetze zu verstoßen, und ich machte es nicht heimlich, damit man mich nicht erwischte. Da wurde dann der Prozess der Strafverfolgung Teil der politischen Aktion.

Thomas: Die Totalverweigerung bedeutete für mich: ‚Ich muss mein eigenes Leben leben'. Das war konsequent als Bruch gesehen. Dass ich gedacht habe: Ich bin schwul – ich muss offen schwul leben. Ich find das nicht richtig, dass die Leute beim Zivildienst verarscht werden, also muss man totalverweigern. Ich muss versuchen, mich von vielen Zwängen freizumachen, auch wenn's ein Gesetzesverstoß ist. Das Zivildienstgesetz ist praktisch wie das Wehrdienstgesetz. Ich wollte überhaupt nichts für die Bundeswehr machen und keinen Krieg unterstützen. Ich finde das okay, dass Leute für die

Wackersdorf.

René: Zusammen im Knast…

Jens: Ja, aber in getrennten Zellen… (Lachen)

Thomas: Da haben wir gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf demonstriert. Man nicht sagen, dass wir besonders auffällig gewesen sind. Wir haben in einem Zelt geschlafen. Am nächsten Morgen um sechs kamen die Bullen und haben uns mitgenommen. Da waren wir dann zwei Tage in Polizeigewahrsam. Danach haben wir weiter demonstriert. Haben uns zwischen die Wasserwerfer und die Steine schmeißenden Demonstrierenden gestellt. Das war unsere Idee von gewaltfreiem Widerstand. Dass wir uns mit unseren Öljacken gegen den Strahl der Wasserwerfer stellen, um zu zeigen, wie sinnlos das ist, was die da mit dem Wasser machen. Aber die Demonstrierenden, die Steine schmeißen wollten, die waren sauer, weil wir dann davor standen. (Lachen)

René: Ihr werdet im nächsten Jahr beide 50. Ihr macht viel Kulturarbeit. Gibt's verschiedene Schwerpunkte, die Ihr im Rückblick als wichtig betrachtet?

Jens: Ich habe versucht, mein politisches Engagement in meinen Alltag zu integrieren. Ohne dass ich politischer Arbeiter bin, parlamentarisch oder antiparlamentarisch. Faktisch versuche ich das übers Kino und unser Programm. Aber ansonsten… Mein politisches Engage-

Wehrpflicht leisten sollten. Dann kamen die *Rosa Linse* und schwul-lesbische Filmarbeit. Danach *Rosa Geschichten* mit der schwulen Geschichtswerkstatt. Wir hatten auch eine Arbeitsgemeinschaft *Lesben, Schwule und Versicherung*, weil diese da oft diskriminiert wurden. Das war in den 90ern. Da zog sich das durch mit lesbisch-schwulen Themen und war mit einem Netzwerkgedanken verbunden.

Jens: Für mich ist das Thema: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen." Also, wenn ich gegen Ausbeutung in der Dritten Welt bin, muss ich entsprechend einkaufen. Wenn ich gegen Atomstrom bin, darf ich den auch nicht beziehen, usw. Das war mit der Totalverweigerung vielleicht der Anfang. Was ich inhaltlich bekämpfe, dazu muss ich mich entsprechend verhalten. So versuchen wir auch, das Kino zu betreiben: möglichst fair, ökologisch, ohne Atomstrom usw.
Der Kapitalismus als System funktioniert nicht. Nicht im ökologischen Sinne, nicht im sozialen Sinne und nicht im demokratischen Sinne. Das kulminiert für mich immer mehr. Schwulenpolitik war für mich ein Randthema. Es ging immer um Diskriminierung. Aber ich versuchte auch, mich gegen die Diskriminierung von Frauen und Behinderten einzusetzen.

Thomas: Psychiatrie war auch ein Thema, schon Anfang der 1990er. Also psychische Erkrankungen, wenn man die so nennen will.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Sache mit den Cashewkernen

Dann hatten wir mit „Kino der Welten“ angefangen, mit der Idee, fremde Lebensweisen sichtbar zu machen und Identitäten zu schaffen.

Jens: Kino bildet in seiner Breite alles ab. Ob politischer Diskurs oder Unterhaltungsfilm, es werden andere Lebenswelten, andere Lebensrealitäten dargestellt, nicht fernab von den Menschen diskutiert. Da kann man noch so hehre Ideale haben, aber sie messen sich letztlich an der Realität, wenn du an Grenzen stößt oder auf Situationen, mit denen du dich auseinandersetzen musst. Du kannst zwar sagen, Psychiatrie soll abgeschafft werden. Aber irgendwie stößt sich das dann doch an der Realität.

***René:* Seht Ihr zwischen verschiedenen Bereichen Beziehungen? Ich bin ein wenig verwundert, dass Schwulenpolitik für Dich nicht so wichtig gewesen ist.**

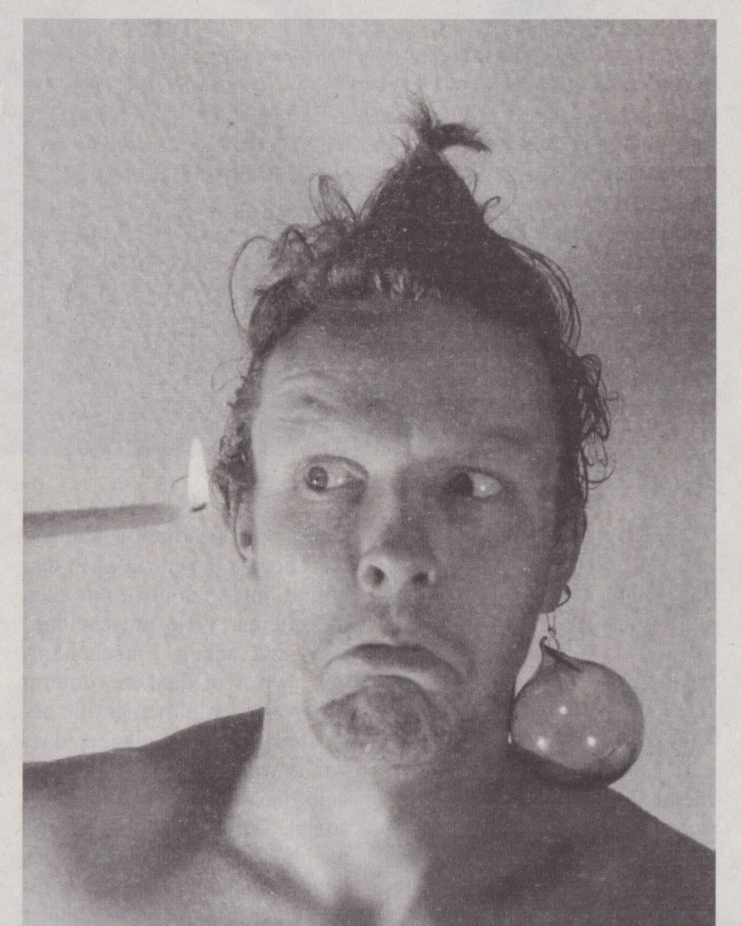
Jens: Wir waren auch schwulenpolitisch aktiv. Aber wir haben das an vielen Stellen gar nicht vertreten. Also z. B. die Forderung nach Homoehe. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Aber die Ehe haben wir nie als erstrebenswert angesehen. Daher war ich eher schwulenkulturell aktiv.
Ob Film oder Theatergruppen, Schwulenreferent an der Fachhochschule. In der Hinsicht schon wieder dem verhaftet, was als Lebensform vorgegeben ist, und das greift eigentlich schon zu eng. Warum wird nicht jeder Mensch erstmal für sich gesehen und jede Beziehung, die Menschen miteinander haben, auch für sich? Jede Beziehung verdient Respekt, Beachtung und Schutz. Angeblich ist die Ehe ein besonders schützenswerter Raum. Für jede Beziehung gilt das doch. Egal, ob sie sexuell ist oder nicht. Egal, wie intensiv sie ist. Das greift mir zu kurz zu sagen: Schwule müssen auch heiraten dürfen. Oder wenn es um Menschenrechte ging, dann ging es in der Schwulenbewegung immer um ‚unsere‘ Forderungen. Es ist schon viel internationaler. Klar, früher gab es noch den §175, aber da ging es vielen Schwulen und Lesben und Transgenderleuten viel übler in anderen Ländern.

René: Viele Themen zu Homosexualität werden mittlerweile in den Medien liberaler behandelt. Ich habe das Gefühl, dass viele Schwule und Lesben das unterschiedlich interpretieren. Dass die einen das positiv werten, während die anderen sagen, dass alte Forderungen eher verwässern.

Jens: Die meisten haben sich eingerichtet in ihrem bürgerlichen Dasein, und die Leute, die wirklich auffällig sind, weil sie z.B. als Männer Kleider tragen

lich auf Toiletten passieren muss.

Jens: Ich glaube schon, dass es Leute gibt, die darauf stehen, anonymen Sex zu haben. Das meine ich damit, dass solche Räume domestiziert werden.
Das wird weggelassen als Ort und das wird auch in der Öffentlichkeit weggelassen. Diese heterosexuelle Welt wird



cher, dass junge Heteros, so lange die zusammen sind, noch in verschiedenen WGs leben und noch ihre verschiedenen Bezüge haben. Da kann man von neuen Mustern reden.
Aber sobald das erste Kind kommt, fallen die meisten Heteros um. Dann ist es doch wieder Ehe, und dass meistens *er* zur Arbeit geht, weil er besser gestellt ist als sie. Dann ist all das,

ge nach der traditionellen Ehe hat sich in dem Moment nicht mehr gestellt, wo man gemerkt hat, dass man anders fühlt. Das hat dann dazu geführt, dass man sich erstmal in Frage stellen musste oder zumindest die Realität um einen herum sich in Frage stellen ließ. Eben aus dieser Diskriminierungserfahrung. Ich empfinde auch heute Diskriminierung. Das fängt da an, wenn ich die Straße entlang gehe und da eine Gruppe Jugendlicher steht, die mir ein bisschen gefährlicher vorkommt, dass ich die Frage habe, ob ich jetzt Thomas Hand halte oder nicht, oder von einem anderen Mann. Allein wenn sich die Frage stellt, ist das schon eine Erfahrung von Diskriminierung.
Ich glaube, eine ähnliche Situation haben Heterosexuelle auch, nicht aufgrund einer Diskriminierungserfahrung, sondern dass sie auch die Erfahrung machen: „Ich muss mich irgendwie anders orientieren, weil es nicht mehr funktioniert, was mir an Lebensrealität geboten wurde.“ Dadurch ergibt sich auch eine Art Sinnsuche, und so was wie Swingerclubs sind dann vielleicht etwas, was viele als Möglichkeit für sich in Betracht ziehen. Aber ich habe auch immer das Bild, dass es was mit sexueller Ausbeutung zu tun hat, was halt Quatsch ist, weil das ja gar nicht so sein muss. Weil ich auch davon ausgehen könnte, dass Swingerclubs so etwas sind wie schwu-

ist, während ich mich bei vielen Heteros frage, ob das nicht eher mit einem Machogehabe zu tun hat und da im Kopf diese Trennung herrscht: Ich habe eine Freundin, mit der bin ich zusammen, und alles andere ist nur Sex. Vielleicht sagt Thomas mal was zu dem Konzept, mehrere Menschen zu lieben. Da würdest Du doch schon sagen, dass das geht.
(Alle drei lachen)

Thomas: Ja, klar geht das. Dieses Konzept muss man sich erarbeiten. Das finde ich auch schade im Kino, dass es immer nur die klassische Zweierbeziehung als das erstrebenswerte Happy End anbietet. Aber das weiß ja jeder und jede, dass es mehrere Leute im Leben gibt, die einem wichtig sind und mit denen man auf unterschiedlichen Ebenen und Gebieten intensive Erfahrungen macht, das ist klar, dass eine Zweierbeziehung ein Konstrukt ist. Ich würde nie Leute verurteilen, die in einer Zweierbeziehung leben und damit klarkommen, aber das ist eigentlich nicht überlebensfähig. (Lachen)

René: Aber da könnte man sagen, dass viele Menschen mit Mehrfachbeziehungen auch negative Erfahrungen machen.

Thomas: Es ist anstrengend.
Man muss sich damit mehr auseinandersetzen und reflektieren, wenn man mehrere Men-

te alles ab. Ob politischer Diskurs oder Unterhaltungsfilm, es werden andere Lebenswelten, andere Lebensrealitäten dargestellt, nicht fernab von den Menschen diskutiert. Da kann man noch so hehre Ideale haben, aber sie messen sich letztlich an der Realität, wenn du an Grenzen stößt oder auf Situationen, mit denen du dich auseinandersetzen musst. Du kannst zwar sagen, Psychiatrie soll abgeschafft werden. Aber irgendwie stößt sich das dann doch an der Realität.

***René:* Seht Ihr zwischen verschiedenen Bereichen Beziehungen? Ich bin ein wenig verwundert, dass Schwulenpolitik für Dich nicht so wichtig gewesen ist.**

Jens: Wir waren auch schwulenpolitisch aktiv. Aber wir haben das an vielen Stellen gar nicht vertreten. Also z. B. die Forderung nach Homoehe. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Aber die Ehe haben wir nie als erstrebenswert angesehen. Daher war ich eher schwulenkulturell aktiv. Ob Film oder Theatergruppen, Schwulenreferent an der Fachhochschule. In der Hinsicht fand ich viele Forderungen klar. Aber es hat mir nicht weit genug gegriffen.

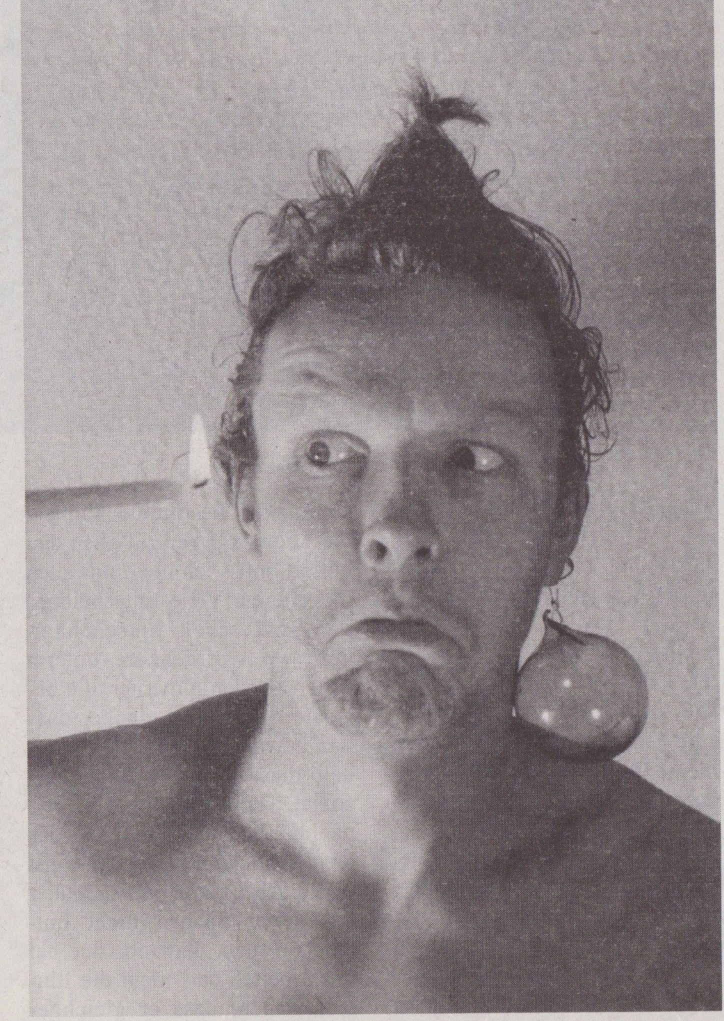
Thomas: Es gab bestimmte Sachen, die mussten wir machen, das betraf nun mal Schwule. Aber Homophobie kann man nicht isoliert betrachten. Wir haben bei den Demos, z.B. am 1. Mai, Transparente gemacht: *Anders ist normal*. Wo wir gemeinsam für Schwule, Behinderte, Lesben, psychisch Kranke, Prostituierte, also Leute, die anders von der Norm gelebt haben, zusammen einen Banner machen wollten. Ich fand eine Bildung von einem Lesben- und

der haben, auch für sich? Jede Beziehung verdient Respekt, Beachtung und Schutz. Angeblich ist die Ehe ein besonders schützenswerter Raum. Für jede Beziehung gilt das doch. Egal, ob sie sexuell ist oder nicht. Egal, wie intensiv sie ist. Das greift mir zu kurz zu sagen: Schwule müssen auch heiraten dürfen. Oder wenn es um Menschenrechte ging, dann ging es in der Schwulenbewegung immer um ‚unsere' Forderungen. Es ist schon viel internationaler. Klar, früher gab es noch den §175, aber da ging es vielen Schwulen und Lesben und Transgenderleuten viel übler in anderen Ländern.

René: Viele Themen zu Homosexualität werden mittlerweile in den Medien liberaler behandelt. Ich habe das Gefühl, dass viele Schwule und Lesben das unterschiedlich interpretieren. Dass die einen das positiv werten, während die anderen sagen, dass alte Forderungen eher verwässern.

Jens: Die meisten haben sich eingerichtet in ihrem bürgerlichen Dasein, und die Leute, die wirklich auffällig sind, weil sie z.B. als Männer Kleider tragen oder sich sexuell anders definieren, sind heutzutage noch mehr draußen als früher. Damals gab's noch eine Bewegung. Heute habe ich das Gefühl, dass sich viele zurücklehnen und sagen: ‚Ach das betrifft mich nicht. Wir sind doch eigentlich jetzt ziemlich gleichberechtigt.' Die, die davon nicht erfasst sind, die stehen ein bisschen allein im Regen.
Du hast mal das Thema Klappensex angesprochen. Also öffentliche Toiletten, wo Schwule in den 70ern und 80ern ziemlich offensiv ihren Sex betrieben haben. Diese Räume sind verschwunden, eine gewisse

Räume domestiziert werden. Das wird weggelassen als Ort und das wird auch in der Öffentlichkeit weggelassen. Diese heterosexuelle Welt wird



Jens Weihnacht - Weihnachtskarte von 1990. Fotos: privat

dann auf schwul oder auf lesbisch kopiert… Das ist in vielen Bereichen eine Assimilation nach außen. Für uns ist es zum Beispiel wichtig, dass man sieht, dass es Liebe nicht nur zwischen zwei Menschen gibt, sondern auch zwischen mehreren. Und dass das nebeneinander stehen kann. Weil das auch eine Kultur im sozialen Kontext verändert, wenn man das lebt

kommt, fallen die meisten Heteros um. Dann ist es doch wieder Ehe, und dass meistens *er* zur Arbeit geht, weil er besser gestellt ist als sie. Dann ist all das, was an Ansätzen da war, wieder weg. Da find ich's interessant, dass gerade die, die unser Alter haben oder noch älter sind, anders leben und dass z. B. eine Frau mit ihrem Mann zusammenlebt, aber sie ist mittlerweile offen lesbisch und die Kinder akzeptieren das; da ist eine Offenheit für andere Lebenskonzepte.

Realität um einen herum sich in Frage stellen ließ. Eben aus dieser Diskriminierungserfahrung. Ich empfinde auch heute Diskriminierung. Das fängt da an, wenn ich die Straße entlang gehe und da eine Gruppe Jugendlicher steht, die mir ein bisschen gefährlicher vorkommt, dass ich die Frage habe, ob ich jetzt Thomas Hand halte oder nicht, oder von einem anderen Mann. Allein wenn sich die Frage stellt, ist das schon eine Erfahrung von Diskriminierung.
Ich glaube, eine ähnliche Situation haben Heterosexuelle auch, nicht aufgrund einer Diskriminierungserfahrung, sondern dass sie auch die Erfahrung machen: „Ich muss mich irgendwie anders orientieren, weil es nicht mehr funktioniert, was mir an Lebensrealität geboten wurde." Dadurch ergibt sich auch eine Art Sinnsuche, und so was wie Swingerclubs sind dann vielleicht etwas, was viele als Möglichkeit für sich in Betracht ziehen. Aber ich habe auch immer das Bild, dass es was mit sexueller Ausbeutung zu tun hat, was halt Quatsch ist, weil das ja gar nicht so sein muss. Weil ich auch davon ausgehen könnte, dass Swingerclubs so etwas sind wie schwule Saunen, wo sich Menschen treffen, um einvernehmlich Sex zu haben. Das ist auch eine Option, ich finde das auch erstmal legitim. Die Frage ist, ob das das ist, worum es geht. Oder ob es nicht eigentlich um Beziehung, um Verbindlichkeit, um Liebe geht. Da ist die Gesellschaft noch nicht so weit. Auch in Bezug auf die Frage, welche Bedeutung biologische Familie und welche Bedeutung soziale Familie hat. Das Bewusstsein dafür, dass soziale Familie auch etwas ist, was man gestalten muss und was einen Wert hat und was letztendlich das Eigentliche gibt.

Sex. Vielleicht sagt Thomas mal was zu dem Konzept, mehrere Menschen zu lieben. Da würdest Du doch schon sagen, dass das geht.
(Alle drei lachen)

Thomas: Ja, klar geht das. Dieses Konzept muss man sich erarbeiten. Das finde ich auch schade im Kino, dass es immer nur die klassische Zweierbeziehung als das erstrebenswerte Happy End anbietet. Aber das weiß ja jeder und jede, dass es mehrere Leute im Leben gibt, die einem wichtig sind und mit denen man auf unterschiedlichen Ebenen und Gebieten intensive Erfahrungen macht, das ist klar, dass eine Zweierbeziehung ein Konstrukt ist. Ich würde nie Leute verurteilen, die in einer Zweierbeziehung leben und damit klarkommen, aber das ist eigentlich nicht überlebensfähig. (Lachen)

René: Aber da könnte man sagen, dass viele Menschen mit Mehrfachbeziehungen auch negative Erfahrungen machen.

Thomas: Es ist anstrengend. Man muss sich damit mehr auseinandersetzen und reflektieren, wenn man mehrere Menschen hat, die einem wichtig sind und mit denen man das Leben teilen will, als wenn es nur einen Menschen gibt, auf den man alles fixiert. Aber das ist etwas, was man lernen muss.

René: Eifersucht ist Euch fremd?

Jens: Das ist mir fremd. Eifersucht hatte ich noch nie.

Thomas: Ich kenne das schon, kannte Eifersucht und kenne das immer noch. Das gehört zum Leben. Und damit umzugehen lernen und immer zu hinterfragen: ‚Warum bin ich jetzt

Anders ist normal. Wo wir gemeinsam für Schwule, Behinderte, Lesben, psychisch Kranke, Prostituierte, also Leute, die anders von der Norm gelebt haben, zusammen einen Banner machen wollten. Ich fand eine Bildung von einem Lesben- und Schwulenzentrum ungeschickt. Mir wäre lieber gewesen, das wäre ein kulturelles Zentrum gewesen, wo sich verschiedene Gruppen treffen, die politisch arbeiten. Das war früher mal Thema: eigene Räume schaffen für eine bestimmte Szene.
Es war selbstverständlich, dass sich Schwule und Lesben in der [alternativen, ehemals besetzten] Frauenstraße 24 in Münster getroffen haben oder im Café Regenbogen in der Sonnenstraße, dass Lesben und Schwule mehr in anderen sozialen Bewegungen präsent waren. Ende der 80er, Anfang der 90er gab es einen Rückzug. Die hatten dann ein eigenes Zentrum und waren wieder weg.

Jens: Für eine bestimmte Zeit war es logisch und hilfreich, eigene Räume zu haben. Das hatte seine Berechtigung. Wir wollten aber mit unserer schwulen Filmreihe nicht ins ‚Ghetto' gehen, böse gesagt. Wir wollten in ein soziales Zentrum, wo auch andere Gruppen und Impulse sind und uns vernetzen. Viele Forderungen sind für mich eine Selbstverständlichkeit, Lebensformen zum Beispiel.
Wenn Leute heiraten wollen, dann sollen sie heiraten können, egal, welche sexuelle Identität und welche Geschlechter sie haben. Aber genauso muss es möglich sein, dass sich Menschen zu dritt oder zu viert verpartnern können. Das ist dann chen allein im Regen.
Du hast mal das Thema Klappensex angesprochen. Also öffentliche Toiletten, wo Schwule in den 70ern und 80ern ziemlich offensiv ihren Sex betrieben haben. Diese Räume sind verschwunden, eine gewisse Subkultur ist verschwunden.
Das hat zu einer Assimilation an vielen Stellen geführt. Andere Lebensformen oder eben offene Beziehung, das wurde in den 80ern oder 90ern mehr diskutiert als heute.[1] Das ist fast schon wie in Heterobeziehungen, wo du bei jeder zweiten Ehe mitkriegst, dass vor allem die Männer sich damit rühmen, was sie an Seitensprüngen hatten, wo ich gedacht habe: Anscheinend ist das für die normal.
Aber einfach bigott, doppeldeutig. Das wird nicht offen gelebt als Teil einer Beziehung, wie man sie gemeinsam definiert, sondern es wird heimlich gemacht. Oder es wird nur behauptet. Ich habe das Gefühl, das greift auch auf die schwullesbische Szene über. Für uns gehört es dazu, dass man auch mit anderen Männern oder auch von mir aus Frauen Sex hat. Das wird meistens nicht thematisiert. Weil ‚wir' jetzt so schön akzeptiert sind, und wenn man das dann doch zu sehr macht, ist das vielleicht auch nicht so ganz gut…

René: Müsste man da nicht eine Unterscheidung machen? Aus einer heterosexuellen Perspektive wäre bei mir die Frage, ob das mit dem Klappensex nicht auch eine Notlösung war. Und wenn das verschwindet, das würde ich ja erstmal nicht negativ sehen. Wenn anonymer Sex nicht mehr heimzum Beispiel wichtig, dass man sieht, dass es Liebe nicht nur zwischen zwei Menschen gibt, sondern auch zwischen mehreren. Und dass das nebeneinander stehen kann. Weil das auch eine Kultur im sozialen Kontext verändert, wenn man das lebt und kultiviert.

**René: Aber könnte man nicht sagen, dass da auch in der heterosexuellen Welt viel getan wird? Da wird über Swingercluberfahrungen gesprochen. Ich kenne immer mehr Heteros, die sagen, dass sie offene Beziehungen toll finden, wobei da die Frage ist, wie sie das definieren. Oder dass die Bedeutung von Ehe verschwindet. Dass auch die Zweierbeziehung von vielen gar nicht mehr als das Absolute gesehen wird. Einige sogar sagen, dass sie das als etwas Negatives betrachten, weil sie sich nicht flexibel fühlen.
Wie würdet Ihr das deuten?**

Jens: Ich habe da zu wenig Erfahrung. Was ich beobachte, ist etwas Ambivalentes. Wie das statistisch ist, weiß ich jetzt nicht, dass immer mehr Leute jung heiraten.[2]
Die Leute wissen, dass dieses Konzept, ein Leben lang mit einem Menschen alt werden usw. und füreinander da sein, nicht mehr funktioniert.
Die Scheidungsraten sind hoch. Bei den Leuten, die jetzt 18 sind, sieht man, dass es nicht funktioniert.
Ich habe das Gefühl, dass die Leute das nicht wirklich füllen können. Ein Bewusstsein für eine soziale Familie z. B. kommt zu langsam.
Thomas: Ich find es erstaunlich, anders leben und dass z. B. eine Frau mit ihrem Mann zusammenlebt, aber sie ist mittlerweile offen lesbisch und die Kinder akzeptieren das; da ist eine Offenheit für andere Lebenskonzepte.

Jens: Schwule und Lesben waren vor die Situation gestellt, dass sie sich andere Muster erarbeiten mussten. Den Schritt haben viele Heteros noch nicht gemacht. Ich glaube, dass sie auf dem Weg sind, weil sie realisieren, dass das alte Modell, das ihnen ihre Eltern vielleicht noch vorgaukeln, eigentlich nicht funktioniert. Die ganze Gesellschaft ist auf der Suche. Auch alte Menschen suchen nach Lebensformen, weil sie merken, dass Familie in der Form nicht mehr funktioniert.

René: Du hattest gerade gesagt, dass viele Schwule und Lesben sich aufgrund ihrer Position in unserer Gesellschaft über viele Dinge mehr Gedanken machen. Und wenn sich jetzt in der „heterosexuellen Welt" auch was tut, da frage ich mich, ob das das Gleiche ist. Wenn Menschen von „offenen Beziehungen" oder von Swingerclubs sprechen, ob da von heterosexueller Seite nicht Gleichstellungen aufgebaut werden, die vielleicht gar nicht der Fall sind.

Jens: Ich denke, das kann man insofern nicht vergleichen, weil die Suche nach einer sexuellen Identität und Lebenskonzepten bei Schwulen und Lesben oder eben Menschen, die sich nicht heterosexuell im eigentlichen Sinne definieren, aus einer Not heraus entstanden ist. Die Frage in Bezug auf die Frage, welche Bedeutung biologische Familie und welche Bedeutung soziale Familie hat. Das Bewusstsein dafür, dass soziale Familie auch etwas ist, was man gestalten muss und was einen Wert hat und was letztendlich das Eigentliche gibt.

René: Es ging mir auch eher um diese Differenz. Dass ich denke, dass offener Sex bei vielen Homosexuellen aufgrund der Situation eher mit einer kritischen Reflexion verbunden

Jens: Das ist mir fremd. Eifersucht hatte ich noch nie.

Thomas: Ich kenne das schon, kannte Eifersucht und kenne das immer noch. Das gehört zum Leben. Und damit umzugehen lernen und immer zu hinterfragen: ‚Warum bin ich jetzt eifersüchtig. Ist das nicht totaler Quatsch?' Eifersucht ist immer dann da, wenn man denkt, man kriegt zu wenig Aufmerksamkeit oder zu wenig Liebe.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Sache mit den Cashewkernen

Man kann Eifersucht nicht verurteilen. Das ist dann einfach da. Man kann aber daran arbeiten.

René: Hat sich in der Schwulenbewegung etwas geändert?

Thomas: Ich finde, dass die jüngeren Lesben und Schwulen selbstverständlicher lesbisch und schwul sind. Aber mit dem Nachteil, dass sie sich wenig mit der Geschichte der Homosexualitäten beschäftigen. Z.B. mit der Verfolgung im Nationalsozialismus oder auch in der BRD der 50er, 60er und 70er Jahre. Die sind mittlerweile selbstverständlich in einem schwul-lesbischen Fußballfanclub. Das kann man positiv, aber auch negativ sehen. Dass sie teilweise vielleicht nicht mehr diese Diskriminierungserfahrungen machen, wie wir sie noch gemacht haben.

Jens: Vielleicht nur anders in der Erfahrung und in der Intensität. Gerade in Großstädten kannst du dich in sozialen Vierteln aufhalten, wo du dich abgeschottet und relativ sicher fühlen kannst. Aber wenn du bestimmte Viertel meidest, dann meidest du auch die Erfahrungen.
Das ist dann nicht so, dass Du keine Diskriminierung erfährst, die Frage ist, ob Du sie bewusst wahrnimmst. Wer sich nicht bewegt, spürt auch seine Fesseln nicht. ‚Du musst Deinen Partner ja nicht auf der Straße küssen.'
Das ist auch die Frage, wie du das lebst und ob du dich dem aussetzt oder das meidest.

Thomas: Es gibt jetzt offen lesbische und schwule Politikerinnen und Politiker, und ich glaube, dass die Politik insgesamt nicht offen homophob ist. Aber sie tut auch wenig für eine richtige Liberalisierung. Was z.B. Adoptionsrechte angeht, da haben Lesben und Schwule immer noch schlechte Chancen.

René: Jetzt seid Ihr seit einigen Jahren Geschäftsführer eines Kinos. Würdet Ihr Euch noch als Anarchisten definieren? Gibt es da noch Bezüge?

Jens und Thomas, 25.12.1988

Foto: privat

Thomas: Vom Prinzip her definier ich mich so.[3] Wir wollten das Kino machen, ein Wirtschaftsunternehmen, im Kapitalismus. Da mussten wir uns bestimmten Zwängen beugen. Ich kann ja nicht warten, ein Kino zu machen, bis wir Anarchie haben. Ich will trotzdem meine Projekte verwirklichen, und das geht dann eben nur in diesem Rahmen. Aber die Idee, die ich da habe, die dann irgendwann… in vierhundert

Chef, oder bestimmte Sachen, die Thomas lieber mit allen diskutiert, muss ich nicht mit allen diskutieren. Viele Entscheidungen sind schon Entscheidungen, wo wir denken, unterm Strich werden hinterher alle begeistert sein. Ich glaube, dass wir bewusst versuchen, innerhalb dieses Rahmens möglichst sozial, verantwortungsvoll und nachhaltig zu agieren. Ob das jetzt Tantiemen sind oder sonst was… Aber manh darf sich über

schäft. Kultur muss sich immer hinterfragen. Deshalb kann ich mir gut vorstellen, irgendwann mal was anderes zu machen. Ich denke, ich bin mir nicht total untreu geworden in meinen Idealen. Als 18-Jähriger träumte ich davon, einen *Bus of Peace* zu machen. Damals gab es ja schon den Israel-Palästina-Konflikt, und um da zu vermitteln, muss man den Leuten einfach nur einen Platz geben zum Reden. Dann dachte ich an ei-

Ich arbeite lieber mit Jens zusammen und konnte mir vorstellen, dass Jens zu seinem Freund nach Rotterdam zieht.

Jens: Da sind wir eingespielt. Du kannst respektvoll bestimmte Sachen akzeptieren und sagen: ‚Okay, das ist nicht so, wie ich mir das vorstelle. Und der andere tickt da eben anders.' Ich habe das Gefühl, da gibt es Paare, die dann anfangen, sich zu zerfleischen. Oder es gibt

club. Das kann man positiv, aber auch negativ sehen. Dass sie teilweise vielleicht nicht mehr diese Diskriminierungserfahrungen machen, wie wir sie noch gemacht haben.

Jens: Vielleicht nur anders in der Erfahrung und in der Intensität. Gerade in Großstädten kannst du dich in sozialen Vierteln aufhalten, wo du dich ab-

samt nicht offen homophob ist. Aber sie tut auch wenig für eine richtige Liberalisierung. Was z.B. Adoptionsrechte angeht, da haben Lesben und Schwule immer noch schlechte Chancen.

René: Jetzt seid Ihr seit einigen Jahren Geschäftsführer eines Kinos. Würdet Ihr Euch noch als Anarchisten definieren? Gibt es da noch Bezüge?

Jens und Thomas, 25.12.1988

Foto: privat

Thomas: Vom Prinzip her definier ich mich so.[3] Wir wollten das Kino machen, ein Wirtschaftsunternehmen, im Kapitalismus. Da mussten wir uns bestimmten Zwängen beugen. Ich kann ja nicht warten, ein Kino zu machen, bis wir Anarchie haben. Ich will trotzdem meine Projekte verwirklichen, und das geht dann eben nur in diesem Rahmen. Aber die Idee, die ich da habe, die dann irgendwann… in vierhundert Jahren mal kommt (beide lachen)... das ist dann eben schon eine anarchistische Gesellschaft. Nur dass wir jetzt irgendwie langsam so Steinchen auswerfen in die Richtung. Dass wir gerne mit dem Kino das Bewusstsein der Bevölkerung in eine andere Richtung lenken wollen.
Und das Andere ist das mit dem Anders-Wirtschaften. Ich hatte damals die Idee, dass wir ein Kollektiv machen. Dda habe ich gemerkt, dass die Leute, die im Kino gearbeitet hatten, keine Lust dazu hatten. Das war ein Arbeitsplatz für die, mehr haben die damit nicht verbunden. Für mich war klar, ich wollte damit viel gestalten und etwas verändern und anders wirtschaften. Und die Leute wollten ihr Geld verdienen oder in ihrer Freizeit andere Sachen machen. So ist das nach außen eine stinknormale GmbH geworden. Aber ich hoffe schon, dass da eine andere Atmosphäre und ein anderer Geist vorherrschen.

Jens: Ich weiß gar nicht, ob ich

Chef, oder bestimmte Sachen, die Thomas lieber mit allen diskutiert, muss ich nicht mit allen diskutieren. Viele Entscheidungen sind schon Entscheidungen, wo wir denken, unterm Strich werden hinterher alle begeistert sein. Ich glaube, dass wir bewusst versuchen, innerhalb dieses Rahmens möglichst sozial, verantwortungsvoll und nachhaltig zu agieren. Ob das jetzt Tantiemen sind oder sonst was… Aber manh darf sich über bestimmte Sachen nicht hinwegtäuschen. Jemand, der bei uns arbeitet, darf nicht die Illusion haben, dass er gleichberechtigt ist. Das ist kein anarchistischer Betrieb, keine Genossenschaft.

René: Eine abschließende Frage. Ihr seid seit 26 Jahren zusammen, macht das Kino zusammen, wohnt zusammen… Klappt das?

Thomas: Das ist die abschließende Frage? Da finde ich ja eher noch die Frage interessant nach der Biographie, ob wir zufrieden sind. Oder ob wir da große Brüche sehen.

René: Ja, sag mal…

Thomas: Das kann dann Jens erzählen… (Lachen)

Jens: Nee, also ich merke schon, ich bin müde, so viel Verantwortung zu haben. Ich sehne mich nach kleinräumigeren Arbeitsformen oder zeitlich begrenzten Sachen. Ich

schäft. Kultur muss sich immer hinterfragen. Deshalb kann ich mir gut vorstellen, irgendwann mal was anderes zu machen. Ich denke, ich bin mir nicht total untreu geworden in meinen Idealen. Als 18-Jähriger träumte ich davon, einen *Bus of Peace* zu machen. Damals gab es ja schon den Israel-Palästina-Konflikt, und um da zu vermitteln, muss man den Leuten einfach nur einen Platz geben zum Reden. Dann dachte ich an einen Bus, man fährt hin und her und irgendwann reden die Leute, und es gibt Frieden auf der Welt. Naja, jetzt haben wir das Kino, da kann man auch reden, aber es bewirkt nicht so viel, zumindest was Israel-Palästina angeht. (Gelächter)

Thomas: Was war jetzt die letzte Frage? Ach das mit den 26 Jähren… Na klar geht man sich manchmal auch auf die Nerven. Oder nicht?

Jens: Ich finde, die Beziehung zu Thomas ist das größte Geschenk, das ich gekriegt habe, bisher. Ich kann eine offene Beziehung führen. Mit wem kann ich das? Ich kann über unsere Beziehung reden, ich fühle mich geborgen, fühle mich wohl, ich kann Arbeit, Beruf und Privates unter einen Hut bringen und kann das mit ihm leben. Dass das möglich ist, macht es viel spannender, interessanter und ich habe das Gefühl, das ist viel näher an meinen Bedürfnissen. Wenn wir dieses Postulat einer Zweierbe-

Ich arbeite lieber mit Jens zusammen und konnte mir vorstellen, dass Jens zu seinem Freund nach Rotterdam zieht.

Jens: Da sind wir eingespielt. Du kannst respektvoll bestimmte Sachen akzeptieren und sagen: ‚Okay, das ist nicht so, wie ich mir das vorstelle. Und der andere tickt da eben anders.' Ich habe das Gefühl, da gibt es Paare, die dann anfangen, sich zu zerfleischen. Oder es gibt Paare, die nicht mehr miteinander glücklich sind und die das, was sie haben, dann damit zerstören. Anstatt zu sagen, bestimmte Sachen funktionieren nicht mehr und andere sind aber schön, und das dann zu verändern.
Beziehungen zwischen Menschen sind etwas, was sich immer verändert, etwas Dynamisches. Genauso haben wir Phasen, wo wir viel und andere, wo wir gar keinen Sex haben. Und Phasen, wo wir uns ganz nah fühlen, und andere, wo wir gefühlsmäßig alleine sind. Aber ich bin ziemlich sicher, dass wir immer befreundet sein werden. Dass Thomas immer jemand ist, der für mich wichtig ist, egal in welcher Form wir dann eine Beziehung haben werden.
Aber es gibt genug Gründe, warum man sich irgendwann trennt oder sich etwas verändert. Wenn man nicht akzeptiert, dass sich Sachen auch verändern und man sich voneinander entfernt, hat das keine Möglichkeit… (nachdenk-

Und das Andere ist das mit dem Anders-Wirtschaften. Ich hatte damals die Idee, dass wir ein Kollektiv machen. Dda habe ich gemerkt, dass die Leute, die im Kino gearbeitet hatten, keine Lust dazu hatten. Das war ein Arbeitsplatz für die, mehr haben die damit nicht verbunden. Für mich war klar, ich wollte damit viel gestalten und etwas verändern und anders wirtschaften. Und die Leute wollten ihr Geld verdienen oder in ihrer Freizeit andere Sachen machen. So ist das nach außen eine stinknormale GmbH geworden. Aber ich hoffe schon, dass da eine andere Atmosphäre und ein anderer Geist vorherrschen.

Jens: Ich weiß gar nicht, ob ich mich als Anarchisten bezeichnen würde oder jemals bezeichnet hätte. Dazu müsste ich auch in theoretischer Hinsicht mehr wissen. Ich habe bestimmte Forderungen, das sind bestimmt anarchistische Forderungen oder Utopien. Ich finde zum Beispiel, Nationalstaaten gehören abgeschafft, wie Grenzen abgeschafft gehören, wie Migrationshindernisse abgeschafft gehören usw.
Wir bewegen uns im kapitalistischen System. Mir war immer wichtig, dass ich in allem, was ich mache, mein eigener Herr bin… Ich hätte jetzt auch Kino nicht als Angestellter von irgendjemanden gemacht. Letztendlich haben wir eine GmbH in einer kapitalistischen Gesellschaft gegründet, und daraus ergeben sich für mich Logiken und bestimmte Hierarchien, die ich in der Realität akzeptiere und versuche auszufüllen.
Ich glaube, da unterschieden Thomas und ich uns auch ein bisschen. Ich bin da schon eher

sammen, macht das Kino zusammen, wohnt zusammen… Klappt das?

Thomas: Das ist die abschließende Frage? Da finde ich ja eher noch die Frage interessant nach der Biographie, ob wir zufrieden sind. Oder ob wir da große Brüche sehen.

René: Ja, sag mal…

Thomas: Das kann dann Jens erzählen… (Lachen)

Jens: Nee, also ich merke schon, ich bin müde, so viel Verantwortung zu haben. Ich sehne mich nach kleinräumigeren Arbeitsformen oder zeitlich begrenzten Sachen. Ich sehne mich nach Theaterarbeit und dem, was damit verbunden war. Also kleine Teams, intensive Arbeit, aber Leute, die hoch motiviert sind, bei dem, was sie machen, weil sie da Herzblut rein stecken. Ich probiere ja jetzt aus, Regie wieder nebenher zu machen. Ein Solo erstmal. Und dann mal gucken, meine Erfahrungen sammeln. Was mir fehlt, ist eine Prozesshaftigkeit.

Thomas: Ich hatte ja den Traum, als ich die Drogerie meiner Eltern übernehmen wollte, dass ich da ein Café einbaue. Das Café ist im Kino, was ich besser finde als die Drogerie. Eigentlich bin ich zufrieden. Ich wollte nie Chef sein, und jetzt bin ich es auf einmal irgendwie… Ich kann mir nicht vorstellen, dieses Kino die nächsten zwanzig Jahre zu machen. Ich finde es im Kulturbereich wichtig, dass man nicht ewig das Gleiche macht, da stumpft man irgendwie ab und dann wird Kultur nur noch zum Ge-

te Frage? Ach das mit den 26 Jähren… Na klar geht man sich manchmal auch auf die Nerven. Oder nicht?

Jens: Ich finde, die Beziehung zu Thomas ist das größte Geschenk, das ich gekriegt habe, bisher. Ich kann eine offene Beziehung führen. Mit wem kann ich das? Ich kann über unsere Beziehung reden, ich fühle mich geborgen, fühle mich wohl, ich kann Arbeit, Beruf und Privates unter einen Hut bringen und kann das mit ihm leben. Dass das möglich ist, macht es viel spannender, interessanter und ich habe das Gefühl, das ist viel näher an meinen Bedürfnissen. Wenn wir dieses Postulat einer Zweierbeziehung hätten, weiß ich nicht, ob wir noch zusammen wären. Also, das ist ein elementarer Grund, weil das viel aussagt, wie wir die Beziehung leben.
Wir arbeiten uns an vielen Sachen ab. Das macht so eine Beziehung aus, dass man sich streiten kann. Letztlich wächst man daran.

Thomas: Ja, das stimmt. Wir wissen genau, wie der andere tickt, was die Reizthemen sind, was man ausklammert.
(Lachen)

Jens: Ich kaufe immer zu viel Gemüse!

Thomas: Und ich habe heute die Cashewkerne zu lange im Backofen gelassen.
Es war vor einigen Jahren schon so, wo wir überlegt haben: Arbeiten wir lieber zusammen oder wohnen wir lieber zusammen? Jens meinte, er wohnt lieber mit mir zusammen. Es war die Idee, ob wir mal auseinanderziehen.

mer verändert, etwas Dynamisches. Genauso haben wir Phasen, wo wir viel und andere, wo wir gar keinen Sex haben. Und Phasen, wo wir uns ganz nah fühlen, und andere, wo wir gefühlsmäßig alleine sind. Aber ich bin ziemlich sicher, dass wir immer befreundet sein werden. Dass Thomas immer jemand ist, der für mich wichtig ist, egal in welcher Form wir dann eine Beziehung haben werden.
Aber es gibt genug Gründe, warum man sich irgendwann trennt oder sich etwas verändert. Wenn man nicht akzeptiert, dass sich Sachen auch verändern und man sich voneinander entfernt, hat das keine Möglichkeit… (nachdenklich) Das ist meine tiefe Überzeugung. Das ist es auch, warum wir im Moment ganz glücklich sind damit. Oder?

Thomas: Ja, ich glaube auch, dass wir wissen, dass wir nicht immer Recht haben und dass der andere vielleicht auch mal Recht hat. Und dass wir nicht so darauf beharren, dass unser Weg der richtige ist.

Jens: Auch bei den Cashewkernen.

Thomas: Und bei zu viel Gemüse im Kühlschrank.

Anmerkungen:
1 Hier wäre spannend zu erforschen, wie das jüngere Homosexuelle sehen.
2 Statistisch gesehen ist es so, dass sich das Heiratsalter in den meisten westlichen Gesellschaften weiter nach hinten verschiebt. Zwischen Jugend und Heirat schiebt sich mehr und mehr die sogenannte „Post-Adoleszenzphase", in der man eine gewisse Unabhängigkeit aus der Schulzeit aufrecht zu erhalten sucht. Gerade studierende Frauen und Männer heiraten später und lassen Familienplanung erst einmal außen vor.
3 Nach dem Interview merkte Thomas an, dass er sich letztlich mit solchen Bezeichnungen schwer tue.

Oh, wie reaktionär ist Rot-Grün!

Betr.: „Oh, wie libertär ist Panama!“, Leserbrief von Theodor Ebert und „Aktivist_in oder Repressionsopfer?“, Leserinbrief von Ulrike Laubenthal, in: GWR 361, September 2011, S. 18 & 19.

Die individuellen Erfahrungen von Ulrike Laubenthal und Wolfgang Sternstein, vermittelt durch Theodor Eberts Brief, respektiere ich.

Individuelle Erfahrungen aber können unterschiedlich sein. Dieselbe Erfahrung kann individuell verschieden verarbeitet werden. Meine Erfahrung aus der Friedensbewegung der Achtzigerjahre war z.B., dass die gewaltfreie Bewegung durch Formalisierung und Schematismus das phantasievolle und vielfältige Potential verschiedener gewaltfreier Aktionsformen nicht ausschöpfte, sondern ohne Not auf die Sitzblockade mit Menschenkörpern reduzierte.

Zeitweise wurde da von einigen schon eine Materialblokkade als Gewalt angeprangert. Die juristisch eingehegte Sitzblockade wurde schließlich ins erweitere Demonstrationsrecht integriert und domestiziert wie vordem das Streikrecht, dem der wilde Streik als Gewalt gilt.

Nirgendwo haben damals bedingungslose Offenheit (Namhaftmachung in Eberts Jargon) und bedingungslose Gesprächs- und explizit betonte Leidensbereitschaft gegenüber PolizistInnen zu jenem kollektiven „Ausbrechen aus dieser Rolle“, zu einem relevanten über den zögerlichen sozialdemokratischen Gewerkschaften taten, wenn die Demokratie massiv von der herannahenden Diktatur bedroht wird. Rudolf Rocker und viele AnarchistInnen wussten das in der unmittelbaren Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als sie die Versammlungs- und Organisationsfreiheiten der Westmächte den Diktaturen in Osteuropa vorzogen.

Es ist auch möglich, dieselbe Demokratie dann revolutionär anzugreifen, wenn diese unmittelbare Bedrohung nicht gegeben ist und ausreichende emanzipatorische soziale Massenbewegungen aktuell vorhanden sind.

Unterstellung

Eine weitere Unterstellung ist, ich würde jedes Gespräch mit einzelnen PolizistInnen ablehnen. Mir ging es jedoch einerseits um eine Kritik der Vorabfestlegungen Sternsteins mit Befehlshabenden von Polizei und Staat, keineswegs um eine Kritik von Einzelgesprächen mit unterrangigen BeamtInnen bei

GWR-Leser in Egmont.

Foto: Jule Wilda

pressionsrolle noch überzeugter auszufüllen. Diese Gefahr berücksichtigt Laubenthal nicht, weil sie ihrem psychologischen Umwandlungsdogma via Vertrauensaufbau diametral gativ als Taktik auslegt, ist für mich darüber hinaus aber mein Bestehen darauf, zwischen allen denkbaren, mir zur Verfügung stehenden gewaltfreien Aktionsformen auswählen zu

Ebert irrt

Wenn Theodor Ebert schließlich triumphierend meint, die Sit-Ins in den USA zu Beginn der Sechzigerjahre hätten den Kampfes, S. 85f.). Das SNCC hat damals Martin Luther King, Jr., herausgefordert. King ließ sich herausfordern und radikalisierte sich dabei immer mehr zum Systemkritiker, ohne je die ge-

blockade mit Menschenkörpern reduzierte.
Zeitweise wurde da von einigen schon eine Materialblokkade als Gewalt angeprangert. Die juristisch eingehegte Sitzblockade wurde schließlich ins erweitere Demonstrationsrecht integriert und domestiziert wie vordem das Streikrecht, dem der wilde Streik als Gewalt gilt.
Nirgendwo haben damals bedingungslose Offenheit (Namhaftmachung in Eberts Jargon) und bedingungslose Gesprächs- und explizit betonte Leidensbereitschaft gegenüber PolizistInnen zu jenem kollektiven „Ausbrechen aus dieser Rolle", zu einem relevanten Aufgeben der „Kooperation mit dem Unrecht" geführt, das Laubenthal theoretisch behauptet. In manchen Aktionscamps konnte sich damals Zivilpolizei ohne Probleme über unsere Strukturen informieren und die PolizistInnen führten ihre Rolle gerade deshalb aus, weil sie froh waren, nicht existentiell herausgefordert, sondern immer freundlich angesprochen zu werden. Im Gegensatz zu vielen Gewaltfreien haben gewaltfreie AnarchistInnen diese Erfahrung damals kritisch aufgearbeitet. Ergebnis: Durch Offenheit und Schematismus wurde die Friedensbewegung damals für Polizeistrategen berechenbar – die Anti-AKW-Bewegung blieb ob der angewandten Vielfalt der zu 99% gewaltfreien, nicht immer offenen und nicht schematisierten Aktionsformen dagegen unberechenbar. Das machte den Misserfolg der einen – und die „Wirkungskraft" der anderen Bewegung aus. Das ist eine meiner Erfahrungen.

Der Bezug auf individuelle Erfahrung reicht nicht aus, um eine verallgemeinerbare Theorie der gewaltfreien Aktion und des

Demokratie dann revolutionär anzugreifen, wenn diese unmittelbare Bedrohung nicht gegeben ist und ausreichende emanzipatorische soziale Massenbewegungen aktuell vorhanden sind.

Unterstellung

Eine weitere Unterstellung ist, ich würde jedes Gespräch mit einzelnen PolizistInnen ablehnen. Mir ging es jedoch einerseits um eine Kritik der Vorabfestlegungen Sternsteins mit Befehlshabenden von Polizei und Staat, keineswegs um eine Kritik von Einzelgesprächen mit unterrangigen BeamtInnen bei direkten gewaltfreien Aktionen oder dortige Rollenmodelle eines Polizeisprechers/sprecherin – andererseits aber auch darum, die Bereitschaft zu solchen Einzelgesprächen nicht zur Verpflichtung für gewaltfreie Aktion oder zivilen Ungehorsam zu deklarieren.
Genau das tut aber Laubenthal, wenn sie schreibt: „Ich selbst möchte solche Aktionen (das Weggehen, bevor die Polizei kommt; d.A.) nicht mit dem Begriff ‚Ziviler Ungehorsam' bezeichnen, um den Begriff nicht zu verwässern." Das ist genau das, was ich bei Sternstein als „autoritäre Vorgabe" kritisiert hatte. Desertieren, Verweigern, Flüchten, Boykott, Nicht-Zusammenarbeit (durchaus im Sinne von Gandhis „Non-Cooperation"), immer verbunden mit zeitweiligem Aussetzen oder einem Abbruch der Kommunikation, gehören integral zu den vielfältigen Aktions- und Wahlmöglichkeiten des Zivilen Ungehorsams. Indem Laubenthal das definitorisch ausschließt, reduziert sie den Zivilen Ungehorsam auf ein Minimum seiner Erscheinungsformen und macht ihn dadurch berechenbar.



GWR-Leser in Egmont. Foto: Jule Wilda

pressionsrolle noch überzeugter auszufüllen. Diese Gefahr berücksichtigt Laubenthal nicht, weil sie ihrem psychologischen Umwandlungsdogma via Vertrauensaufbau diametral widerspricht.

Um das an historischen Beispielen zu verdeutlichen:

Die Berliner Frauen in der Rosenstraße schrieen 1943, als die Nazis ihre MGs aufbauten: „Ihr Mörder! Gebt uns unsere Männer raus!" Nicht gerade vertrauenaufbauend, aber verunsichernd – und sie hatten Erfolg!
Tunesische und ägyptische DemonstrantInnen riefen zu „Tagen der Wut" auf, nicht zu „Tagen der Leidensbereitschaft" oder „Tagen der Gütekraft". Sie verunsicherten damit die Repressionskräfte bis zur Befehlsverweigerung.
Es ist kurzschlüssig zu behaupten, freundliche Gespräche führten notwendig zur Einsicht beim Gegenüber. Auch Aggression kann der gewaltfreien Aktion zu Mut und Entschlossenheit, zum Ausbruch aus dem Opferstatus und damit zu emotionaler Überzeugungskraft gegenüber dem Gegner verhelfen. Die Betonung liegt bei „kann"; nichts ist garantiert. Es kommt bei all dem auf die Situation, die Analyse und die Stimmung der Massenbewegung an. Das al-

gativ als Taktik auslegt, ist für mich darüber hinaus aber mein Bestehen darauf, zwischen allen denkbaren, mir zur Verfügung stehenden gewaltfreien Aktionsformen auswählen zu können. Nur in der kollektiven gewaltfreien direkten Aktion oder dem massenhaften Zivilen Ungehorsam ist die Chance einer gesamtgesellschaftlichen gewaltfreien Revolution enthalten, ein Bruch der gesellschaftlichen Verhältnisse, wie er historisch immer wieder auftrat: Nach der Niederlage des britischen Kolonialismus durch die gandhianische Massenbewegung, nach der Aufhebung der Segregation in den USA und Südafrika, nach dem Fall der Berliner Mauer war die Welt eine andere.
Um diesen kollektiven, auf die Gesellschaft bezogenen Charakter einer „gewaltfreien Revolution" zu betonen, haben GraswurzelrevolutionärInnen immer die Kampfform, den Aktionscharakter hervorgehoben (auch wenn sie gleichzeitig so konsequent wie möglich gelebt haben), bis hin zum heutigen Impressumstext der GWR, wo nicht umsonst steht, dass GraswurzelrevolutionärInnen für ihre Ziele „gewaltfreie Aktionsformen" einsetzen – nicht etwa „die Gewaltfreiheit". Bereits die Substantivierung ist eine Reduktion: Bei der Rede von der „Gewaltfreiheit" fällt die Aktion,

Ebert irrt

Wenn Theodor Ebert schließlich triumphierend meint, die Sit-Ins in den USA zu Beginn der Sechzigerjahre hätten den „US-Gesellschaftsvertrag" ja gar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, so irrt er.
Es war Ella Baker, die vormalige Sekretärin von Martin Luther Kings SCLC (Southern Christian Leadership Council), die nach den Sit-Ins 1960 zur Gründung des SNCC (Student Nonviolent Coordinating Committee) aufrief und dabei den SNCC bewusst als basisdemokratische Organisation mit selbstbestimmten Gruppen anstatt als elitären Pastorenzirkel wie bei Kings SCLC konzipierte.
Der inneren Basisdemokratisierung entsprach das angestrebte Gesellschaftsziel. Es war der von Leo Tolstoi und M.K. Gandhi inspirierte gewaltfreie Anarchist James Lawson, der die Gründungserklärung des SNCC formulierte.
Die ersten beiden Jahre lehnte das SNCC sogar Kampagnen für die Einträge Schwarzer in die Wahllisten als Aktionsform ab. Es war der u.a. von Albert Camus beeinflusste Libertäre Bob Moses (richtiger Name: Robert Perrin), der die Entgegensetzung von rassistischer Einzelstaatenpolizei und Bundestruppen als Kampfstrategie, nicht etwa als Zustimmung zu

Kampfes, S. 85f.). Das SNCC hat damals Martin Luther King, Jr., herausgefordert. King ließ sich herausfordern und radikalisierte sich dabei immer mehr zum Systemkritiker, ohne je die gewaltfreie Aktion zu verraten.
Letztlich unterschieden sich die Aktionen Kings in Chicago stark vom Busboykott in Montgomery und würden sicher nicht mehr unter Laubenthals Definition des Zivilen Ungehorsams fallen.
Dasselbe ließe sich übrigens auch über Gandhi sagen: Er radikalisierte sich von den Kampagnen in Südafrika über die Non-Cooperation-Campaign 1920-22, den Salzmarsch 1930 und die Quit-India-Campaign 1942 zusehends vom Reformisten zum gewaltlosen Revolutionär. Genau dies, die gewaltfreianarchistische Anfangszeit des SNCC sowie die nicht-statischen Entwicklungswege von King und Gandhi, weigern sich reduktionistische VertreterInnen der Gewaltfreiheit sowohl historisch zu erforschen wie aktuell anzuerkennen.

Pipfax

Nebenbei bemerkt: In der Auseinandersetzung mit Bob Moses hat sich King nicht ein einziges Mal über dessen Pseudonym beschwert, sondern ihn immer als ehrlichen Gesprächspartner akzeptiert.

herausgefordert, sondern immer freundlich angesprochen zu werden. Im Gegensatz zu vielen Gewaltfreien haben gewaltfreie AnarchistInnen diese Erfahrung damals kritisch aufgearbeitet. Ergebnis: Durch Offenheit und Schematismus wurde die Friedensbewegung damals für Polizeistrategen berechenbar – die Anti-AKW-Bewegung blieb ob der angewandten Vielfalt der zu 99% gewaltfreien, nicht immer offenen und nicht schematisierten Aktionsformen dagegen unberechenbar. Das machte den Misserfolg der einen – und die „Wirkungskraft" der anderen Bewegung aus. Das ist eine meiner Erfahrungen.

Der Bezug auf individuelle Erfahrung reicht nicht aus, um eine verallgemeinerbare Theorie der gewaltfreien Aktion und des Zivilen Ungehorsams zu begründen.

Laubenthal und Ebert behelfen sich mir und besalino gegenüber dann auch notgedrungen mit Unterstellungen und Falschinterpretationen. Eine Unterstellung Eberts ist z.B. seine Behauptung, gewaltfreie AnarchistInnen seien unfähig, den qualitativen Unterschied zwischen Diktatur (die falsche Ineinssetzung von SED/DDR und Hitler einmal beiseite gelassen) und rechtsstaatlicher Demokratie zu erkennen.
Wie kommt er darauf? Es ist sehr wohl möglich, um den qualitativen Unterschied zu wissen und die parlamentarische Demokratie zu verteidigen, wie es anarchosyndikalistische Gewerkschaften durch entschlossene Aufrufe zum Massenstreik beim Kapp-Putsch 1920 gegen-

wenn sie schreibt: „Ich selbst möchte solche Aktionen (das Weggehen, bevor die Polizei kommt; d.A.) nicht mit dem Begriff ‚Ziviler Ungehorsam' bezeichnen, um den Begriff nicht zu verwässern." Das ist genau das, was ich bei Sternstein als „autoritäre Vorgabe" kritisiert hatte. Desertieren, Verweigern, Flüchten, Boykott, Nicht-Zusammenarbeit (durchaus im Sinne von Gandhis „Non-Cooperation"), immer verbunden mit zeitweiligem Aussetzen oder einem Abbruch der Kommunikation, gehören integral zu den vielfältigen Aktions- und Wahlmöglichkeiten des Zivilen Ungehorsams. Indem Laubenthal das definitorisch ausschließt, reduziert sie den Zivilen Ungehorsam auf ein Minimum seiner Erscheinungsformen und macht ihn dadurch berechenbar.
Es kann gut sein, dass sich Laubenthal subjektiv stark und nicht als Opfer fühlt, wenn sie freiwillig ihre Leidensbereitschaft kundtut. Das Problem ist aber, dass oft das, was man/frau subjektiv aussendet, bei RezipientInnen, in diesem Fall den Repressionskräften, ganz anders ankommt. Subjektive Leidensbereitschaft wird leider nur selten als herausfordernde Stärke, sondern oft genug als Ausdruck von Ohnmacht und Schwäche rezipiert.
TheoretikerInnen von Gewaltverhältnissen, wie zuletzt etwa Randall Collins in der lesenswerten Studie „Dynamik der Gewalt" (Hamburg 2011) weisen immer wieder darauf hin, dass eine Rezeption als Ohnmacht/Schwäche beim Gegner gerade den gegenteiligen Impuls auslösen kann, nämlich noch brutaler zuzuschlagen oder die Re-

trauenaufbauend, aber verunsichernd – und sie hatten Erfolg!
Tunesische und ägyptische DemonstrantInnen riefen zu „Tagen der Wut" auf, nicht zu „Tagen der Leidensbereitschaft" oder „Tagen der Gütekraft". Sie verunsicherten damit die Repressionskräfte bis zur Befehlsverweigerung.
Es ist kurzschlüssig zu behaupten, freundliche Gespräche führten notwendig zur Einsicht beim Gegenüber. Auch Aggression kann der gewaltfreien Aktion zu Mut und Entschlossenheit, zum Ausbruch aus dem Opferstatus und damit zu emotionaler Überzeugungskraft gegenüber dem Gegner verhelfen. Die Betonung liegt bei „kann"; nichts ist garantiert. Es kommt bei all dem auf die Situation, die Analyse und die Stimmung der Massenbewegung an. Das alles spricht aber gegen kategorische autoritäre Vorgaben.
Womit wir bei Laubenthals Unterstellung wären, ich sei nur ein Taktiker. Sie macht einen Gegensatz zwischen „Gewaltfreiheit als Lebensprinzip" und „taktisch begründeter Gewaltlosigkeit" auf, den ich ablehne. Und das nicht nur, weil ich die direkte gewaltfreie Aktion nun schon seit über 30 Jahren leidenschaftlich befürworte.
Was sie als „Lebensprinzip" bezeichnet, ist für mich der anarchistische Anspruch, in meinem Alltag soweit es geht anarchistische Prinzipien umzusetzen und damit nicht auf den Tag nach der Revolution zu warten. Das war schon immer ein Unterschied zwischen Anarchismus und Marxismus und drückt genau das aus, was Laubenthal mit „Lebensprinzip" meint. Was Laubenthal mir ne-

schen Kolonialismus durch die gandhianische Massenbewegung, nach der Aufhebung der Segregation in den USA und Südafrika, nach dem Fall der Berliner Mauer war die Welt eine andere.
Um diesen kollektiven, auf die Gesellschaft bezogenen Charakter einer „gewaltfreien Revolution" zu betonen, haben GraswurzelrevolutionärInnen immer die Kampfform, den Aktionscharakter hervorgehoben (auch wenn sie gleichzeitig so konsequent wie möglich gelebt haben), bis hin zum heutigen Impressumstext der GWR, wo nicht umsonst steht, dass GraswurzelrevolutionärInnen für ihre Ziele „gewaltfreie Aktionsformen" einsetzen – nicht etwa „die Gewaltfreiheit". Bereits die Substantivierung ist eine Reduktion: Bei der Rede von der „Gewaltfreiheit" fällt die Aktion, die Einsicht, dass Gewaltfreiheit nicht statisch im Bestehenden vorhanden ist, sondern erst in der kollektiven Aktion, in der gewaltfreien Revolution entstehen kann, definitorisch hinten runter. Bei der „Gewaltfreiheit als Lebensprinzip" geht der Reduktionismus noch einen Schritt weiter.
Ich gestehe Ulrike Laubenthal gern zu, dass das für sie „revolutionär" ist, aber es ist eine individuellen Revolution, bei welcher der kollektive Charakter einer gesellschaftlichen gewaltfreien Revolution, der Charakter eines gesellschaftlichen Bruchs definitorisch verloren geht. Individuell revolutionär und gesellschaftspolitisch reformistisch sind deshalb nicht notwendig Widersprüche, wenn sich jemand über „Gewaltfreiheit als Lebensprinzip" definiert.

tee) aufrief und dabei den SNCC bewusst als basisdemokratische Organisation mit selbstbestimmten Gruppen anstatt als elitären Pastorenzirkel wie bei Kings SCLC konzipierte.
Der inneren Basisdemokratisierung entsprach das angestrebte Gesellschaftsziel. Es war der von Leo Tolstoi und M.K. Gandhi inspirierte gewaltfreie Anarchist James Lawson, der die Gründungserklärung des SNCC formulierte.
Die ersten beiden Jahre lehnte das SNCC sogar Kampagnen für die Einträge Schwarzer in die Wahllisten als Aktionsform ab. Es war der u.a. von Albert Camus beeinflusste Libertäre Bob Moses (richtiger Name: Robert Perrin), der die Entgegensetzung von rassistischer Einzelstaatenpolizei und Bundestruppen als Kampfstrategie, nicht etwa als Zustimmung zu Washington kreierte. All das lange vor dem Rausschmiss der Weißen und der militanten Wende nach Black Power und den Emanzipationsgesetzen von 1964/65.
Clayborne Carson, der Herausgeber der Werke Martin Luther Kings, dessen Arbeit über das SNCC ich übersetzt habe, schreibt über die Zeit 1960/61: „Die Mehrzahl derer, die den Kampf in moralischen Kategorien begriff, wandte sich dagegen, den Schwerpunkt auf die Kampagne zur Eintragung in Wahllisten zu setzen. Das wurde mit einiger Berechtigung als Strategie von SympathisantInnen der Kennedy-Regierung interpretiert, mit dem Versprechen bundesstaatlicher Unterstützung den studentischen Aktivismus auf andere Ziele als die Abschaffung der Segregation zu richten" (Zeiten des

dikalisierte sich von den Kampagnen in Südafrika über die Non-Cooperation-Campaign 1920-22, den Salzmarsch 1930 und die Quit-India-Campaign 1942 zusehends vom Reformisten zum gewaltlosen Revolutionär. Genau dies, die gewaltfreianarchistische Anfangszeit des SNCC sowie die nicht-statischen Entwicklungswege von King und Gandhi, weigern sich reduktionistische VertreterInnen der Gewaltfreiheit sowohl historisch zu erforschen wie aktuell anzuerkennen.

Pipfax

Nebenbei bemerkt: In der Auseinandersetzung mit Bob Moses hat sich King nicht ein einziges Mal über dessen Pseudonym beschwert, sondern ihn immer als ehrlichen Gesprächspartner akzeptiert.
King kam gar nicht auf die Idee, sich über solchen Pipifax aufzuregen. Theodor Ebert kann jederzeit Kontakt über die GWR-Redaktion mit mir aufnehmen, mich auffinden und ich bin gern bereit, persönlich bei ihm vorbeizuschauen. Aber er muss mir dann schon so glauben, dass ich vor ihm stehe, meinen Pass werde ich ihm nicht zeigen. Ich habe zwei §129a-Verfahren, zwei Hausdurchsuchungen und zwei GWR-Redaktionsdurchsuchungen hinter mir – alles wegen gewaltfreier Aktion; das gibt es, Herr Ebert, das gibt es im demokratischen Deutschland!
Und das ist nur ein Grund unter vielen für das Benutzen eines Pseudonyms, das nun einmal nichts mit der Frage Gewalt oder Gewaltfreiheit zu tun hat.

Lou Marin

Flag & Flak beim Staatsbesuch



Staatsversuch, 20.8.2011
Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Vorsicht: Realsatire in einem Staats-Akt

Wir leben in Zeiten, in denen es notwendig ist, Flagge zu zeigen. Der neualte Atom-Kompromiss-Beschiss nach Fuck-U-Schema veranlasste mich, meinen Drahtesel dauerhaft mit einer großen Anti-Atom-Fahne zu beflaggen. Sie soll die Menschen im Vorbeifahren daran erinnern, dass das Thema nicht erledigt ist und die Gefahr nicht vorbei ist, so lange auch nur eine Atomanlage noch läuft.

Die Fahne erfüllt nach dem leider weitgehenden Verschwinden der Anti-Atom-Bewegung von den Straßen ihren Zweck, und ich errege als Rolling One-Man-Demo beim Durchschweifen Berlins meist sympathisierende Aufmerksamkeit.

Neben winkenden Touris und laut fahnenlesenden Menschen nicken mir sogar Polizisten gelegentlich freundlich lächelnd zu. Daher meine Empfehlung zur breiten Nachahmung. Solange noch Atomanlagen laufen, sollten wir ein wenig WM-Feeling als „Weltmeister im Abschalten" auf die heimischen Straßen bringen.[1]

Am 20. und 21.8.2011 lud die Bundesregierung in Berlin „zum Staatsbesuch" in ihre Einrichtungen ein. Für zwei Tage der offenen Tür wurde den „Staatsgästen" der Rote Teppich ausgerollt.

An diesem Tag fuhr ich mit meiner beflaggten Anti-AKW-Staatsbesuchskarosse auf zwei nachhaltig biobepowerten Speichenrädern bei den Ministerien vor, begleitet von einer fröhlichen Gesinnungsgenossin.

Erfolgreich sammelten wir im Innenminhysterium staatliches Schreibmaterial ein, um uns dann dem „Verteidigunsminhysterium" und seinem Kriegsmaterial zuzuwenden.

Mit wehenden Fahnen in der widerständigen Stauffenbergstraße angekommen, vertäuten wir unsere Drahtesel an einer öffentlichen Beleuchtungseinrichtung, ca. 100 m vom BMV-Eingang. Zwecks präventiven Eigentumserhalts holte ich die Flagge ein. Just war ich im Begriff, diese im Rucksack verschwinden zu lassen, als uns einige schwarzgekleidete Herren in schusssicheren Westen schussbereit umringten. Mir niX dir niX wurden wir totally black blocked

Mit einem herzlichen „Schön, Sie zu sehen!" begrüßte ich unsere Überraschungsstaatsgäste und schickte mich innerlich an, die Straße zu kreuzen, als wir recht barsch befragt wurden, was wir hier wollten.

Erstaunt entgegnete ich, dass wir der öffentlichen Regierungseinladung nachkämen und uns im BMV zu informieren beabsichtigten.

Kein freundlich gewinnendes Lächeln zeigte sich darauf hin beim polizeilichen Empfangskomitee. Vielleicht hielten sie uns wegen meines sprossenden Bartes für verkappte Taliban und sahen weiter finster entschlossen drein. Ob ich meine Meinung kundtun wolle; dies sei an dieser Stelle verboten, sprach der Herr der knallharten Horde recht unspezifisch in einem Atemzug weiter. Irritiert tat ich kund, dass ich immer meine Meinung kundtue – äh, warum? Dies sei eine „unzulässige Versammlung".

Verwundert schaute ich mich um, ob uns wegen der Fahne vielleicht noch Fans gefolgt seien, konnte aber außer einem halben Dutzend Cops und uns schlicht gekleidete zwei Zivilisten niemanden entdecken.

Wollte die Polizei etwa mit uns eine Versammlung abhalten? Aber dann wäre sie ja inhärent zugelassen. Und uns alleine konnte sie doch nicht meinen, denn ZWEI Leute eine Versammlung? Und zu was nur?

Ich sinnierte noch still darüber, als sich der Ober-Gendarm darauf verlegte, mich zur Herausgabe „der Fahne" aufzufordern, die sich sauber gefaltet gemeinsam mit der Wendlandfahne in meinem Daypack befand. Nach Personalausweis. Ich zeigte darauf zunächst meinen Presseausweis in die Runde, mit dem Ergebnis, der interessiere hier nicht, und gab dann meinen Perso heraus. Nun folgte eine hochnotpeinliche Überprüfung meiner Person. Nur meiner. Offenbar hielt man uns nicht mehr für ganz so (un)gemein gefährlich, denn nur ein junger Beamter wurde zu unserer Bewachung zurückgelassen.

Als der Einfaltsleiter dann mit seiner Crew zurückkehrte, erfreute er uns mit neuen interessanten Theorien über die deutsche Gesetzeslage, indem er uns befahl: „Sie verlassen jetzt diesen Platz! Die eMPi weiß auch Bescheid. (Er meinte die Felljäger und nicht die gleichnamigen Schnellschussgeräte.)

Wenn Sie versuchen, auf das Gelände zu gehen, ist die Fahne weg." Soso. Ich fragte friedlichst, ob das nun ein Platzverweis sei …nal, das uns im BMV erwartet hätte, schussbereite Waffen und Handgranaten oder Schlimmeres unter dem Empfangstresen vor dem ausgerollten blutroten Teppich zum Staatsversuch.

„Der Klügere gibt nach" Wir gaben's auf, nicht ohne die Dienstnummer des obersten Dienstnummernträgers einzusammeln, und wollten uns gerade trollen, als jener die Sichtung der bösen Fahne zur protokollarischen Feststellung der Größe verlangte, auf der ja „Atomkraft – Nein Danke!" (bekanntlich Atomkonsens der Regierung plus fOpposition!) zu lesen stand. Wirklich gerne entfaltete ich dieses herrlich gelb leuchtende Banner in der angeblichen Bannmeile, sowie die auch mitgeführte Fahne der „Freien Republik Wendland".

Hilfsbereit überreichte ich ein ausziehbares Maßband an den



den der Anti-Atom-Bewegung von den Straßen ihren Zweck, und ich errege als Rolling One-Man-Demo beim Durchschweifen Berlins meist sympathisierende Aufmerksamkeit.
Neben winkenden Touris und laut fahnenlesenden Menschen nicken mir sogar Polizisten gelegentlich freundlich lächelnd zu. Daher meine Empfehlung zur breiten Nachahmung. Solange noch Atomanlagen laufen, sollten wir ein we- Erfolgreich sammelten wir im Innenminhysterium staatliches Schreibmaterial ein, um uns dann dem „Verteidigunsminhysterium" und seinem Kriegsmaterial zuzuwenden.
Mit wehenden Fahnen in der widerständigen Stauffenbergstraße angekommen, vertäuten wir unsere Drahtesel an einer öffentlichen Beleuchtungseinrichtung, ca. 100 m vom BMV-Eingang. Zwecks präventiven Eigentumserhalts holte ich die rungseinladung nachkämen und uns im BMV zu informieren beabsichtigten.
Kein freundlich gewinnendes Lächeln zeigte sich darauf hin beim polizeilichen Empfangskomitee. Vielleicht hielten sie uns wegen meines sprossenden Bartes für verkappte Taliban und sahen weiter finster entschlossen drein. Ob ich meine Meinung kundtun wolle; dies sei an dieser Stelle verboten, sprach der Herr der knall-

Irritiert tat ich kund, dass ich immer meine Meinung kundtue – äh, warum? Dies sei eine „unzulässige Versammlung".
Verwundert schaute ich mich um, ob uns wegen der Fahne vielleicht noch Fans gefolgt seien, konnte aber außer einem halben Dutzend Cops und uns schlicht gekleidete zwei Zivilisten niemanden entdecken.
Wollte die Polizei etwa mit uns eine Versammlung abhalten?
Aber dann wäre sie ja inhärent zugelassen. Und uns alleine konnte sie doch nicht meinen, denn ZWEI Leute eine Versammlung? Und zu was nur?
Ich sinnierte noch still darüber, als sich der Ober-Gendarm darauf verlegte, mich zur Herausgabe „der Fahne" aufzufordern, die sich sauber gefaltet gemeinsam mit der Wendlandfahne in meinem Daypack befand. Nach meiner Erklärung, die sei mein Eigentum und schließlich nicht illegal, versuchte er es noch einmal, gab dann aber auf, nicht ohne uns strengen Blicks an der Fortsetzung unseres avisierten Weges zu hindern: „Entweder sie lassen die Fahne da oder da drinnen wird sie ihnen sowieso abgenommen. In jedem Fall ist sie weg." Aha.
An dieser Stelle meinte ich, den Hüter des Gesetzes darauf hinweisen zu müssen, dass ich offiziell als Medienvertreter hier sei und mich im Besitz eines gültigen Presseausweises befände. Er möge mich nun doch bitte meiner Arbeit nachgehen lassen. Behörden seien zur Unterstützung der Medien verpflichtet. Stattdessen verlangte der gute Mann meinen Perweis in die Runde, mit dem Ergebnis, der interessiere hier nicht, und gab dann meinen Perso heraus. Nun folgte eine hochnotpeinliche Überprüfung meiner Person. Nur meiner. Offenbar hielt man uns nicht mehr für ganz so (un)gemein gefährlich, denn nur ein junger Beamter wurde zu unserer Bewachung zurückgelassen.
Als der Einfaltsleiter dann mit seiner Crew zurückkehrte, erfreute er uns mit neuen interessanten Theorien über die deutsche Gesetzeslage, indem er uns befahl: „Sie verlassen jetzt diesen Platz! Die eMPi weiß auch Bescheid. (Er meinte die Feldjäger und nicht die gleichnamigen Schnellschussgeräte.)
Wenn Sie versuchen, auf das Gelände zu gehen, ist die Fahne weg." Soso. Ich fragte friedlichst, ob das nun ein Platzverweis sei und ob ich den dann bitte schriftlich bekommen könne. Die Antwort war schlicht „Nein!" Hmm. Weiter gefragt, auf welcher Gesetzesgrundlage dies geschehe, bekam ich zur Antwort, dass dies nach dem „Berliner Versammlungsgesetz" geschehe, was ich ernsthaft zu bezweifeln wagte. Berlin liegt schließlich im Geltungsbereich des Grundgesetzes – gerade noch. Darauf verstieg sich der Kaffeesatzleiter ... äh, -leser zu der Behauptung, dies alles beruhe auf dem „Gefahrenabwehrgesetz". Oho. Aus im Umlauf befindlichen juristischen Werken konnte er das nicht haben.
Was mussten wir doch unheimlich gefährlich wirken, gegenüber diesem Wall an Kriegswaffen und kampferprobtem Persound Handgranaten oder Schlimmeres unter dem Empfangstresen vor dem ausgerollten blutroten Teppich zum Staatsversuch.
„Der Klügere gibt nach" Wir gaben's auf, nicht ohne die Dienstnummer des obersten Dienstnummernträgers einzusammeln, und wollten uns gerade trollen, als jener die Sichtung der bösen Fahne zur protokollarischen Feststellung der Größe verlangte, auf der ja „Atomkraft – Nein Danke!" (bekanntlich Atomkonsens der Regierung plus fOpposition!) zu lesen stand. Wirklich gerne entfaltete ich dieses herrlich gelb leuchtende Banner in der angeblichen Bannmeile, sowie die auch mitgeführte Fahne der „Freien Republik Wendland".
Hilfsbereit überreichte ich ein ausziehbares Maßband an den Oberfahnenvermesser, das ich gerade beim Staatsbesuch im Bundesministerium des Inneren ergattert hatte. Das jedoch verschmähte er, brummelte etwas davon, dass er nichts annehmen dürfe und nahm mit dem unbestechlichen Auge des Gesetzes Maß. Nach vollbrachter Maß-Nahme kündigte ich vorsichtshalber an, nun die Fahnen wieder an meinem Radl zu hissen und dann davonfahren zu wollen – was wir auch ungehindert taten. Niemand winkte uns hinterher, obwohl wir noch viel Erfolg beim Gefahrenabwehren gewünscht hatten.
Stracks fuhren wir alsdann mit lustig im sommerlichen Solarlicht wehenden Fahnen zum „Presse- und Informationsamt der Bundesregierung" herüber, wo wir ohne jegliches Polizeispektakel den Roten Teppich ins Innerste uneskortiert betreten konnten und zudorten aufs Freundlichste begrüßt wurden.
Drinnen gab's unter anderen Attraktionen einen bundesamtlichen Profi-Fotografen, der auf

Impressum

Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. **Koordinationsredaktion Graswurzelrevolution**: Breul 43, D-48143 Münster, Tel.: 0251/48290-57, Fax: 0251/48290-32, E-Mail: redaktion@graswurzel.net.
An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Bernd Drücke, Henriette Keller, Slipperman, Findus (Cartoons), Sebastian U. Kalicha, M. Baxmeyer, Horst Blume, Charlotte Mijeon, Sigrid Lehmann-Wacker, Solveig Feldmeier, Caro Lila, Dieter Nelles, Knobi, Franziska, Jan, René, Jens Schneiderheinze, Thomas Behm, Uwe Kurzbein, Philippe Kellermann, Bewi, Wolfgang Sterneck, Gernot, Jörg Siegert, Ralf G. Landmes-

❍ **Geschenkabo*** (10 Ausgaben für 30 €) an:**

....

Name, Vorname:

....

Straße, Nr.:

....

PLZ, Ort

....

Tel. (für evtl. Rückfragen)

* Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden.
** Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich. Bitte Vorkasse.
*** Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch.

Zum Jahresabo hätte ich gerne eine **Abo-Prämie**:
ein Buch, und zwar

❍ Robert Halbach (Hg.): Der Rebell Anarchik! – Weshalb schwingen die Anarchisten eine schwarze Fahne? (Karin Kramer Verlag, Berlin 2008, 94 Seiten)

❍ Achim von Borries: Rebell wider den Krieg. Bertrand Russell 1914 - 1918 (Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2006, 95 Seiten)

❍ Bernd Drücke, Luz Kerkeling, Martin Baxmeyer (Hg.): Abel Paz und die Spanische Revolution (Verlag Edition AV, Frankfurt/M. 2004; 116 Seiten)

❍ Graswurzelrevolution-Sonderheft „Parlamentarismuskritik" (2. Aufl. 1994, 99 Seiten)

❍ Graswurzelrevolution-Sonderheft „Anarchismus und Gewaltlose Revolution heute" (94 S.)

❍ Ich möchte als **WiederverkäuferIn** helfen, die GWR zu verbreiten. Ich bestelle ab der nächsten Nummer .... Exemplare. Rabatte: ab 2 Exemplaren: 20%; ab 5 Ex.: 30%; ab 15 Ex.: 35 %; ab 30 Ex.: 50%; Buchhandel: generell 30 %. Zahlungen nach Erhalt der Rechnung oder per Lastschrift. Rückgabe unverkaufter Exemplare möglich.

❍ Bitte schickt ein kostenloses **GWR-Probeexemplar** an ...

❍ **Ich möchte die GWR unterstützen und spende .... € (auf das Konto GWR KtoNr. 266 57-207 BLZ 200 100 20 Postbank Hamburg)**

❍ Ich zahle nach Erhalt der **Rechnung**.

❍ Ich lege **Scheck/Briefmarken/Bargeld** bei.

❍ Ich ermächtige euch hiermit, die Rechnung für Abo und/oder Wiederverkauf per **Lastschrift** (nur bei inländischer Bankverbindung möglich) einzuziehen.

Konto: BLZ:
Bank:

Die Ermächtigung wird sofort ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe. Diese Bestellung kann zehn Tage lang rückgängig gemacht werden.

Datum, Unterschrift: ....

Ausschneiden oder kopieren, faxen oder in einen Umschlag stecken und ab gehts an:
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250; Fax: -351

sie weg. "Aha."
An dieser Stelle meinte ich, den Hüter des Gesetzes darauf hinweisen zu müssen, dass ich offiziell als Medienvertreter hier sei und mich im Besitz eines gültigen Presseausweises befände. Er möge mich nun doch bitte meiner Arbeit nachgehen lassen. Behörden seien zur Unterstützung der Medien verpflichtet. Stattdessen verlangte der gute Mann meinen Per-

schließlich im Geltungsbereich des Grundgesetzes – gerade noch. Darauf verstieg sich der Kaffeesatzleiter ... äh, -leser zu der Behauptung, dies alles beruhe auf dem „Gefahrenabwehrgesetz". Oho. Aus im Umlauf befindlichen juristischen Werken konnte er das nicht haben. Was mussten wir doch unheimlich gefährlich wirken, gegenüber diesem Wall an Kriegswaffen und kampferprobtem Perso-

sichtshalber an, nun die Fahnen wieder an meinem Radl zu hissen und dann davonfahren zu wollen – was wir auch ungehindert taten. Niemand winkte uns hinterher, obwohl wir noch viel Erfolg beim Gefahrenabwehren gewünscht hatten.
Stracks fuhren wir alsdann mit lustig im sommerlichen Solarlicht wehenden Fahnen zum „Presse- und Informationsamt der Bundesregierung" herüber, wo wir ohne jegliches Polizeispektakel den Roten Teppich ins Innerste uneskortiert betreten konnten und zudorten aufs Freundlichste begrüßt wurden. Drinnen gab's unter anderen Attraktionen einen bundesamtlichen Profi-Fotografen, der auf Wunsch mit bundeseigener Kamera ein Staatsbesuch-Erinnerungsfoto von Gästen knipste, das gleich zum Mitnehmen ausgedruckt wurde. Brav fragten wir nach, ob er uns auch mit einer Atomkraft-Nein danke!-Fahne ablichten würde – was er gerne tat. Er achtete sogar darauf, dass wir sie richtig herum hielten. Ein Profi eben.
Das Publikum äußerte sich anerkennend. So gingen wir denn an diesem 1. Tag des Staatsbesuchs schlussendlich mit einem netten Souvenier-Pic aus dem Bundespresseamt nach Hause. Auch am folgenden Tag nahm kein Bundesoffizieller Anstoß, als wir vor diversen anderen Ministerien mit flatternden Fahnen zum Staatsbesuch vorfuhren. Schließlich hatte der Staat ja auch Fahnen gehisst. Wat dem inge sin Uhl, dat is dem angere sin Nahtijall. Aber beschwert habe ich mich beim Pol.Präs. Baalin doch. Wat mutt, dat mutt.

R@lf G. Landmesser

1 Fahnen gibt's bei: www.ausgestrahlt.de

Impressum

Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. **Koordinationsredaktion Graswurzelrevolution**: Breul 43, D-48143 Münster, Tel.: 0251/48290-57, Fax: 0251/48290-32, E-Mail: redaktion@graswurzel.net. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Bernd Drücke, Henriette Keller, Slipperman, Findus (Cartoons), Sebastian U. Kalicha, M. Baxmeyer, Horst Blume, Charlotte Mijeon, Sigrid Lehmann-Wacker, Solveig Feldmeier, Caro Lila, Dieter Nelles, Knobi, Franziska, Jan, René, Jens Schneiderheinze, Thomas Behm, Uwe Kurzbein, Philippe Kellermann, Bewi, Wolfgang Sterneck, Gernot, Jörg Siegert, Ralf G. Landmesser, Udo Buchholz, Stefan Janson, u.a.; **GWR-Finanzen**: E-Mail: finanzen@graswurzel.net; **GWR-Vertrieb & GWR-Buchverlag:** Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim, Tel.: 02440/959-250, Fax: 02440/959-351, E-Mail: abo@graswurzel.net (Abo- & Vertriebsangelegenheiten) & buchverlag@graswurzel.net (Buchverlag); **Druck:** Caro-Druck, Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt. Die Zeitung Graswurzelrevolution steht der War Resisters' International (WRI) nahe und ist Mitglied beim linken Politik- und Wissenschaftsportal www.linksnet.de. Dies ist **Nummer 362** im **40. Jahrgang**. Verantwortlich sind wir im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechtes ist dies: Bernd Drücke, c/o Redaktion Graswurzelrevolution Münster. Alle Beiträge erscheinen in Eigenverantwortlichkeit der AutorInnen. Über die Redaktion können auch AutorInnen schriftlich erreicht werden, die ihre Artikel nicht namentlich kennzeichnen. **Die Auflage** ist diesmal 5.000. Es gilt die **Anzeigen**preisliste 14 vom 1.1.2002. Die ISSN ist 0344/2683, das Vertriebskennzeichen D 4025 E. Die GWR erscheint monatlich mit einer Sommerpause im Juli/August. **Redaktionsschluß** für die nächste Ausgabe ist der **10. Oktober 2011**. Über unverlangte Manuskripte und Fotos freuen wir uns, können aber keinen Abdruck garantieren. Honorare zahlen wir nicht. Wir arbeiten mit **PC** mit dem Programm PageMaker 6.5 für Windows und können die gängigsten Textverarbeitungsprogramme verarbeiten. **Nachdruck** nur mit Quellenangabe und gegen Belegexemplar freut uns. **Abo und Wiederverkauf:** siehe nebenstehenden Aboschnippsel. **Konto:** 26657207, Postbank Hamburg, BLZ 20010020. **Internet:** www.graswurzel.net (E-Mail: webmaster@graswurzel.net = alles, was die Website betrifft)

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Graswurzelrevolution

bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen. Wir kämpfen für eine Welt, in der die Menschen nicht länger wegen ihres Geschlechtes oder ihrer geschlechtlichen Orientierung, ihrer Sprache, Herkunft, Überzeugung, wegen einer Behinderung, aufgrund rassistischer oder antisemitischer Vorurteile diskriminiert und benachteiligt werden. Wir streben an, dass Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden. Schwerpunkte unserer Arbeit lagen bisher in den Bereichen Antimilitarismus und Ökologie. Unsere Ziele sollen – soweit es geht – in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden. Um Herrschafts- und Gewaltstrukturen zurückzudrängen und zu zerstören, setzen wir gewaltfreie Aktionsformen ein. In diesem Sinne bemüht sich die anarchistische Zeitung Graswurzelrevolution, seit 1972, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu verbreiten und weiterzuentwickeln.